

D 2835 E

elam

MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE

6 Frankfurt/M. 1 November 11/69 1,— DM

Neues
von der neuen
Regierung ?

„Danke,
weitermachen,
vieles noch
verzwanzigfachen.
Danke
für bisher“!

DDR:
**Sicher in die
70er Jahre**



PFUNDSACHEN

Erkenntnis

Wenn man vernünftige Politik macht und gleichzeitig in der CSU ist — das nehmen einem die Wähler nicht ab. Beides zusammen, meinen sie, geht nicht.

Erich Riedl, Oberpostrat und CSU-Bundestagsabgeordneter aus München

Vorteil

Viele kommen und besichtigen die Werkstätten, ich hab in meiner Lehre den Bundespräsidenten kennengelernt und den einen Spanier da, der da jetzt Thronfolger geworden ist.

Ein Krupp-Lehrling über angenehme Seiten der Stufen-ausbildung, lt. „WAZ“ vom 29. 9. 1969

1829

Schließlich war Dortmund schon vor vierzehn Jahrzehnten dem innerdeutschen Flugnetz angeschlossen.

„WAZ“ vom 25. 9. 1969

CD

Ein israelischer Botschafts-attaché ist in Bonn von einem afghanischen Diplomaten totgefahren worden, der mit der Wahrnehmung der Interessen Ägyptens beauftragt war.

„Frankfurter Rundschau“ am 15. 9. 1969 über einen Verkehrsunfall in Bonn

Kontaktarm

Was ist das: steht in der Ecke und wartet auf Anschluß? — Unsere zweite Toilette!

„Die Kogge“, Zeitschrift des Jugendclubs Störtebeker in Hamburg, 1/69



„Und vor allen Dingen, Kinder, benehmt euch nicht wie die Menschen!“
Aus „Junge Stimme“

Sex-Fan

Man bekam aber manchmal den Eindruck, daß die Sex-Politiker die sexuelle Emanzipation ebenso fanatisch propagieren wie die Vegetarier das Bircher-Müslil.

Erik Nohara in „Berliner Extra-Dienst“ über das Falken-Lager in Schweden

DJO-Kieln Erna

Es ist gut und positiv, daß Menschen sich nicht als Masse verstehen, sondern jeweils von Ihrer Landschaft und der sie umgebenden Umwelt geprägt werden. Klein-Erna läßt sich nicht ohne weiteres ins Schwäbische übertragen, Tünnes und Schäl würden sich im Bayerischen

Wald wie auf dem Mond vor-kommen.

DJO-Bundesführer Heinz Pa-tock in „Der Pfeil“ 9/69

Zweifel

Dürfen die denn das?

Frage besorgter Anrufer bei der CSU in München, die Koalitionsverhandlungen SPD-FDP betreffend; lt. „Frankfurter Rundschau“, 3. Oktober 1969

Offene Worte des Vorsitzenden

Ich komme aus dem Bergbau, und da waren bis 1950 auf vielen Zechen überwiegend Kommunisten als Vertrauensleute gewählt worden. Um Ihren Einfluß zurückzudrängen,

lösten wir unsere Betriebsorganisationen auf und schlossen die Vertrauensleute verschiedener Betriebe in örtlichen Organisationen zusammen. Die Kommunisten waren zwar jetzt in den Beschlußorganen in der Minderheit, doch gleichzeitig verloren wir an Kontakt zum Arbeitsplatz. DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter in einem „Spiegel“-Interview, 22. 9. 69

Eiskalt nach Workuta

Dr. Rainer Maria Candlous Barzel (45), CDU-MdB des Wahlkreises 106 Paderborn-Wiedenbrück und CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender schockte bei einer Wahlkampfbesichtigung in einer Bocholter Textilfabrik die Werkleitung mit der Mitteilung, daß ein APO-Vertreter auf einer Bad Godesberger Wahlversammlung „eiskalt und tiefernst“ vorgeschlagen hätte, allen Unternehmern die Ohren abzuschneiden und Barzel „nach Workuta“ zu schicken; in einer anschließenden Wahlkundgebung in Gütersloh rief Dr. Barzel Zwischenrufern, sie sollten sich am nächsten Bahnhof eine Fahrkarte kaufen und „ins Land Ulbrichts reisen“. Informationsdienst PPP, 24. September 1969

Verdienst

Kinder, ihr kriegt eine Regierung, die habt ihr gar nicht verdient!

Prof. Horst Ehmke, SPD-MdB und Minister

Fürsorge

Wenn Sie mein Sohn wären, würde ich sagen, jeden Abend singen und reisen, so geht das mit Dir nicht weiter!

Frau Ruth Brandt, prominente Hausfrau aus Bonn, zu Udo Jürgens

elan

**MAGAZIN
FÜR
JUNGE LEUTE**



Liebe Leser,
wir haben eine neue Regierung. Erstmals konnte die CDU/CSU aus der unmittelbaren Führung dieser Republik verdrängt werden. Soweit ausgezeichnet. In dieser Ausgabe des elan formulieren Jugendliche ihre Forderungen an die neue Regierung und an das neue Parlament. Die Erwartungen sind nicht zu hoch gesteckt, sie sind realistisch. Auf einen Nenner gebracht lauten sie: Nach 20 Jahren einseitiger Herrschaft muß nun etwas für den viel-

schworenen „kleinen Mann“ herauskommen: mehr Demokratie, mehr soziale Sicherheit, Frieden in Europa, Entmachtung der Nazis und der „Herr-im-Haus“-Unternehmer.

Wenn diese Regierung an solche Aufgaben herangeht, dann könnte später einmal – nachträglich – gesagt werden, sie habe einen „Machtwechsel“ gebracht. Bisher liegt die Macht aber noch immer dort, wo fünfundsiebzig Jahre Restauration sie festigten. Die wirtschaftliche und damit die politische Herrschaft ist den alten Kräften des Monopolkapitals nicht genommen. Von einer Macht der Arbeiterschaft kann auch nach der Regierungserklärung nicht gesprochen werden. Während die für Unternehmer segensreiche konzertierte Aktion fortgesetzt werden soll, ist die Mitbestimmung abgeschrieen. Brandt bleibt in dieser Frage sogar hinter den unzulänglichen Beschlüssen der SPD zurück, und er hofft zudem noch auf die Kommission des CDU-Professors Biedenkopf und deren „sachverständige“ Aussage zur Mitbestimmung.

Willy Brandt hat in seiner Regierungserklärung viel davon gesprochen, daß es „mit der Demokratie jetzt erst richtig anfängt“, aber dann hört er schon auf. Wirkliche Mitbestimmung der Arbeiter kündigt er nicht an. Und schließlich: Will er vergessen machen, daß wir der Hilfe seiner Partei vor einem Jahr die Notstandsgesetze verdanken?

Vieles fehlt in der Regierungserklärung vom 28. Oktober: Keine Kampfansage an den Neonazismus und die Harzburger Front des Herrn Strauß, keine Ankündigung des NPD-Verbots; keine Absage an die Politik der Vergangenheit, stattdessen wird die Kontinuität der Politik dreier CDU-Kanzler – Adenauer, Erhard, Kiesinger – beschworen; keine Absage an das Münchner Abkommen von Beginn

an, keine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, keine völkerrechtlich abgesicherte Anerkennung der DDR, keine Absage an die Hallstein-Doktrin, kein Protest gegen die Fortsetzung der US-Aggression in Vietnam; kein Wort über Beiträge der BRD zur Abrüstung, stattdessen wird die Bündnistreue gefeiert, die NATO auf's Schild gehoben – so, als gäbe es nicht die Forderungen der Vernünftigsten im Lande nach Austritt beider deutscher Staaten aus der NATO bzw. Warschauer Vertrag, und schließlich kein Wort darüber, daß endlich die atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen der USA aus unserem Land zu verschwinden haben. In Sachen Atomwaffensperrvertrag will auch Brandt erst die Klärung abwarten, die sich die CDU zwecks Verzögerung ausgedacht hatte. Zur notwendigen Novellierung des Berufsausbildungsgesetzes schweigt der Kanzler.

Man wird nun sagen können: Laßt uns abwarten und dann urteilen. Die „Neuen“ können nicht alles auf einmal leisten. Das ist richtig. Die Jugend aber sollte sich nicht mit schönen Worten auf den St. Nimmerleinstag vertrösten lassen, sondern ständig auf ihre Forderungen pochen. Uns mahnt das Wort des neuen Bundeskanzlers: „Ich kann mir nicht gut vorstellen, daß in diesem Bundestag zwischen Herrn Kiesinger und mir ein permanenter Grundsatzstreit ausbricht.“ (Spiegel, 27.10.69) Die jungen Demokraten sollten der SPD und FDP versichern: Wir werden diesen Grundsatzstreit mit Nazi-Kiesinger führen. Wir wollen den vollständigen Bruch mit der CDU-Politik und nicht ihre Fortsetzung. Nur so sind die notwendigen Reformen zu verwirklichen, von denen der neue Bundeskanzler spricht: Mitverantwortung des Bürgers, Schutz der Rechte der Soldaten und Kriegsdienstverweigerer, Bildungsplanung als Beitrag zur sozialen Demokratie, zehntes Schuljahr, Bürgerrecht auf Bildung, Mitbestimmung der Jugend am Bundesjugendplan.

Brandt fordert und verspricht viel. Da er nicht sagt, woher er die dafür nötigen Mittel nehmen will, drängte sich einem während seiner Rede die Erwartung auf, er werde anschließend mit dem Hut herumgehen, um zu sammeln. Er hat nicht gesammelt, aber er hat auch nicht zugegeben, daß ohne Kürzung des Rüstungshaushaltes alle Reformen im Ansatz steckenbleiben müssen. So schließt sich der Kreis: ohne grundsätzliche Änderung der Politik wird es nicht gehen. Und ohne Aktivität der Demokraten, ohne Druck von unten auch nicht. Darin liegt unsere gemeinsame Aufgabe.

Herzlichst

Heidi Jander

HERAUSGEBER

Pfarrer Willi Heintzeler / Bernhard Jendrejewski / Rolf Jürgen Priemer / Karl Hubert Reichel / Karl Heinz Schröder / Pastor Horst Stuckmann / Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR

Ulrich Sander

STELLV. CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke, Dortmund (verantwortlich)

GESTALTUNG

Jerken Diederich

REDAKTION

46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreisverlags GmbH.
6104 Jugenheim a. d. B.
Alsbacher Straße 65

DORTMUNDER BÜRO

46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAGSGESCHÄFTSFÜHRER

Werner Maletz

PREIS

elan erscheint monatlich. Einzelpreis DM 1,- einschl. Mehrwertsteuer / Jahresabonnement DM 13,- einschl. Zustellgebühr

KONTEN

Weltkreisverlag
Deutsche Bank Darmstadt /
Kto.-Nr. 290 221
Postscheckkto. Frankfurt/M.
Kto.-Nr. 203290

FOTOS: Klaus Rose, Peter Wiegand, Udo Hoffmann, Junge Welt, Pressestelle des Bremischen Senats, dpa.

Druck:
Hosch GmbH.,
Frankfurt/M.



Das Wahlergebnis war erst zwei Tage alt, in Bonn verhandelten Brandt und Scheel, und Kiesingers Gesicht wurde immer länger, da trafen sich in Dortmund hundert junge Arbeiter. Sie hatten blitzschnell reagiert auf das Ergebnis der Wahl. Sie berieten ihr Regierungsprogramm. „Die Wahlen sind vorbei. Wir melden uns zu Wort, um zu sagen, was wir jetzt von den Regierungspolitikern erwarten.“ So hieß es in einem Entwurf, den Hans-Günther Berger, Doris Wichard und Willi Völmecke, allesamt Betriebsjugendsprecher in Dortmunder Großbetrieben und Mitglieder des Ortsjugendausschusses der IG Metall, erarbeitet hatten. Hans-Günther, Doris und Willi waren es auch, die kurz vor der Wahl die Initiative zu dieser Aussprache junger Arbeiter ergriffen — nach dem Schweyk-Verfahren („nach dem Krieg um vier im Wirtshaus zum Kelch“): Am Dienstag nach der Wahl, um sieben. Eingeladen waren auch fünf Vertreter der FDJ aus Großbetrieben im Bezirk Leipzig, die über die Ziele der arbeitenden Jugend in der DDR berichteten.

Es war selbstverständlich, daß die Teilnehmer der Runde als eine Hauptforderung an Bonn formulierten: „Wir brauchen eine Regierung, die die völkerrechtliche Anerkennung der DDR beschließt, um des Friedens in Europa willen.“ Und weiter: „Wir als Arbeiterjugend sind darüber hinaus für die Anerkennung der DDR, weil sie sozialistisch ist und weil wir von der Notwendigkeit des Sozialismus auch für die Zukunft der Bundesrepublik überzeugt sind.“

Die jungen Arbeiter von Dortmund haben in den letzten Monaten eine wichtige Erkenntnis gemacht: Will man etwas erreichen, so genügt es nicht, die Stimme abzugeben (so man das Wahlrecht bereits besitzt) und Bittgesuche an die Regierung zu adressieren. Im Streik, beim Kampf gegen die NPD, gegen Unternehmerwillkür und für eine bessere Berufsbildung hatten sie das erkannt, was man in ihrem Programm wiederfindet: „Soll unsere Zukunft sicher sein, so müssen wir sie in die eigenen Hände nehmen.“

Das „moderne Deutschland“, die „sicheren 70er Jahre“, das „veränderte Deutschland“ — das hatten alle Parteien versprochen. Vor der Wahl. Jetzt — nach der Wahl — diskutieren junge Leute über die Zukunft. Ihre Zukunft. Und sie wußten, modern ist dieses Land nur in dem Maße, wie es sich von den alten überlebten Machtstrukturen des Monopolkapitals entfernt, wie der Einfluß der Arbeiterklasse auf Staat und Gesellschaft vergrößert wird, wie junge Menschen mitbestimmen können. Alles andere ist bestenfalls neufrisierter Monopolkapitalismus, aber modern? So sehen die zukunftsweisenden modernen Forderungen aus, die am 30. 9. in Dortmund formuliert wurden: Mitbestimmung der Jugend — Wahrheit über unsere wirkliche Lage — eine Bundesrepublik ohne Nazis, ohne Krisen — Freundschaft zu allen Völkern — Herrschaft der Millionen anstelle der Herrschaft weniger Milliardäre. Daher heißt es am Schluß jenes Regierungsprogramms der Jugend:

„Wir wollen eine Bundesrepublik, in der der Verfassungsgrundsatz: Alle Macht geht vom Volke aus! volle Wirkungskraft hat. Das entspricht dem Wesen unserer Epoche, unserem Jahrhundert in dem die politischen und wirtschaftlichen Strukturen in der ganzen Welt im Umbruch begriffen sind. Wir müssen den Mut haben, auch bei uns den alten Zopf abzuschneiden und dem Neuen zur Geburt zu verhelfen.“

Eine Woche nach der Wahl. Die belebte Kettwiger Straße in Essen. Man macht eine Umfrage unter jungen Leuten. Wir fragen: Was soll die Jugend von der neuen Regierung und dem neuen Bundestag verlangen?

Die größte Gruppe, 43 Prozent der Befragten, hält bessere Beziehungen zur DDR, zumeist die Anerkennung, für das Wichtigste. An zweiter Stelle rangiert mit 16 Prozent die Hochschulreform, mit jeweils 12 Prozent folgend Mitbestimmung, Wahlrecht ab 18 Jahren und bessere Bildungspolitik.

Drei Wochen nach der Wahl. Die Koalition steht. Brandt bastelt an der Regierungserklärung. Sebastian Haffner stellt im „Stern“ fest: „Der Moment des Neubeginns. In diesem Augenblick ist vieles möglich, was später, wenn die Routine wieder regiert, viel schwerer, wenn nicht unmöglich wird.“ In diesem Moment des Neubeginns melden sich Jugendfunktionäre zu Wort. Wir fragten Vertreter demokratischer Jugendorganisationen, was sie von den Politikern verlangen, wofür sie mit ihren Verbänden eintreten werden.

Die Forderungen der Jugend liegen auf dem Tisch. Das Programm jener schnellen Runde aus Dortmund, die Wünsche der jungen Leute, die wir auf der Kettwiger Straße in Essen fragten und die Vorstellungen der Jugendverbände. Alle waren sich darüber im klaren: Auch die neue Regierung wird nur soviel verwirklichen, wie die Wähler und die Jugend Dampf dahinter machen.

Machen wir Dampf.

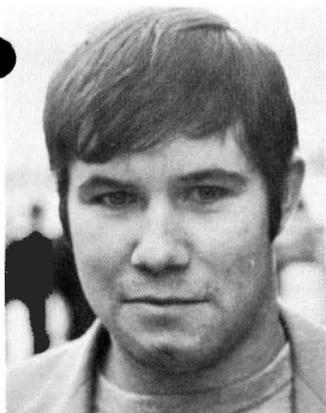
Am 30. September in Dortmund: Junge Arbeiter aus beiden deutschen Staaten beraten.



**„Was soll die Jugend
von der neuen Bundesregierung
und dem neuen
Bundestag verlangen?“**

Text und Umfrage: Wolfgang
Bartels, Hans-Jörg Hennecke,
Klaus Rose, Ulrich Sander.
Fotos: Udo Hoffmann, Klaus
Rose

elan fragt junge Leute:



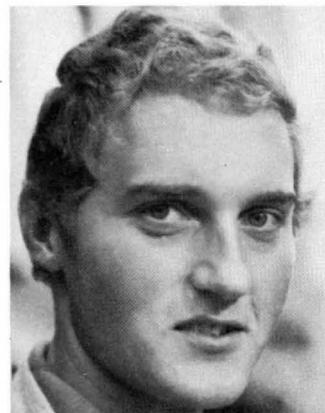
Manfred Alter, 21 Jahre, Maler
Ich wünsche mir, daß der Arbeiter mehr zu sagen bekommt und nicht wie jetzt der Unternehmer. Die machen ja jetzt was sie wollen. Es müßte mehr Sicherheit am Arbeitsplatz sein.



Reiner Schulz, 16 Jahre, Schüler
Man sollte die Ostgebiete zum Teil anerkennen und gute Beziehungen herstellen.



Gabriele Meier, 16 Jahre, Schülerin
Im Schulwesen müßte einiges geändert werden. Die Wehrzeit bei der Bundeswehr und das Wahlalter muß heruntersetzt werden.



**Hans Hilger, 26 Jahre, Schau-
fenstergestalter**
Ich erwarte von der Regierung, daß sie die Wirtschaft und besonders die Preise stabil hält. Die Politik soll etwas sozialer sein und die Ostpolitik gelockert werden.



Hans-Günter Kleinegunk, 23 Jahre, Student
Bessere Beziehungen vor allen Dingen zum Osten fordere ich. In der Bildungspolitik müßte auch einiges getan werden. Dafür haben wir ja bereits gestreikt.



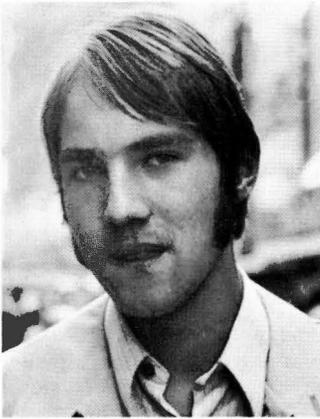
Richarda Bellmann, 17 Jahre, Schülerin
Ich fordere, daß eine gute Bildungspolitik betrieben wird und daß die Studienreform durchgeführt wird. Daß vor allem keine großen Angriffe gegen die Außerparlamentarische Opposition geführt werden. Gute Beziehungen zum Osten sollen angestrebt werden und daß England in die EWG kommt.



Jochen Buschmeier, 17 Jahre, Schüler
Meine Forderung persönlich wäre, daß die DDR anerkannt wird also auch politisch gesehen und die Ostpolitik mehr entgegenkommt. Mehr Universitäten müßten gebaut werden und die Schulreform verwirklicht werden.



**Ulrich Kohns, 23 Jahre, Medizin-
student**
Ausweitung der Mitbestimmung und bessere Kulturpolitik fordere ich. Die Außenpolitik in Richtung Ostpolitik unter Brandt und Scheel läßt ja einiges erhoffen. Man sollte der Medizin und hier der Sozialmedizin mehr Mittel zur Verfügung stellen, mehr Krankenhäuser bauen. Da ist doch einiges im argen.



Axel Röttger, 17 Jahre, Schüler
Man sollte die DDR doch anerkennen.



Hans-Jürgen Bendzloch, 22 Jahre, Schweißer
Ich wünsche mir weniger Steuern und Abzüge und daß es mal mit der Ostzone klappt.



Gerd Fust, 16 Jahre, Lehrling
Ich meine, der Wehrdienst müßte verkürzt werden. Man sollte eine gute Ostpolitik machen. Am besten wäre es, wenn man die Ostzone anerkennt.



Kläre Schmitz, 22 Jahre, Studentin
Ich stehe der neuen Regierung sehr skeptisch gegenüber. Die CDU ist übergegangen worden.



Erich Neumann, 15 Jahre, Schüler
Die ganze Politik ist mir zu altmodisch, sie müßte grundlegend anders, moderner werden. Auch sollte man das Wahlrecht schon mit 18 Jahren machen.



Petra Vorbö, 19 Jahre, Sekretärin
Die Hochschulen sollen reformiert werden, finde ich. Wir haben immer nur von Cäsars Kriegen gehört, aber über unsere jüngste Vergangenheit in der Schule wenig erfahren.



Jürgen Meyer, 18 Jahre, Handwerkslehrling
Ich fordere von der neuen Regierung, daß sie die Mitbestimmung auch für die Lehrlinge durchsetzt. Wenn das geschafft wird, ist das schon sehr viel.



Reiner Roth, 21 Jahre, Angestellter
Ich finde es nicht richtig, daß man die CDU in die Opposition geschickt hat, wo sie die stärkste Partei ist. Dann wünsche ich, daß keine allzu großen Risiken in der Außenpolitik eingegangen werden.



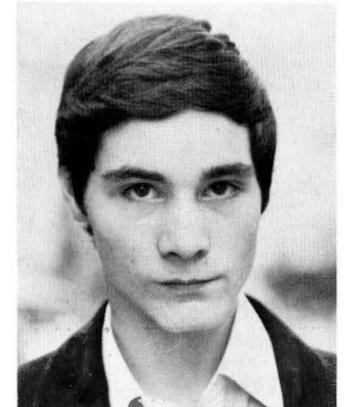
Uwe Tüber, 20 Jahre, Eisenbahner
Ich bin der Meinung, daß es eine Verfälschung des Wählerwillens war. Ich erwarte von der neuen Regierung nicht viel. Sie sollte die Vermögensbildung für den kleinen Mann weiterführen.



Ulrich Führmann, 18 Jahre, Schüler
Ich wünsche, daß die weitere Aufrüstung gestoppt wird. Ich möchte, daß die DDR und die Oder-Neiße-Grenze anerkannt wird.



Heinz Dors, 21 Jahre, Schüler
Ich erwarte vor allem von der neuen Regierung, daß sie das, was schon 20 Jahre dagewesen ist, umwerfen wird. Man sollte sich von Illusionen gegenüber der DDR lösen, und die DDR vielleicht sogar anerkennen, es läuft sowieso darauf hinaus.



Hermann Drehs, 18 Jahre, Lehrling
Die Berufsausbildung ist ja praktisch noch so, daß der Lehrling ein Sklave des Meisters ist. Das sollte grundlegend geändert werden. Dafür sollte die neue Regierung Gesetze schaffen.

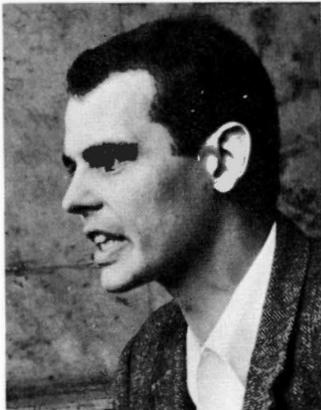
Vertreter der Jugendverbände
im elan:
Das erwarten wir von der neuen
Bundesregierung und vom Bundestag



Klaus Engel, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft ÖTV



Franz Woschek, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, Leiter der Abteilung Jugend



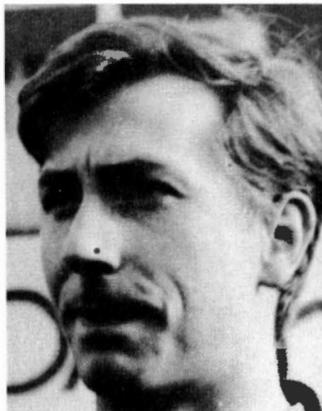
Manfred Klesewetter, DGB-Landesjugendsekretär in Hessen



Klaus Stenzel, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft Holz und Kunststoffe



Christian Götz, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft HBV



Wolfgang Gehrcke, Stellvertretender Bundesvorsitzender der SDAJ

Ihre Forderungen und
Vorstellungen auf den Seiten 20 bis 20c



In Dortmund verkauft die elan-Redaktion selbst ihre Zeitschrift*)

aber wer verkauft in Wolfsburg, Wanne-Eickel, Flensburg und Rosenheim? Diese Städte gehören zu den über hundert, in denen wir — leider — noch keine Verkäufer für den e l a n gefunden haben. Oder in denen sich die Grossisten mit konstanter Bosheit weigern, das „krypto-kommunistische“ Blatt (so der „Bayernkurier“) zu handeln.

Wie steht es damit in Deiner Stadt, an Deiner Berufsschule, in dem Jugendzentrum, der Boutique, der linken Kneipe Deines Wohnorts? Wird dort schon e l a n verkauft?

Wenn nicht, sollte sich das ändern. Durch Deine Hilfe.

Und wir helfen Dir, bzw. Deiner Jugendgruppe: 30 Prozent der Einnahmen (dreißig Pfennig pro Heft!) bleiben beim Verkäufer. Das sind dreißig Mark bei hundert Stück; das sind dreißigtausend Mark bei hunderttausend Exemplaren!

Man kann auch klein anfangen!

Also schreibt umgehend an den Weltkreisverlag, 46 Dortmund, Brüderweg 16:

Ich bestelle Exemplare e l a n zum Weiterverkauf (mit Rückgaberecht unverkaufter Exemplare).

Name: _____

Anschrift: _____

Unterschrift: _____

*) hier vor dem Berufsschulzentrum an der Geschwister-Scholl-Straße

DDR: Sicher in die 70er Jahre

So erlebten wir den Geburtstag des anderen deutschen Staates



TEXT: Wolfgang Beckel, Hans-Jörg Henning, Uwe Meitz, Ulrich Sander
FOTOS: Jungo Welt, Neues Leben

Der stellvertretende Ministerpräsident Wolfgang Rauchfuß hatte uns ermahnt: „Daß ihr mir ja dort hingehet.“ Er meinte die Messe der Meister von Morgen, die er zwei Tage zuvor gemeinsam mit Ministerpräsident Stoph und anderen Politikern eröffnet hatte. Die Exponate dieser jugendeigenen Messe wurden uns bei der Aussprache im Haus des Ministerrats als die besten Ergebnisse geschildert, die aus dem Staffettenwettbewerb der FDJ „Pioniertaten für unser sozialistisches Vaterland“ hervorgegangen waren.

Immer wieder: „Schaut euch unsere Messe an.“ Die jungen Arbeiter aus der Bundesrepublik und Westberlin — rund 2 800 waren zum 20. Geburtstag erschienen — erhielten diesen Rat, sei es in den unzähligen Diskussionen auf Straßen und Plätzen oder etwa bei der Aussprache von 500 Mitgliedern der FDJ, der SDAJ und der Gewerkschaftsjugend im Klubhaus „Erich Weimann“ des Kabelwerkes Oberspree.

Wir zogen also hin zu den fünf geheimnisvollen orangefarbenen Lufttragehallen aus Malimostoffgewebe, die in diesen Tagen den Eingang der Werner-Seelenbinder-Halle verdeckten. Und wir stellten fest: Die 12. Messe der Meister von Morgen — in der DDR kurz MMM genannt — bietet tausenden interessierten Besuchern einen Überblick über Erfindungen und Verbesserungen technischer Art, die von Gemeinschaften junger Menschen entwickelt wurden. 8 890 Messen in Betrieben, Schulen und Gemeinden bereiteten die diesjährige zentrale MMM vor. Mehr als 600 000 Jugendliche stellten dort ihre Exponate aus. 816 Exponate überwand auch die letzte Hürde, sie sind auf 33 000 qm Ausstellungsfläche in Berlin zu sehen.

Wer hier durch die Hallen geht und sich von jungen Menschen die Funktionsweise der ausgestellten Modelle und Maschinen demonstrieren läßt, muß es für eine Legende halten, daß dieser Staat nur 20 Jahre zuvor mit vier veralteten Hochöfen seine Industrialisierung begann. Wer dann erfährt, daß die MMM-Bewegung unter der Jugend in den vergangenen 18 Monaten einen wirtschaftlichen Nutzen von 1 089 355 783 Mark erbrachte, daß dieser Staat mittlerweile an achter Stelle der Welt rangiert, hat Verständnis für westliche Journalisten, die vom „Wunder östlich der Elbe“ sprechen. Doch das Wort „Wunder“ hören die jungen Messeaussteller in ihren gelben Overalls gar nicht so gern. Denn sie wissen sehr wohl, daß die reale Grundlage der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ihres Staates im Ideenreichtum und der Arbeitsleistung seiner Bürger zu finden ist. Daß die Jugend in dieser Bewegung immer in vorderster Reihe stand, macht sie stolz.

Es waren Jugendliche, die schon in der „Stunde Null“ an den Grundlagen für die Industrialisierung des Agrargebietes zwischen Elbe und Oder arbeiteten. „Max braucht Wasser“ hieß eine der Parolen damals. In Reinschrift: die Maxhütte in Unterwellenborn brauchte eine Wasserzufuhr, um mit der Produktion beginnen zu können. Tausende folgten dem Ruf der Freien Deutschen Jugend und bauten einen Kanal. Sie gaben sich und ihrer Umgebung neues Vertrauen in eine Zukunft, für die es Schutt und Trümmer des Krieges zu überwinden galt.



Die Basis der MMM-Bewegung ist in den Betrieben und Schulen zu finden. „Klubs junger Techniker“ und Neuerer-Zirkel knobeln dort — ausgestattet mit modernstem Gerät und Material — an Verbesserungen und Erfindungen. Ihre Hauptziele: Arbeitsvorgänge zu vereinfachen, Material einzusparen — kurz gesagt: mit weniger Aufwand an Arbeitskraft und Material die Produktion zu erhöhen. Sie lernen dabei, die neue Technik zu beherrschen. In allen Überlegungen spielt selbstverständlich auch die Qualität eine hervorragende Rolle.

In Halle 1 der zentralen MMM besuchten wir unter anderem den Stand des „Karl-Liebknecht-Werkes“ für Schwermaschinenbau aus Magdeburg.

„Wir sind hier mit drei Exponaten. Einmal handelt es sich um einen Dieselmotor. Es war unsere Aufgabe, ihn für die Produktion serienreif zu machen. Dieser Motor soll in Schiffe des Atlantictyps eingebaut werden. Zum zweiten haben wir ein System zur Stahleinsparung bei der Ausrüstung von Chemiewerken entwickelt. Wo früher 400 Stahlrohre angefertigt werden mußten, arbeiten wir jetzt mit neuen Schweißkonstruktionen. Diese Neuentwicklung wurde inzwischen patentiert. Wir erreichen damit eine jährliche Ersparnis von 450 000 Mark. Diese Entwicklung haben vier Jugendliche geschaffen. Und außerdem führen wir hier noch ein Datenverarbeitungsmodell vor. Dieses Modell dient zum Experimentieren und ersetzt hochwertige und teure Datenverarbeitungsanlagen, die man hätte für Studienzwecke zur Verfügung stellen müssen. Das Datenverarbeitungsmodell ist eine Gemeinschaftsleistung des Klubs junger Techniker unseres Werkes, des Zirkels unserer Lehrwerkstatt und von Studenten der Universität Magdeburg. Gebaut wurde das Modell schließlich von Lehrlingen des 3. Lehrjahres.“

Das erklärte uns Wolfgang Schienemann am Stand seines Werkes. Er ist Leiter des Klubs junger Techniker im Karl-Liebnecht-Werk.

Wir wollten von ihm wissen, was junge Menschen zu derartigen Leistungen bewegt.

„Da muß natürlich einmal der Drang zum Experimentieren genannt werden. Schließlich sind in unseren Klubs alle Bedingungen gegeben, die an technischen Gerät und Material zu stellen sind.“

Hinzu kommt, daß Neuerungen entsprechend ihrem Wert honoriert werden. Dafür gibt es gesetzliche Grundlagen. Na, und jeder überlegt sich ja auch, wie er seinen eigenen Arbeitsprozeß vereinfachen und erleichtern kann.“

Die MMM-Bewegung, mit der heute jugendliche Milliarden Gewinne realisieren, entstand im Jahre 1958 auf Initiative der FDJ. Herrschten auf den ersten Messen technische Bastelarbeiten vor, so stehen heute Ergebnisse im Kampf um Weltspitzenleistungen im Mittelpunkt. Schwerpunkte sind strukturbestimmende Bereiche der DDR-Volkswirtschaft, Einführung der Automation und moderne Organisation der Produktion. Die Zahl der aktiven Teilnehmer hat sich seit der ersten Messe verhundertzwanzigfach! Ihr stärkstes Gewicht liegt im Erfahrungsaustausch. Abgucken ist erwünscht! Den Besucher aus dem Westen beeindruckt das Niveau der Exponate und ihrer Produzenten. Hier zeigt sich die Überlegenheit eines Bildungssystems, das jedem alle Möglichkeiten eröffnet, ohne nach Geld und Herkunft zu fragen. Hier wird das Ergebnis einer Planung demonstriert, die jede Leistung zum meßbaren Erfolg aller werden läßt.

Auch in Düsseldorf fand wenige Wochen zuvor eine Messe für junge Leute statt: die „Teenage fair“. Wer diese beiden Messen miteinander vergleicht, muß feststellen: zwischen Berlin und Düsseldorf liegt eine größere Entfernung als die 565 Kilometer, die der Autoatlas ausweist. Auf der Teenage-fair: Manipulierung der Jugend durch die Konzerne, Degradierung des jungen Menschen zum gedankenlosen Konsumenten, an dem nur der Geldbeutel interessant ist. Das den jungen Ausstellern in Berlin erklären zu wollen, ist sinnlos. Es muß ihnen ja auch ganz einfach vorkommen wie der Bericht von einem anderen Stern. ■

Danke, weitermachen!



Danke, weitermachen,
vieles noch verzwanzigfachen.
Danke weitermachen,
danke für bisher.

Dank zunächst den Trümmerfrauen,
die den Schutt wegräumten,
daß wir, um neu aufzubauen,
keine Zeit versäumten.

Heute bauen ihre Söhne
einen hohen Fernsehturm.
Hoch gestiegen sind die Löhne,
hoch gestiegen ist die Norm.

Dank auch meinem Klassenlehrer,
der erst lernen mußte,
wie man richtig „Rauchfangkehrer“
schreibt, weil er's nicht wußte.

Heute sitzen seine Schüler
längst in einem Chefbüro,
strecken ihre Klassenfühler
immer nach dem Weltniveau.

Vater war mein erster Lehrer.
Er hat mir viel beigebracht,
weil er als ein Spätheimkehrer
wußte, wer die Kriege macht.

Heute sitzt mein jüngster Bruder
als Pilot der NVA
hinter seinem Düsenruder,
und er bleibt zehn Jahre da.

Danke dem Genossen Walter
für die kluge Politik.
Wissenschaft als Machtentfalter,
wir entfalten uns gleich mit.

Dank den Sportlern für die Tugend:
immer schneller, immer fit.
Dank der Freien Deutschen Jugend
für die Lieder und singt mit:

Danke, weitermachen,
vieles noch verzwanzigfachen.
Danke, weitermachen,
danke für bisher.

Reinhold Andert, „Oktoberclub“ Berlin

Sicher in die 70er Jahre

Treffen junger Sozialisten in Berlin

Über eine halbe Stunde lang und stehend nahmen die festlich gekleideten Genossen den wohl ungewöhnlichsten Rechenschaftsbericht entgegen, der denkbar ist. Es war eine Dokumentation der festen Position der DDR im Weltmaßstab, ihrer erfolgreichen Außenpolitik, die Werner Lambert, langjähriger FDJ-Zentralratssekretär und heutiger ZK-Sekretär der SED den Teilnehmern der Festveranstaltung zum 20. Jahrestag vortragen konnte. Dieser Rechenschaftsbericht enthielt nichts weiter als die Namen der Gäste aus 84 Ländern, die zu den Feierlichkeiten erschienen waren. Pham Van Dong, Ministerpräsident Nordvietnams, der gleich den Spitzen der sozialistischen Länder nach Berlin geeilt war, wurde besonders herzlich begrüßt. Jugoslawien und Rumänien hatten nicht die allerhöchste Spitze entsandt, China und Albanien glänzten durch Abwesenheit, dafür konnten aber Minister aus Guinea, Algerien, Südjemen und Finnland begrüßt werden. Ministerpräsidenten gar waren aus dem Irak und dem Sudan erschienen, Kambojscha schickte einen stellvertretenden Ministerpräsidenten und Indien eine stellvertretende Oberhauspräsidentin. Kaum eine kommunistische Partei fehlte, und zahlreich waren die vertretenen sozialistischen Parteien, die Gewerkschaften und Jugendorganisationen.

Wen wundert es, daß der sowjetische Parteichef Breschnew angesichts der wachsenden Anerkennung der DDR im Weltmaßstab feststellen konnte, normale Beziehungen zur DDR seien kein Tauschobjekt, für das es etwas einzuhandeln gäbe. Vielmehr seien sie so selbstverständlich wie die Tatsache, daß die Elbe in die Nordsee fließe. Zur Regierungsbildung in Bonn führte der sowjetische Politiker aus: „Selbstverständlich würden wir eine Wende zum Realismus in der Politik der Bundesrepublik begrüßen und wären bereit, darauf entsprechend zu reagieren. Aber unser Kampf gegen den Militarismus und Revanchismus ist eine grundsätzliche Linie,

und da gibt es keinen Platz für Kompromisse.“

An die neue Bundesregierung wandte sich auch Walter Ulbricht: Sie solle „ohne Verzug und Vorbehalte den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnen und auf die Produktion, Lagerung und Anwendung atomarer, bakteriologischer und chemischer Waffen verzichten. Sie sollte sich zu Maßnahmen auf dem Gebiete der Abrüstung bereithalten. Sie sollte die revanchistische Alleinvertragsmaßnahme und die anachronistische Hallstein-Doktrin endlich aufgeben und im Interesse der europäischen Sicherheit und des Friedens endlich alle europäischen Grenzen — einschließlich der Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik — anerkennen. Und sie sollte endlich die neonazistische Partei auflösen und den Neonazismus im westdeutschen Staatsapparat, in der Bundeswehr und in der Justiz ausschalten. Jede dieser Forderungen kann von den demokratischen Kräften unseres Landes unterschrieben werden.“

Ulbricht ist der Hauptakteur dieses Festaktes in der Werner-Seelenbinder-Halle. Er, der von Sebastian Haffner das Prädikat „erfolgreichster deutscher Politiker des Jahrhunderts“ erhielt und nicht nur von den Kommunisten, sondern auch von einem Mann wie Gerhard Zwerenz für die Verkörperung „der Kontinuität der revolutionären Tradition“ gehalten wird, konnte positiv Bilanz ziehen: „So ist die zwanzigjährige Geschichte unserer Republik voller Beispiele für die Fähigkeit und Kraft eines Volkes, das sich von imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung befreit, die Staats- und Wirtschaftsmacht in die eigenen Hände genommen hat und — geführt von der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse — zielbewußt die eigene Zukunft aufbaut.“

Es waren keine leichten zwanzig Jahre. „Komplizierteste Prozesse“ galt es zu meistern; zuerst nur von einer Minorität wurde der „Weg ins Neuland“ gebahnt, wurde die „Mehrheit des werktätigen Volkes zur aktiven Teilnahme am Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus“ gewonnen. Ulbricht erinnert daran: „Den bedeutendsten deutschen Wissenschaftlern und Revolutionären Karl Marx und Friedrich Engels verdanken wir die wichtige Erkenntnis, daß der Mensch das Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse ist und daß es darauf ankommt, diese Verhältnisse menschlich zu gestalten. Und er stellt fest: „Diese Aufgabe ist in der DDR gelungen.“

Den längsten Teil seiner mehrstündigen Rede widmet Walter Ulbricht aber nicht der Bilanz, sondern dem Ausblick. Seine detaillierten prognostischen Ausführungen zur Entwicklung der Bildung, der Ökonomie, der Automation und Wissenschaft, ja auch des Sports und der Kultur gaben ein Bild davon, wie sich künftig das „Wunder DDR“ entwickeln wird. Und die westlichen Zeitungen, die wie die „New York Times“ das Jahr 1968 „als das Jahr Ulbrichts“ erklärten, werden an Tagen des Jahreswechsels u. U. derartige Proklamationen wiederholen müssen.



Roter Konvoi nach Berlin

5. Oktober — Sonntagmorgen, gegen ein Uhr rollt der letzte der 21 Busse des Konvois mit über tausend SDAJ-ern über die Grenze. „Heim ins Reich“, rief ein West-Zöllner höhnisch den Busen nach. In der Magdeburger Börde warteten bereits Gulaschkanonen der FDJ auf die hungrigen westdeutschen jungen Arbeiter und Gewerkschafter. Morgens gegen acht Uhr hat der Konvoi dann sein Ziel erreicht: das Berliner Hans-Loch-Viertel. Tausend FDJler bereiten den westdeutschen Gästen einen heißen Empfang mit Sprechchören und Fanfaren. Der Oktober-Klub spielt „Auf, auf zum Kampf“. Erich Rau, Sekretär des Zentralrats der FDJ, hält eine kurze, herzliche Begrüßungsansprache. Beifall klingt auf, als er feststellt, daß die jungen westdeutschen Arbeiter wesentlich beigetragen haben, den Einzug der NPD in den neuen Bundestag zu verhindern. Wolfgang Gehrke, stellvertretender Bundesvorsitzender der SDAJ, dankt der FDJ für die Einladung zum Treffen junger Sozialisten. „Wir sind als junge Sozialisten der Bundesrepublik stolz darauf, mit euch gemeinsam den 20. Jahrestag der DDR feiern zu können. 20 Jahre DDR, das bedeutet für die jungen fortschrittlichen westdeutschen Arbeiter 20 Jahre Aufbau des Sozialismus, 20 Jahre Verwirklichung des Vermächtnisses von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, 20 Jahre ohne Kapitalisten. Die Erfolge, die hier in der DDR vollbracht wurden, sind für uns junge Arbeiter der Bundesrepublik ein großer Ansporn.“

Viel gedrückter ist die Stimmung 63 Stunden später beim Abschied auf dem Bahnhof Berlin-Lichtenberg. Zu schnell muß man sich wieder von Freunden trennen, die man gerade erst kennengelernt hat. Über den Bahnhofslautsprecher bedankt sich der Bundesvorsitzende der SDAJ, Rolf Jürgen Priemer, nochmals für die schönen Tage in Berlin. Lange noch winkten vom Zug und vom Bahnsteig rote Tücher und blaue Fahnen.



Fackelzug der 250.000

Der Höhepunkt des Treffens junger Sozialisten: Die Kampfdemonstration der 250 000 FDJler zur Erinnerung an den historischen Fackelzug am 11. Oktober 1949, mit dem hunderttausend junge Leute damals die Gründung der DDR begrüßten. Eröffnet wird der Zug von Teilnehmern des 49er Fackelzuges und Geburtstagskindern, die ihren Geburtstag zusammen mit ihrer Republik feiern. Dem Zug vorweg wird — wie vor zwanzig Jahren — ein Transparent mit der Aufschrift „Es lebe die Deutsche Demokratische Republik“ getragen. Der Kommentar in- und ausländischer Journalisten, teils zustimmend, teils ablehnend, je nach politischer Richtung: diese Jugend steht hinter ihrem Staat, hinter der Sozialistischen Einheitspartei. Stolz präsentieren die jungen Leute ihre Leistungen: Jugendobjekte, die in Verantwortung Jugendlicher errichtet wurden. Die größten und bekanntesten sind die Talsperre Sosa, das Erdölverarbeitungswerk Schwedt, das Jugendkraftwerk „Artur Becker“ Trattendorf, der Zentralflughafen Berlin-Schönefeld, der Überseehafen Rostock, das Eisenhüttenkombinat Ost, die Meliorationsprojekte, bei denen Sumpf und Moor in fruchtbares Land verwandelt wurden. Jetzt marschieren Teilnehmer der Messe der Meister von Morgen vorbei, in ihren gelben Anzügen unter ihrem Zeichen, der Rakete. Die FDJler bringen ihre Freundschaft zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten zum Ausdruck. Mit dem Ruf „Amis raus aus Vietnam!“ unterstützen sie das vietnamesische Volk in seinem Freiheitskampf gegen die US-amerikanischen Aggressoren. Die Teilnehmer aus der Bundesrepublik werden besonders von einem Transparent angesprochen, das ihren Kampf gegen Imperialismus und Neonazismus in der Bundesrepublik würdigt. Sie bringen ihrerseits ihren Dank mit dem Sprechchor zum Ausdruck: „Wir fordern von Minister Brandt, die DDR wird anerkannt.“



Eine Plattensammlung mit Texten u. a. Der heilige Krieg, Winterschlacht um Moskau 1941, Lob des Kommunismus, Frieden der Welt, Lied der Gefangenen, Die Rote Armee marschieret, Linker Marsch, Lenin, Das Lied vom Vaterland, Brüder, zur Sonne, zur Freiheit.

Preis: DM 36,—

Bitte Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund Brüderweg 16

Zukünftige Lehrlinge in Hamburg und Umgebung

Wenn Sie

SPEDITIONSKAUFMANN

werden wollen, kommen Sie doch zu Richard Ihle!

Unsere Lehrlingsausbildung wird stetig verbessert. Wir arbeiten durchgehende Ausbildungspläne für jeden Lehrling aus, zusammen mit Betriebsrat und Jugendvertretung. Und machen zusätzliche innerbetriebliche Lehrlingskurse.

Wir würden uns freuen, von Ihnen schriftlich, telefonisch oder persönlich zu hören.

RICHARD IHLE,
Internationale Spedition
2 Hamburg 1
Schmiedestraße 1
Telefon 3283283

DDR in Zahlen Daten Fakten

Einwohner: 17.090.085 (davon 6.141.138 bis 25 Jahren)
Größe: 108.300 qkm

★

Die Bevölkerung der DDR, die 0,5% der Weltbevölkerung ausmacht, produziert 1,7 Prozent des Nationaleinkommens aller Länder der Erde.

★

Das Nationaleinkommen stieg von 1950 bis 1968 auf etwa das dreieinhalbfache.

★

Die Industrieproduktion stieg von 1950 bis 1968 auf das 4,7fache.

★

In den ersten zehn Monaten 1968 wurde in der DDR ebensoviel produziert, wie 1936 in ganz Deutschland.

★

Um die Produktionsleistung des Jahres 1950 zu erreichen, benötigte die DDR-Industrie 1968 in den Bereichen Elektrotechnik / Elektronik und Gerätebau nur noch 1,3 Monate, in der Chemischen Industrie nur noch 2,3 Monate, in der Maschinen- und Fahrzeugindustrie nur noch 1,9 Monate.

★

Was 1949 vier in der Landwirtschaft Beschäftigte produzierten, schafft heute ein Genossenschaftsbauer oder Landarbeiter.

★

13 Prozent aller Volkskammerabgeordneten sind im Alter von 21 bis 30 Jahren.

★

300.000 Jugendliche studieren gegenwärtig an Universitäten, Hochschulen, Betriebsakademien und Volkshochschulen.

★

Die Jung- und Thälmann-Pioniere (Kinderorganisation) sammelten 1.573.973 Mark als Solidaritätsspenden für Vietnam.

★

Auch die Pioniere führten in ihren Schulen Messen durch. Mit 109.693 Exponaten beteiligten sich 321.679 Pioniere und erreichten damit einen wirtschaftlichen Nutzen in Höhe von 626.415 Mark.

★

Der sozialistische Jugendverband, die FDJ, hat 1,4 Millionen Mitglieder.

365 m über Berlin

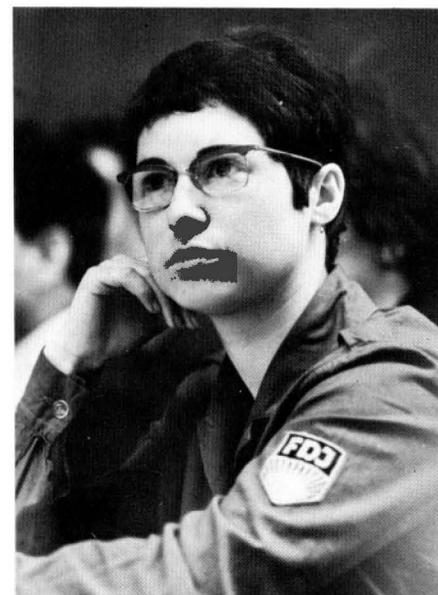
Weit über Berlin hinaus ist es zu sehen, das jüngste Kind der DDR, der Fernsehturm am Alex. Mit seiner Höhe von 365 m zählt er zu den höchsten Bauwerken der Welt und ist zweithöchster Turmbau nach dem Moskauer Fernsehturm (508 m) und vor dem Pariser Eiffelturm (320 m). Gerade zum 20. Jahrestag der DDR wurde er fertig. Daher ist es ganz selbstverständlich, daß seine ersten Gäste Repräsentanten aus den verschiedensten Ländern und Teilnehmer am Treffen junger Sozialisten waren. Diejenigen, die den Turm betreten, werden registriert. Natürlich nicht namentlich, sondern durch eine elektrische Zählmaschine, die auch gleich Auskunft gibt, wieviel Personen sich im Turm aufhalten. (3.500 Personen können täglich Café und Aussichtsfläche besuchen.) Zwei Fahrstühle bringen die Gäste zunächst zur Aussichtsplattform in 203 m Höhe. Selbst der Alexanderplatz, der nunmehr ein ganz neues Gesicht trägt, wirkt aus dieser Höhe wie ein Spielplatz mit kleinen Spielautos und Minimenschen. Die Weltstadt Berlin und noch ein bißchen mehr liegt dem Besucher zu Füßen. Hat er sich satt gesehen, kann er ein paar Meter höher im Fernsehturm-Café auch etwas für seinen Magen tun. Während Kaffee getrunken und Kuchen gegessen wird, dreht sich die Plattform. Innerhalb einer Stunde kann man dann ganz genüßlich Alexanderplatz, Rotes Rathaus, Unter den Linden, Brandenburger Tor und das neueste Hotel der DDR „Stadt Berlin“ unter sich vorbeigleiten lassen.

Daß die Berliner auf ihren Turm hinauf wollen, ist ganz klar. Doch bis alle oben gewesen sind, werden einige Jahre vergehen. Rein rechnerisch nur rund ein Jahr. Aber das nur dann, wenn allein die Berliner das Vergnügen haben sollten. Doch die Berliner sind gute Gastgeber für Gäste aus aller Welt. Deshalb wird's wohl noch einige Jahre länger dauern.



Aus erster Hand

Karl-Marx-Allee. Überall Singgruppen und tanzende junge Leute. Wenn diese jungen Menschen spitz gekriegt haben, daß man aus Westdeutschland kommt, wird man sofort umringt und mit Fragen bestürmt. „Bist du in der SDAJ, in der DKP? Was ist mit der NPD? Kämpfst ihr nach der Wahl weiter gegen den Neonazismus?“ Es stellt sich bald heraus, daß die FDJler über die Lage in der Bundesrepublik sehr gut informiert sind. Trotzdem begegnet man ungläubigem Staunen, wenn man zum Beispiel die brutalen Einsätze der Polizei gegen NPD-Gegner schildert. So aus erster Hand ist ihnen das noch nicht geschildert worden. Und oft ist der besorgte Ausruf „So weit ist es schon wieder bei euch!“ zu hören. Nach der Diskussion werden Adressen getauscht, auf Halstücher und Wimpel geschrieben. Mit einem aufmunternden „Alles Gute in eurem Kampf“ verabschieden sich die FDJler.



„Ich bin 20“

Von vielen Litfaßsäulen und Plakatwänden lächelte in diesen Tagen dem Besucher der DDR-Hauptstadt ein junges Mädchen entgegen. Kurz und bündig war darunter zu lesen: „Ich bin 20.“ Die junge Schöne heißt Petra Barthel, studiert an der Staatlichen Schauspielschule beim Volkstheater Rostock und ist genau an dem selben Tag geboren worden wie der Staat, in dem sie lebt: am 7. Oktober 1949. Namentlich bekannt sind 615 weitere Geburtstagskinder dieses Tages. Auch an ihrem Beispiel wird deutlich, welche Möglichkeiten diese Jugend in ihrem jungen Staat hat. Da ist z. B. Klaus Bahn, Installateur beim VEB Wohnungsbaukombinat Magdeburg. Klaus kommt aus einer Arbeiterfamilie. Beim Aufbau der Hochhäuser in der Magdeburger Neustadt hat sich der 20jährige bewährt, so daß ihn seine Kollegen zum Ingenieurstudium vorgeschlagen haben. Schon in kurzer Zeit wird er nicht mehr auf Neubauten, sondern in Hörsälen anzutreffen sein. Oder nehmen wir Eva Klammer, auch „Oktoberkind“ des Jahrgangs 49. Mit ihren 20 Jahren hat sie bereits das Studium am Institut für Lehrerbildung abgeschlossen und hat nun die Lehrbefähigung für Sport und Werken in der Unterstufe. Doch Eva will sich damit noch nicht zufrieden geben. Ihr nächstes Ziel: Im Fernstudium die Qualifikation einer Sportlehrerin für die Oberstufe erreichen.

Gast der „Jungen Welt“

Satellitenbeobachtungsstationen gibt es in vielen Ländern. Einmalig in der Welt ist es jedoch, daß eine Jugendzeitung derartige Station betreibt, SDAJler in Essen besuchten sie während des Treffens junger Sozialisten — beim Verlag „Junge Welt“.

Ein Kollektiv von vier jungen „Himmelforschern“ betreut diese Station, verfolgt regelmäßig u. a. die von der Sowjetunion gestarteten Satelliten der Kosmos-Serie, empfängt und analysiert übertragene Wetterbilder. Die Beobachtungsstation steht mit einer Reihe von anderen Stationen in engem Kontakt.

„Junge Welt“ ist daher auf diesem Gebiet stets up to date und kann umgehend über die neuesten Weltraumstarts berichten.

Zuvor hatten die SDAJler an einem kleinen Empfang mit Verlagsdirektor Kurt Feitsch teilgenommen. Sie erfuhren dort, daß insgesamt 17 verschiedene Zeitungen und Zeitschriften im Verlag Junge Welt erscheinen — für Leser vom Vorschulalter an bis zu etwa 30 Jahren. Der Gastgeber wußte zu berichten: „Der Wissensdurst unserer Jugendlichen ist sehr groß. Ob es sich nun um die Kinderzeitung „Bummi“, die Pionierzeitung „Die Trommel“, das FDJ-Organ „Junge Welt“ oder fachbezogene Zeitschriften handelt, — die Auflagenhöhen müssen wir von Jahr zu Jahr steigern.“



Ball der 20-jährigen

Auf der Karl-Marx-Allee wird gesungen, getanzt, diskutiert. Im Kongreßsaal gleich nebenan findet zur selben Zeit in allen Räumen der Presseball der „Jungen Welt“ statt. Die Jugend der DDR ist uns in manchem voraus, z. B. besitzt sie eine eigene Tageszeitung, eben die „Junge Welt“, die heute Gastgeber ist. Im Saal wie auch auf der Karl-Marx-Allee dominieren die blauen Hemden. Auch auf der Bühne des Großen Saales. Die Singegruppe der FDJ Hoyerswerda bringt die neuesten Lieder der FDJ-Werkstattwoche. Im Gelben Saal spielt eine Beatband, und kaum ein Blauhemd bleibt auf seinem Stuhl sitzen. Auf der Treppe: Diskussion, während die dreifache Europameisterin Petra Vogt und Weltrekordler Roland Matthes — letzterer gekonnt schüchtern — aus ihrem Sportlerleben berichten. „An sich wollte ich ja keinen neuen Weltrekord schwimmen, die Saison war doch schon vorbei, da meinte aber mein Trainer...“ Matthes hat die Lacher auf seiner Seite. Diese Lacher entwickelten sich dann schon bald zu hervorragenden Mitsängern, als Perry Friedman die Bühne betrat. „Ich kenn' ein Lied, das ist zum Mitsingen, und das geht so“, Perry stimmt an, und der Saal singt mit. Fast auf die Sitze bringt die sowjetische Band „Drushba“ die Zuhörer. Der blonde Sänger der Band erobert sich sofort die Mädchenherzen. Dann wird getanzt, getanzt und getanzt. Bis weit nach Mitternacht. Bis es schließlich und endlich nette Mädch waren, die einem freundlich den Ausgang zeigten.

Hosch
druckt von DIN A 6
bis DIN A 1
Bücher, Broschüren,
Prospekte,
Kataloge, Briefbogen,
Preislisten,
Drucksachen aller
Art

HOSCH GmbH
6 Frankfurt am Main
Heddernheimer
Landstraße 78 a

Es fing an mit einer Weihnachtsfeier, drei Betriebsjugendvertretern und dem Berufsbild „Industriekaufmann“. Sie brachten die Betriebsleitung von BKS in Velbert in arge Verlegenheit – und den kaufmännischen Lehrlingen eine bessere Ausbildung. Was im einzelnen geschah, erfuhre l a n in der „Stadt der 1000 Schlösser“ von BKS-Betriebsrat Jürgen Köster.

Hans-Jörg Hennecke:

Was wir wollen: Arbeiterkontrollen!

Bei BKS wurde daraus ein Stück Wirklichkeit. Aber nicht nur Kontrolle: Arbeiter bestimmen in der Ausbildung mit. Ein Bildungsplan wurde gemacht.



Als e l a n zum ersten Mal die Tochtergesellschaft des US-Konzerns Eaton, Yale & Towne in Velbert besuchte, war Jürgen Köster noch Vorsitzender der Betriebsjugendvertretung. (siehe elan 10/67) Damals hatte die BKS-Jugendvertretung gerade einen Ausbildungsplan für kaufmännische Lehrlinge erarbeitet, der von den Bedingungen des Berufsbildes ausging.

„Die Betriebsleitung versprach uns, unseren Ausbildungsentwurf offiziell im Betrieb einzuführen. Doch dann machte man einen Rückzieher. Er sei angeblich nicht durchführbar“, berichtete uns Jürgen damals. Die Firmenleitung wollte Lehrlinge wohl doch weiter als billige Arbeitskräfte nutzen. Um das Blatt zugunsten der Lehrlinge zu wenden, verfiel Jürgen Köster auf einen originellen Dreh.

Als sich die BKS-„Betriebsfamilie“ unter dem Weihnachtsbaum zusammenfand, um dem rührenden Worten der Direktoren zu lauschen, ergriff er das Wort. Und e richtete der Belegschaft, wie es mit der Lehrlingsausbildung im Werk steht, welche Vorschläge die Jugendvertretung gemacht hatte und wie die Betriebsleitung reagierte. Lebhafter Beifall für den Mut des Jugendvertreters. Eisiges Schweigen nur bei den BKS-Gewaltigen, die sich zu Recht um ihre allweihnachtliche „Wir - sitzen - alle - in - einem - Boot - Show“ gebracht sahen.

Ergebnis: die Betriebsleitung lehnte beleidigt weitere Gespräche mit der unbotmäßigen Jugendvertretung ab. Sie zeigte sich nicht sonderlich von der Tatsache beeindruckt, daß BKS im Lehrberuf Industriekaufmann den traurigen Rekord des Raumes Velbert hielt: 25 – 30 % Durchfallquote bei Gehilfenprüfungen.

Daß dies heute anders ist, liegt an der Hartnäckigkeit von Jugendvertretern und Betriebsräten.

„Gemeinsam mit dem Betriebsrat haben wir uns durchgesetzt. Unser Ausbildungsplan ist heute Wirklichkeit im Betrieb,“ stellt Jürgen nicht ohne Stolz fest. Inzwischen ist er in den Betriebsrat gewählt worden.

Unternehmer Sündenregister

Lehrlinge
in Aktion

Aktionen Umfragen

Hamburg. Ein „Schwarzbuch“ hat der Hamburger DGB angekündigt, in dem Lehrlinge und Jungarbeiter über Mißstände in den Betrieben berichten sollen.

Frankfurt/Main. „Jugendwahllokale“ richtete die Frankfurter SDAJ in der Endphase des Bundestagswahlkampfes ein. Auf Stimmzetteln konnten sich Lehrlinge und junge Arbeiter zur Frage der Mitbestimmung und der Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre äußern.

Velbert. Eine Umfrage unter mehr als tausend Lehrlingen aus 50 Betrieben führte das Lehrlingskomitee Niederberg durch. Nach einer ersten Analyse ergibt sich dieses Bild:

1. 16 Prozent der Befragten geben an, zur Zeit von niemandem ausgebildet zu werden.
2. 26 Prozent wurden schon mindestens einmal von ihrer Firma am Besuch der Berufsschule gehindert.
3. Fast 50 Prozent mußten Überstunden leisten, 15 Prozent ohne jegliche Bezahlung.
4. 55 Prozent gaben an, mit berufs fremden Arbeiten beschäftigt zu werden.
5. 15 Prozent wurden vom Lehrherrn schon einmal geschlagen.
6. 90 Prozent hatten noch nie den Begriff „numerisch gesteuerte Drehbank“ gehört, 25 Prozent konnten mit „elektronischer Datenverarbeitung“ nichts anfangen.

Mülheim/Ruhr. Das Ergebnis einer eigenen Lehrlingsumfrage veröffentlichte Pfarrer Werner Geiling, ehemaliger Religionslehrer an einer Berufsschule. Von 1364 Lehrlingen waren nur 351 mit ihrer Situation zufrieden. 869 erklärten ausdrücklich Unzufriedenheit. Auf die Frage, was im Betrieb vom Lehrling erwartet werde, antwortete die überwiegende Mehrheit: Tun, was andere sagen; Disziplin; Unterwerfung; Ja und Amen sagen; bedingungsloser Gehorsam. Fast jeder zweite erklärte, daß von ihm völlige Preisgabe seiner Persönlichkeitsrechte gefordert werde. Weiter ließ sich auch durch diese Umfrage feststellen, daß die Mehrheit der Lehrlinge mit ausbildungsfremden Arbeiten beschäftigt wird. Auf die Frage, welche Erfahrungen Lehrlinge im Gespräch mit Vorgesetzten gemacht haben, wenn ihnen Unrecht geschehen sei, kamen Antworten wie „Niederbrüllen“ und „Mundtotmachen“.

München. Die Jungen Christl. Arbeitnehmer befragten kaufmännische Lehrlinge in München über ihre Berufsausbildung. Die über große Mehrheit der Befragten kritisierte, daß wenig berufliche Ausbildung betrieben, dafür aber ein Großteil der Zeit mit Reinigungsarbeiten ausgefüllt wird. Außerdem wurde festgestellt, daß besonders Einzelhandelslehrlinge Überstunden leisten müssen, die weder durch Freizeit noch durch Bezahlung abgegolten werden.

Der neue Ausbildungsplan geht u.a. davon aus, daß im Betrieb in steigendem Umfang mit elektronischer Datenverarbeitung (EDV) gearbeitet wird. Und daß gerade der zukünftige Industriekaufmann ohne Kenntnisse auf diesem Gebiet nicht mehr auskommen wird. Mußten bisher die Lehrlinge das gesamte Fachwissen der Produktionsbereiche Schlösser und Beschläge sowie Fahrzeuge (Gabelstapler) und Hebezeuge beherrschen, so können sie sich heute vor Beginn des zweiten Lehrjahres für einen der beiden Bereiche entscheiden. Und nur in dem gewünschten Bereich werden sie in der Gehilfenprüfung gefordert. Jeder Lehrling bleibt jeweils ein Vierteljahr in einer Abteilung. In der Praxis sieht das so aus:

- 1. Lehrjahr**
 1. Registratur/Postabteilung (zwischenzeitlich ein Monat im Betrieb)
 2. Versand
 3. Einkauf
 4. Kredit- und Debitorenbuchhaltung
 - 2. Lehrjahr, Bereich Schlösser und Beschläge**
 1. Verkauf Inland
 2. Verkauf Export
 3. Disposition Fertigwaren
 4. Arbeitsvorbereitung
 - 1. Lehrjahr, Bereich Fahrzeuge und Hebezeuge**
 1. Verkauf Inland
 2. Verkauf Export
 3. Kundendienst
 4. Arbeitsvorbereitung
 - 3. Lehrjahr**
 1. Lohnbüro
 2. Betriebsbuchhaltung
 3. Finanzbuchhaltung
 4. Elektronische Datenverarbeitung (EDV)
- Detailliert ist im Ausbildungsplan aufgeführt, mit welchen Tätigkeiten der Auszubildende vertraut gemacht werden muß.

Einige Beispiele:

Einkauf (1. Lehrjahr)

1. Angebote einholen
2. Bestellungen ausführen

3. Auftragsbestätigung
 4. Lieferung
 5. Lieferungsverzug (Mahnung)
- ### **Verkauf Inland (2. Lehrjahr)**

1. Angebot und Anfrage
2. Auftrag (Aufbau)
3. Auftragsbestätigung
4. Terminüberwachung
5. Warenkunde

Datenverarbeitung (3. Lehrjahr)

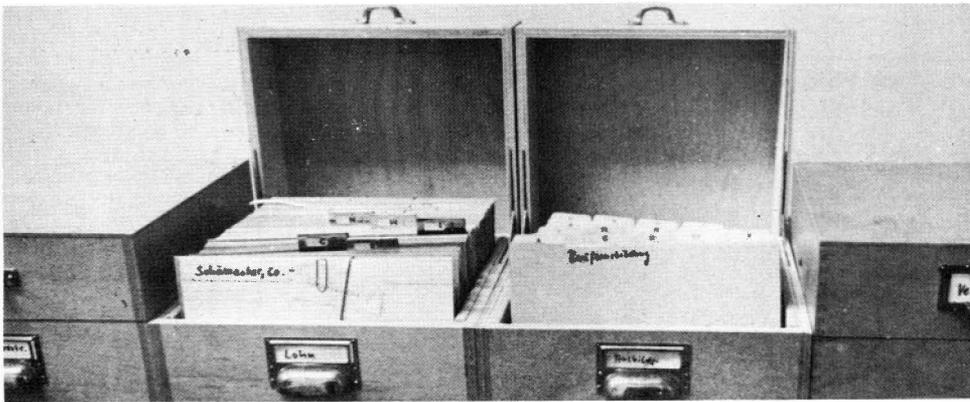
1. Organisation
2. Belegeingabe
3. Belegbearbeitung
4. Verschiedene Maschinenarbeiten, wie Listen schreiben, Rechnungen ausgangsfertig machen usw.

Um in den einzelnen Abteilungen jedes Pflüschens unmöglich zu machen und Beschäftigung mit Neben- und Hilfsarbeiten weitgehend auszuschalten, kontrolliert der Betriebsrat regelmäßig die Berichtshefte auf wahrheitsgemäße Führung. Die Jugendvertreter informieren alle Lehrlinge über das Ausbildungsschema und befragen sie ständig nach evtl. Verstößen. Natürlich kommen hin und wieder Verstöße vor. Aber dank des funktionierenden Kontrollsystems von Jugendvertretung und Betriebsrat, fügt sich die Firmenleitung in das Unvermeidliche.

Das Ergebnis der qualifizierten Ausbildung spricht für sich selbst. Erstmals hatten in diesem Jahr Lehrlinge Gehilfenprüfung, die in den Genuß dieser Ausbildung gekommen waren. Alle bestanden die Prüfung!

Unternehmer Sündenregist

Lehrlinge
in Aktion



**Firma: Schuhhaus Brüning
Ort: Neuwied**

Vorfall: 8 Lehrlinge werden beschäftigt bei nur 4 Verkäuferinnen. Diese Lehrlinge müssen u. a. die Straße kehren, auch nach Feierabend. Hinzu kommt als Ausbildungsbereich das Reinigen der Toilette.

**Firma: Berrang & Cornehl
Ort: Dortmund**

Vorfall: Im Rahmen einer Flugblattaktion warf die Aktionsgemeinschaft Dortmunder Lehrlinge der Firma vor, daß

- Fernsehtechniker-Lehrlinge (zumindest bis vor kurzem) ihre Berichtshefte selbst kaufen mußten;
- 25 Prozent der Belegschaft Lehrlinge sind;
- keine Jugendvertretung im Betrieb vorhanden ist.

**Firma: Riba KG
Ort: Neuwied**

Vorfall: Es werden 3 Meister und 9 Gesellen beschäftigt, dazu 13 (!) Lehrlinge. Jugendliche unter 16 Jahren wurden aufgefordert, Überstunden zu machen. Bei Weigerung erhielten sie schlechtere Arbeit. Im Betrieb ist weder Betriebsrat noch Jugendvertretung vorhanden.

**Firma: Albert Hoben KG
Ort: Neuwied**

Vorfall: Ein Lehrling wurde geschlagen, weil er widersprach. Lehrlinge, die zum Großhandelskaufmann ausgebildet werden sollen, werden die meiste Zeit im Lager beschäftigt.

**Firma: Westerwald AG
Ort: Neuwied**

Vorfall: Ein Lehrling, der vor seiner Lehrzeit als Hilfsarbeiter in der Firma beschäftigt war, macht jetzt die gleichen Arbeiten weiter wie zuvor. Ausbildungsfremde Hilfsarbeiten sind an der Tagesordnung.

Firma: National Registrier-Kassen

Ort: Westberlin

Vorfall: Ein junger Arbeiter wurde entlassen, weil er angeblich nach einer Serie von Betriebsunfällen eine Unterschriftensammlung im Betrieb durchgeführt hatte, nach der die Betriebsleitung aufgefordert wurde, Mißstände der Arbeitsbedingungen zu beseitigen.

Firma: Bürohaus Billwerder, Deichstraße 126

Ort: Hamburg

Vorfall: Im Fahrstuhl des Bürohauses ist ein Schild mit folgender Aufschrift angebracht: „Lehrlingen ist die Benutzung des Fahrstuhls nicht gestattet.“

Unternehmer-Zynismus

Da werden die Lehrlinge von Opel-Hiergeist im bayerischen Plattling gezwungen, den Waschraum der Firma in ihrer Freizeit zu reinigen. Um ihre Freizeit nicht restlos in der Firma zuzubringen und um schneller fertig zu werden, benutzen sie ein unerlaubtes Hilfsmittel: Benzin. So auch der Lehrling Hermann Pohl (15) am 2. Mai 1969. e lan berichtete in der Juni-Ausgabe, wie es dadurch zu einem Unfall kam, an dessen Folgen Hermann Pohl starb: In seiner Nähe begann ein Kollege mit Schweißarbeiten. Pohls Benzin entzündete sich, er stand sofort in Flammen. Einen Tag später starb er an den Folgen. Höhnisch reagierte jetzt die Hauszeitschrift des Opel-Konzerns „Opel-Gilde“ („Nur für den internen Gebrauch der OPEL-Organisation“). Dort wurde auf einmal alles den Arbeitern von Hiergeist in die Schuhe geschoben. Das las sich dann so: „Unfallverhütung“.

Trotz öfterer Belehrungen über die Unfallverhütungsvorschriften wußte es einer: der Lehrling X! Am 2. Mai dieses Jahres ereignete sich in einem Händler-Betrieb folgender Betriebsunfall:

Obwohl der Lehrling X energisch verwarnt worden war, weil er einen Unterflurstand mit Benzin und nicht, wie angeordnet, mit unbrennbaren Lösungsmitteln gereinigt hatte, säuberte er wenige Tage später, am Freitag, dem 2. Mai 1969, den Teilwaschraum mit Benzin. Zweieinhalb Meter davon entfernt schweißte ein Kollege von ihm unerlaubt private Dinge. Nach einer plötzlich erfolgten Detonation stand der Lehrling X in Flammen. Einige durch sein Schreien herbeigeeilte Handwerker klopfen dem Lehrling die an seinem Arbeitsanzug emporzügelnden Flammen aus, und ein Kollege brachte ihn sofort in ein Krankenhaus.

In einem kurzen Moment des Bewußtseins konnte er dort äußern, daß er gesehen hätte, wie vor dem Teilwaschraum geschweißte wurde. Offenbar hatte er die ihm drohende Gefahr verkannt! Der aufsichtführende Meister befand sich zur Zeit des Unfalls auf Probefahrt!. Einen Tag später, am 3. Mai 1969, erlag der Lehrling X seinen schweren Verletzungen.

Sind Sie der nächste Herr X, oder beachten Sie immer die UNFALLVERHÜTUNGSVORSCHRIFTEN? ■

Der 18.

Von Edgar Pragst *)

Morgen Herr Müller, morgen Herr Maier, morgen Herr und nochmals Herr, morgen Mario.

Mein achtzehnter Lehrlingsarbeitstag begann, mit meinen Ausbildern, lauter Herrn, und mich als ökonomischen Nichts.

Mein Chef war allerdings anderer Ansicht, er wollte mich herausheben aus der wirtschaftlichen Nutzlosigkeit des Lernens.

Heute war schon der dritte Tag, an dem ich aufräumen mußte.

Gestern abend hatten wir in der Gewerkschaftsjugendgruppe darüber diskutiert und waren der einhelligen Meinung, mein Lehrherr bildet nicht aus, sondern gebraucht mich als billigen Arbeitsmann.

Festentschlossen ging ich nach dem Frühstück zum Meister und sagte ihm: Ich möchte eine andere Arbeit haben, irgendetwas, wo ich direkt meinen Beruf lerne.

Tscha, meinte der Meister, du lernst doch beim Aufräumen die Sauberkeit, und, wenn du Materialreste einsammelst, den Wert des Werkstoffes kennen. Bis jetzt haben es alle Lehrlinge gemacht.

Da stand ich nun und war von seiner Logik überzeugt, trotzdem hatte ich das Gefühl, daß der Meister Unrecht hat. Auch wenn es alle vor mir gemacht haben, finde ich es falsch, antwortete ich patzig.

Den Vormittag verbrachte ich mit Arbeiten nach Vorschrift, damit mein Körper nicht so schnell abschafft. Mein Gehirn war um so mehr in Form, bis ein Entschluß gefaßt war.

Nach der Mittagspause machte ich mich mutig wieder auf den Weg, zum Meister.

Chef, ich habe es mir überlegt, wie wäre es, wenn ich nach Feierabend aufräume für die Entlohnung eines Hilfsarbeiters und in der Normalarbeitszeit werde ich direkt am Werkstoff ausgebildet.

O-wei, jetzt ging eine Veränderung in ihm vor: Du bist ja ein ganz Ausgekochter, aber bilde dir nicht ein, es wird hier nach deiner Nase getanzt, bis jetzt bestimme ich hier, geh an deine Arbeit, sonst fliegst du, brüllte er mich an.

Finte! Ich hatte mit meiner Finte ins Schwarze getroffen, er hatte die Gedanken eines Sklavenhalters.

Meine Reaktion war klar, auf dem Absatz umdrehen, wobei der Meister beim Hinausgehen murmelte: Dem werde ich die Frechheiten noch austreiben.

Mein Vater war Abends der gleichen Ansicht wie ich.

Wir lösten das „Arbeitsverhältnis“ nach Rücksprache mit dem Meister und den Gewerkschaften.

Ja, ja schwer haben wir es.



**OR
WO**
Film

Sie haben eins gemeinsam: SIE STEHEN MIT ORWO-FILMEN AUF DU UND DU
So unterschiedlich ihre fotografischen Absichten und Aufgaben sind, sie wählen immer wieder ORWO-Filme.

Dafür gibt es einen einfachen Grund: ORWO-Schwarzweiß- und ORWOCOLOR-Filme sind stets zuverlässig.

Sie entsprechen den Anforderungen moderner Fotografie. Nutzen Sie diese tausendfach bestätigte Erfahrung. Wählen Sie für Ihre Aufnahmen ORWO-FILME!

VEB FILMFABRIK WOLFEN Deutsche Demokratische Republik

blätter

Die Schule der Reaktion

Wehrpolitisches Jugendforum in Hamburg/SDAJ, DJD, AStA u. a. als Veranstalter

250 Hamburger Jugendliche aus verschiedenen Jugendverbänden haben Mitte September ein wehrpolitisches Forum „Bundeswehr – Schule der Nation?“ veranstaltet.

Auferufen hatten dazu die Aktion Demokratischer Fortschritt, der AStA der Uni, die Deutschen Jungdemokraten, die Assoziation Marxistischer Studenten – Spartakus, die SDAJ, das Hamburger Schülerparlament, der Unabhängige Schülerbund /AUSS und die Vereinigte Arbeitsgemeinschaft der Naziverfolgten. Man traf sich im Lokal „Jarrestadt“, denn die Hamburger Behörden hatten ihren eigenen Beitrag zum Gelingen der Veranstaltung geliefert: Durch Weisung der Jugendbehörde war es sowohl der SDAJ wie auch den Jungdemokraten nicht möglich, einen angemessenen Saal in einem Jugendheim zu belegen. In vier Arbeitsgemeinschaften, die zuvor von Fritz Vilmar eingeleitet wurden, erarbeiteten die Teilnehmer die Grundlagen für eine Plenumsdiskussion. Einführungsreferate hielten im Arbeitskreis „Rüstung und Wirtschaft“ Fritz Vilmar (Mitarbeiter beim IG Metallvorstand) und Dr. Wanja von Heiseler (Marxistische Blätter), im Arbeitskreis „Bundeswehr und Innere Führung“ Wilhelm Schwettmann (DKP-Jugendreferent), im Arbeitskreis „Zur Rolle der Bundeswehr in der Innen- und Außenpolitik“ W. Bodeit (Oberleutnant und Landesvorsitzender der Jungdemokraten) und Gert K. Schmidt (Student, Sprecher der Evangelischen Jugend in Hamburg), sowie im Arbeitskreis „Die ideologische Beeinflussung durch die Bundeswehr“ Herwart Prudlo (SDAJ-Landesvorsitzender von Niedersachsen und Unteroffizier d.R.).

In seiner Einleitung wies Vilmar auf die besondere Gefahr hin, die vom deutschen Militarismus ausgehe und deren Bekämpfung eines der obersten Gebote aller progressiven Kräfte sein müsse. In vier Punkten legte Vilmar – er ist Autor des Buches „Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus“ – die seiner Meinung nach hervorstechen-

den negativen Funktionen der Bundeswehr dar:

1. autoritäres und konservatives Denken,
2. Verbreitung eines gefühlsbetonten Antikommunismus,
3. Vergangenheitsverklärung statt Bewältigung und
4. reaktionärer Notstandseinsatz im Inneren.

Harter Kritik vieler Teilnehmer setzte sich Vilmar aus, als er den Militarismus der kapitalistischen Länder mit der militärischen Funktion der Roten Armee gleichsetzte und in diesem Zusammenhang von einer „neostalinistischen Funktionsclique“ in der Sowjetunion sprach.

Dr. von Heiseler zweifelte die offiziellen Daten über Rüstungsausgaben und Rüstungswirtschaft an. Er wies auf die militärischen Aufträge hin, die vom Verkehrsministerium und vom Wirtschaftsministerium finanziert würden. So z.B. im Wohnungs- und Straßenbau. Die staatlichen Forschungsaufträge spielten in der weiteren Diskussion dieses Arbeitskreises eine wesentliche Rolle. Das Argument, militärische Forschung nütze auch dem zivilen Sektor, wurde dadurch entkräftet, daß nachweisbar Zweidrittel bis Fünftel der Forschungsergebnisse im zivilen Bereich unnützlich seien. Hartmut Delmas, wissenschaftlicher Assistent, wies auf die Machtfrage hin, durch deren Lösung radikale Veränderungen im Rüstungshaushalt zugunsten sozialer Ausgaben ermöglicht würden.

Im zweiten Arbeitskreis wurde betont, auf die Versuche der Generalität, die „Maske der Inneren Führung“ abzulegen, müsse mit dem Kampf um den Bestand demokratischer Positionen geantwortet werden. Wilhelm Schwettmann warnte besonders vor der Verseuchung der Wehrpflichtigen mit militaristischem Geist. Dem sollten Alternativpositionen für eine demokratische Wehrpolitik, antimilitaristischer Kampf innerhalb und außerhalb der Bundeswehr und die Verbreitung der antimilitaristischen Kampftraditionen der deutschen Arbeiterjugend entgegengesetzt werden.

In einem stark beachteten Beitrag macht Hans Rondi (DFU) auf die Aggressivität der Bundeswehr nach außen aufmerksam. Die Gebietsforderungen und die Nichtanerkennung der DDR seien Fakten, die trotz vieler schöner Reden nicht von der aggressiven Funktion der Bundeswehr ablenken könnten.

Aus der Zusammenfassung der Ergebnisse der einzelnen Arbeitskreise und der folgenden Diskussion wurde ein Forderungskatalog der Jugend zum Problem Bundeswehr entwickelt. Diese Forderungen, die in Beschlüssen vieler Organisationen schon ihren Ausdruck fanden, wurden einmütig von den anwesenden Vertretern der verschiedenen Jugend-, Schüler- und Studentenorganisationen gebilligt – unabhängig von ihren weltanschaulichen Positionen. In der Ablehnung des Militarismus waren sich Liberale, Marxisten, Christen, Kriegsdienstverweigerer und Gewerkschafter einig. Es wäre gut, wenn diese Forderungen in allen Kasernen der Bundesrepublik propagiert und die notwendige Unterstützung finden würden.

Hier ein Auszug aus den Forderungen:

- Verkürzung der Wehrdienstzeit von 18 auf 12 Monate, als erster Schritt zu einer Alternative zum jetzigen System der allgemeinen Wehrpflicht;
- Kürzung des Wehretats zugunsten sozialer Aufgaben;
- Verbot der Ausrüstung der Bundeswehr mit A, B oder C-Waffen;
- Abschaffung nuklearer Trägersysteme;
- Abschaffung aller Offensivwaffen, Umwandlung der Bundeswehr in eine defensive Armee;
- Aufhebung aller Bestimmungen, die den Einsatz der Bundeswehr im Innern ermöglichen;
- Verbot der Verbreitung neonazistischen Gedankengutes;
- Entlassung aller Offiziere, die sich in neonazistischen Organisationen betätigen;
- Durchsicht aller Bundeswehr-Büchereien und Austausch von Büchern, die kriegsverherrlichenden Inhalts sind, gegen Bücher mit humanistischem Inhalt;
- Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung aller Soldaten im Rahmen des Grundgesetzes;
- Echte Selbständigkeit des Wehrbeauftragten ohne Abhängigkeit von Institutionen der Bundeswehr;
- Die Position der Vertrauensleute bei der Bundeswehr darf nur den Interessen der Mannschaftsdienstgrade dienen;
- Ausbau des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung;
- Keine Verlängerung der Ersatzdienstzeit.

Uwe Scheer

JUGENDPOLITISCHE FORDERUNGEN hat der Deutsche Bundesjugendring am 2. Oktober in einem Gespräch Bundespräsident Dr. Hainemann vorgetragen: Bemühungen um die Friedensforschung, Amnestie für Demonstranten, Herabsetzung des Wahlalters, Aktionsmöglichkeiten für das Bundesjugendkuratorium (Initiativrecht, eigene Geschäftsführung, eigene Presseveröffentlichungen) und internationale Kontakte der Jugendorganisationen, insbesondere mit der Dritten Welt und Osteuropa.

„ZUR POLITISCHEN BILDUNG in der Bundeswehr heißt eine 104 Seiten starke Broschüre von Hartmut Lück, die jetzt in der Dokumentationsreihe „Gestern und Heute“ (8 München 19, Brunhildenstraße 3) erschienen ist. Die Schrift enthält eine kritische Analyse zweier Jahrgänge der „Information für die Truppe“ des Bundesverteidigungsministeriums.

„BONNER STAAT – FEIND DER JUGEND“ heißt eine Dokumentation, die der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend im September in Berlin veröffentlicht hat. Die 137 Seiten starke Broschüre (Verlag Junge Welt, Berlin, Unter den Linden/Zentralrat) enthält eine Fülle von Fakten, Zitaten, Zahlen und Einschätzungen zur Jugendpolitik in der BRD, zur ideologischen Arbeit und Manipulation des Imperialismus unter der Jugend

„DIE ENTWICKLUNG AUF DER EXTREMEN LINKEN“ will die DJO künftig aufmerksam registrieren, schreibt das Verbandsorgan „Der Pfeil“. Gemeint ist damit die SDAJ, über die als „interessant“ vermerkt wird, daß sie kameradschaftlich mit anderen Jugendorganisationen zusammenarbeitet. Die DJO meint, die anderen Jugendorganisationen vor dieser Zusammenarbeit warnen zu müssen.

DIE VEREINTEN NATIONEN planen für 1970, das Jahr ihres 25jährigen Bestehens, ein Weltjugendtreffen in New York.

DER VEREIN „JUGENBURG LUDWIGSTEIN“ hat die Deutsche Jugend des Ostens aufgefordert, den auf der Burg an der Werra am 17. Juni 1955 errichteten sogenannten Oststein sofort zu entfernen. An dem Stein sind revanchistische Lösungen angebracht.

Kurz Kommentiert

EINEN SOZIALDIENST, ZU DEM ALLE MÄDCHEN für die Dauer von sechs Monaten verpflichtet werden, hat der nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister Werner Figgen (SPD) gefordert. Laut dpa erklärte der Minister, es wäre nur gerecht, wenn die Mädchen auch einen Beitrag zum Bestand der demokratischen Gesellschaft leisteten, da den Männern eineinhalb Jahre Wehrdienst abverlangt werde. Wenn Herr Figgen nicht in der Lage ist, die Sozialberufe attraktiv zu machen, weil ihm die Mittel dazu genommen und in den Rüstungsetat gesteckt werden, so ist das eine Sache. Warum bemüht er aber die Demokratie, um Arbeitsdienst und Wehrpflicht zu begründen? Wenn, wie in diesem Falle, Forderungen aus der Klemottenkiste der NPD geholt werden, beschleichen einen schlimme Ahnungen hinsichtlich der Politik der neuen Regierung.

sich im wesentlichen mit Plänen zur – versteht sich: „friedlichen“ – Umgestaltung der DDR am Tage X beschäftigt, kann als Symbol der ganzen Tätigkeit des Gesamtdeutschen Ministeriums gelten: Irreale, reaktionäre Durchhaltepolitik bis zum Tag der Abrechnung mit dem Sozialismus in der DDR, genannt Wiedervereinigung. Forschungsbeirat und Gesamtdeutsches Institut müssen aufgelöst werden, wenn sie sich nicht ausschließlich mit objektiver Berichterstattung und Aufklärung der Bevölkerung über die Entwicklung in der DDR beschäftigen und alle Pläne zur Umgestaltung der DDR zu den Akten des Kalten Krieges legen. Gleichzeitig muß man verlangen, daß das Gesamtdeutsche Institut die Finanzierung obskurer Tätigkeiten einstellt. Nehmen wir nur den Volksbund für Frieden und Freiheit e.V. Dieser Geheimdienst, der sich außerdem damit beschäftigt, bezahlte Spitzel in linksstehende Organisationen einzuschleusen, wie etwa ein Fall in Bonn beweist, ist wehrlich liquidierungsreif. Nur wenn das Gesamtdeutsche Ministerium und die seiner Schaffung zugrundeliegende Ideologie des Kalten Krieges beseitigt sind, ist eine neue Deutschlandpolitik möglich.“ (aus DJD-Presse)

Gegen das „ABC des Todes“!

In der Bundesrepublik lagern bakteriologische und chemische Waffen der Amerikaner. Begründung: Unser Land sei ein „möglicher Kriegsschauplatz“. In der Bundesrepublik werden biologische und chemische Massenvernichtungsmittel erprobt und hergestellt. Das brachte Günter Wallraff in einem Bericht für „Konkret“ ans Licht.

Diese Tatsachen werden nicht entkräftet durch ein Memorandum der Bundesregierung zu B- und C-Waffen. Denn dieses Memorandum geht auf diese beiden Tatsachen nicht ein.

Ein erster Schritt der neuen Regierung muß daher sein, sofort die lebensgefährlichen Waffen der USA aus dem Land zu verbannen und die B- und C-Waffenproduktion einzustellen. Dem dient eine Aufklärungsaktion der Kampagne für Demokratie und Abrüstung. (Material anfordern bei Zentraler Ausschuß, 605 Offenbach/M. 4, Postfach 648) Eine Erklärung der Kampagne, in der gegen die Lagerung von Giftgas auf dem Boden der BRD protestiert und der Verzicht auf jede Entwicklung, Produktion und jeden Erwerb von ABC-Waffen gefordert wird, fand die Unterstützung von über 500 Persönlichkeiten und Vereinigungen, darunter vorwiegend Mitarbeiter und Repräsentanten des wissenschaftlichen, geistigen und kulturellen Lebens, der Jugend- und Studentenorganisationen sowie Gewerkschafter. Auch mehrere Bundesjugendsekretäre der Gewerkschaften, die Deutsche Friedensgesellschaft/IdK, der Deutsche Freidenkerverband, Kurt Bachmann (Vorsitzender der DKP), Herbert Faller, SPD-MdL Girsensohn, die Humanistische Studenten-Union, Verleger Helmut Kindler, der Liberale Studentenbund Deutschlands, die SDAJ, der SHB, das Sozialistische Büro und das Jugendmagazin „elan“ gehören zu den unterzeichnenden Gruppen, Institutionen und Persönlichkeiten.

„DIE FÖRDERUNG SOLCHER JUGENDPOLITISCHER MAßNAHMEN erfolgt unabhängig davon, ob der DBJR die in dem Kulturbkommen vorgesehene Zusammenarbeit zwischen deutschen und südafrikanischen Jugendverbänden wünscht oder ablehnt.“ So schlicht hat bisher noch kein Minister den im Bundesjugendring vereinten Jugendverbänden gesagt, was er von ihnen hält, nämlich nichts. Geschrieben hat das der jugendpolitische Abteilungsleiter des Bundesfamilienministers, Philipp Ludwig, unterschrieben hat es Frau Brauksiepe, bisher Minister. Auf die Einwände des Bundesjugendrings gegen die Bezeichnung der Reise jener südafrikanischen rassistischen „Kultur“-Gruppe „Volkspeeler“ (elan 9/69) reagierte Brauksiepe und Ludwig mit der Bemerkung, das Auftreten dieser Gruppe sei „diszipliniert“ gewesen. Daher sei es nicht zu verstehen, wieso der DBJR zu dem Schluß gelangte, daß die südafrikanische Gruppe „in kultureller Verpackung Sympathiewerbung für ein rassistisches Gesellschaftssystem“ betrieben habe. Disziplin ist eben alles! Nach dieser Logik ist die NPD deshalb nicht neonazistisch, weil sie für „Ruhe und Ordnung“ eintritt. Die Ministerin und ihr höchster Beamter vergessen nur eine Kleinigkeit, auf die der DBJR in einem Antwortbrief hinwies, nämlich, „daß diese Förderung nicht mit dem Geist des dritten Grundgesetz-Artikels in Einklang zu bringen ist, der jegliche Rassendiskriminierung in der BRD untersagt.“ Aber wer wird auch mit dem Grundgesetz Unterm Arm herumlaufen?

Dem Informationsdienst des Bundesvorstandes der Deutschen Jungdemokraten entnehmen wir diesen Kommentar:

„Der neueste Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim GESAMTDEUTSCHEN MINISTERIUM beweist erneut, wie überflüssig nicht nur diese Institution, sondern das gesamte Ministerium ist. Dieser sogenannte Forschungsbeirat, der

Ho Chi Minh-Plakat!

Das elan-Polit-Poster (siehe Nr. 10/69) kann zum Preis von DM 1,— beim Weltkreisverlag, 46 Dortmund, Brüderweg 16, bezogen werden.

Außerdem im Angebot:

**Polit-Poster von
Ernst Thälmann
und Walter Ulbricht**

Das fordern Vertreter der Jugendverbände von der neuen Regierung:

- Reformen und Demokratisierung im Bildungswesen (Engel, Keller, Kiesewetter, Kremer)
- Neues Berufsbildungsgesetz (Benz, Engel, Götz, Kremer, Krüger, Roos, Woschech)
- Bildungsurlaub (Benz, Götz)
- Einbeziehung der Lehrlinge in das Ausbildungsförderungsgesetz (Roos)
- Mehr Rechte und Kündigungsschutz für Betriebsjugendvertreter (Engel, Götz, Kremer, Krüger, Stenzel, Woschech)
- Herabsetzung des Wahlalters (Benz, Engel, Götz, Kremer, Krüger, Stenzel)
- Volljährigkeit ab 18 (Gehrcke)
- Verbot der NPD (Benz, Engel, Gehrcke, Götz, Krüger)
- Amnestie für Demonstranten (Engel)
- Mitbestimmung der Arbeiter und der Jugend (Gehrcke, Götz, Keller, Knauf)
- Sicherung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung (Götz)
- KPD-Verbot aufheben (Gehrcke)
- Verkürzung des Wehrdienstes (Benz, Götz, Kremer, Krüger)
- Austritt der BRD aus der NATO und der DDR aus dem Warschauer Pakt (Krüger)
- Oder-Neiße-Grenze und DDR anerkennen (Gehrcke, Kremer)
- Sofort Atomwaffensperrvertrag unterschreiben (Engel, Götz)
- Schluß mit der Unterstützung der US-Aggression gegen Vietnam (Gehrcke)
- Elementare Arbeiterinteressen wahrnehmen (Götz)
- Stoppt die Preiserhöhungen – aktive Lohnpolitik! (Keller)
- Neue Jugendpolitik des zuständigen Ministeriums (Götz, Kumpfmüller)
- Europäisches Jugendwerk (Engel, Götz, Kremer, Krüger, Kumpfmüller)

Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze

Klaus Engel, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft ÖTV

1. Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlrechts auf 18 bzw. 21 Jahre. 2. Sofortige Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags und die großzügige Errichtung eines Instituts für Friedensforschung. 3. Eine Initiative zur Schaffung eines europäischen Jugendwerkes. 4. Eine sofortige Novellierung des Berufsbildungsgesetzes. Als Jugend der ÖTV fordern wir konkret die Einbeziehung der Beamtenausbildung in dieses Gesetz. 5. Eine wesentliche Verbesserung der Rechte der Jugendvertretung nach dem Betriebsverfassungsgesetz und Personalvertretungsgesetz, d. h. Kündigungsschutz, erweiterte Mitbestimmung für die Jugendvertretung, die Möglichkeit der Abhaltung von Jugendversammlungen während der Dienstzeit, die Möglichkeit der Einrichtung von Sprechstunden, und was besonders wichtig ist, die Einflußnahme auf die Ausbildung. 6. Eine Amnestie für alle Demonstranten. 7. Verbot der NPD. 8. Reform und Demokratisierung an den allgemeinbildenden Schulen, Hochschulen, Berufsschulen und Fachschulen.

Zur Außenpolitik fordern wir eine progressive Ostpolitik und die Aussöhnung mit den osteuropäischen Staaten, ganz besonders natürlich zu Polen, das bedeutet auch Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.

NPD auflösen

Horst Krüger, Bundesjugendsekretär der Deutschen Postgewerkschaft

Wir erwarten von der neuen Bundesregierung eine progressive Jugendpolitik, vor allem mehr Verständnis als bisher für die Belange der arbeitenden Jugend. Wir fordern eine moderne Bildungspolitik, und man darf in diesem Zusammenhang auch eine Novellierung des Berufsbildungsgesetzes erwarten. Weiterhin erwarten wir, daß endlich ein einheitliches europäisches Jugendwerk geschaffen wird. Und wenn ich noch einige politische Wünsche anbringen kann: ein Verbot der NPD sowie eine konsequente Friedenspolitik, d. h. daß wir versuchen, mit allen Ländern getragene Beziehungen aufzunehmen, selbstverständlich auch mit der DDR, d. h. bei mir

nicht „völkerrechtliche Anerkennung“. Ich bin vielmehr der Auffassung, wenn ich mit einem Staat einen Vertrag abschließen, so ist in jedem Falle damit die völkerrechtliche Anerkennung verbunden.

Klaus Stenzel, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft Holz und Kunststoffe

Einige Dinge, die wir erwarten, wenn ich das von unserer Organisation her betrachte, sind speziell die gewerkschaftspolitischen Forderungen. Insbesondere die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes in bezug auf die Betriebsjugendvertretung. Dann kommt die Frage des Berufsbildungsgesetzes, das ja nicht unserer Vorstellung entspricht. Wir meinen, daß hier schon bald eine Novellierung fällig wäre. Hinzu kommt die Frage des Bildungsurlaubs, weil auch die Jüngeren miteinbezogen werden müssen. Und die rein politischen Forderungen, die wir haben, insbesondere auf Herabsetzung des Wahlalters, das sind auch spezielle Forderungen, die wir an unseren Kongreß Ende Oktober in Dortmund von der Jugend her stellen. Herabsetzung des Wahlalters auf 18 bzw. 21 Jahre.

Anerkennung der DDR

Eberhard Kremer, Bundesjugendsekretär der IG Druck und Papier

Zunächst zur Fragestellung: Was soll die Jugend erwarten? Das ist sehr subjektiv. Man müßte hier sagen, was kann sie erwarten oder was soll sie dazu noch fordern. Und was sie erwarten kann, ist zumindest kein Abbau von demokratischen Mechanismen, wie in diesem Umfang in den letzten zwanzig Jahren. Kein Abbau von sozialen Leistungen und eine liberale bis progressive Außenpolitik. Aber darüber hinaus müßte die Jugend mit Nachdruck fordern, z. B. auch ausgehend von dem Programm der SPD, eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, die ansteht. Dann eine Stärkung der Rechte der Jugendvertreter und allgemein der Rechte der Jugendlichen. Dann, was noch aussteht, die Novellierung des Berufsbildungs- und -förderungsgesetzes. Auch hier die Jugendbelange stärker mit herauszuarbeiten, das wäre noch möglich. Was weiter zu fordern wäre: die Verkürzung des

Wehrdienstes auf 12 Monate, es kommt ja dann doch zu einem Kompromiß. Neun Monate wäre noch besser, um wenigstens auf den Kompromiß von 12 zu kommen. Ausbau der Ersatzdienstmöglichkeiten im Friedensdienst, daß z. B. eine Arbeit im internationalen Entwicklungsdienst auch als Ersatzdienst anerkannt wird. Dann in diesem Zusammenhang natürlich verstärkt eine Entspannungspolitik. Das heißt im Rahmen einer europäischen Friedenspolitik Austritt der Bundesrepublik aus der Nato und der DDR aus dem Warschauer Pakt. Wo man am Ball bleiben sollte, um es möglichst bald durchzuziehen, das wäre, das Wahlalter auf 18 Jahre zu senken. Dann mit Nachdruck eine Strafrechtsreform zu verlangen, innerhalb dieser eine zeitgemäße Täterbehandlung, also die Erziehung zur Gesellschaft (nicht Bestrafung) und damit verbunden natürlich auch Aufrechterhaltung der überkommenen Sexualrechtsvorschriften.

Bestehende Grenzen grundlegend anerkennen, die Oder-Neiße-Grenze, die DDR völkerrechtlich anzuerkennen und darüber hinaus zu fordern, daß vielleicht analog dem deutsch-französischen Jugendwerk auch Kontakte über Jugendwerke zu Jugendlichen in Ostblockländern geschaffen werden, auch in der DDR. Das heißt also, Austausch mit Jugendlichen der DDR.

Zumindest eine Überprüfung der verabschiedeten Notstandsgesetze, wie vielleicht im Normenkontrollverfahren des Landes Hessen, das man hier unterstützt und mit fordert. Dann die Frage der Schulreformen, das ist natürlich eine Frage der Kultusminister der Länder, aber dessen ungeachtet sollte man zumindest auch Forderungen stellen, denn es ist unbestreitbar, daß auch eine Bundesregierung Einfluß auf die Länderkultusministerien hat.

Arbeiterinteressen wahrnehmen

Christian Götz, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft HBV

Das neugewählte Parlament und die nächste Bundesregierung finden auch in der Jugendpolitik ein ansehnliches Paket ungelöster Probleme vor. Daraus ergeben sich für die Gewerkschaftsjugend folgende Forderungen: 1. generelle Herabsetzung der Altersgrenzen für das aktive und passive Wahlrecht auf 18 bzw. 21 Jahre. 2. Reduzierung der

Grundwehrdienstzeit, entscheidende Abwehr aller weiteren Angriffe auf die innere Führung, konsequenter Kampf gegen eine weitere Rechtsentwicklung der Bundeswehr. 3. Entschiedene Abwehr aller Manipulationen am Recht auf Kriegsdienstverweigerung. 4. Eine zumindest mittelfristige Planung für die Jugendpolitik. 5. Neue Initiativen zur Schaffung eines europäischen Jugendwerkes. 6. Stärkung der Rechte des Bundesjugendkuratoriums. 7. Revision des Bundesjugendplanes mit dem Ziel einer größeren Förderung der politischen Bildung. 8. Novellierung des seit dem 1. September 1969 gültigen Berufsbildungsgesetzes mit dem Ziel, die nun schon seit Generationen angemessenen Privilegien der Unternehmer in der Berufsausbildung zu beseitigen. 9. Gesetzliche Regelung über den Anspruch aller Arbeitnehmer auf bezahlten Bildungsurlaub. 10. Stärkung der rechtlichen Position der Jugendvertreter, sie müssen z. B. das Recht zur Durchführung eigener Jugendversammlungen und Sprechstunden und zur Bildung von Gesamtjugendvertretungen haben. Der besondere Kündigungsschutz für Betriebsräte muß auch für sie gelten.

Die Gewerkschaftsjugend wird den neuen Bundestag und die kommende Bundesregierung natürlich nicht nur unter dem Gesichtspunkt beurteilen, ob sie eine qualifizierte Jugendpolitik betreibt. Genauso wichtig ist, daß die neue politische Führung in Bonn ein überzeugendes Reformprogramm für alle wichtigen gesellschaftlichen Bereiche nicht nur vorlegt, sondern auch tatkräftig realisiert. Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaft und ihre Jugend ihre Haltung außerdem davon abhängig machen, in welcher Form sich die Bundesregierung elementarer Arbeiterinteressen annimmt. Als Stichworte seien genannt, die qualifizierte Mitbestimmung, eine umfassende Steuerreform mit dem Ziel einer gerechteren Verteilung der Steuerlasten, wirksame Pläne zur größeren Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und der soziale Wohnungsbau. Gerade von einer Regierung Brandt/Scheel erwarten wir außerdem eine fortschrittliche Ost- und Deutschlandpolitik. Die neue Regierung muß unserem Volk, und zwar völlig unabhängig von der Reaktion der Vertriebenenverbände, deutlich sagen, daß die jetzige Landkarte Europas ohne Krieg nicht veränderbar ist. Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Ost- und Deutschlandpolitik. Vorrang muß die Aussöhnung mit

dem polnischen Volk auf der Basis der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze haben. Die Bundesregierung sollte auf das konkrete Verhandlungsangebot der polnischen Regierung vom 17. Mai 1969, das der polnische Außenminister im Deutschen Fernsehen am 10. Oktober 1969 noch einmal wiederholt hat, eingehen. Willy Brandt hat recht, wenn er in seinem Buch „Friedenspolitik in Europa“ feststellt, die Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen wird einmal den gleichen Rang haben wie die deutsch-französische Freundschaft. Initiativen erwarten wir auch in der gesamtdeutschen Politik. Willy Brandt hat in seinem Buch erklärt, wir streben ein geregeltes Nebeneinander in Deutschland an, das geeignet sein kann, weitergehende Lösungen in der Deutschlandfrage vorzubereiten. Wir hoffen, daß der zweite Halbsatz in dem, im Gegensatz zur bisherigen Politik von weitergehenden Schritten die Rede ist, bald durch die neue Bundesregierung präzisiert wird. Unsere gesamte Außenpolitik wird glaubwürdiger werden, wenn die neue Bundesregierung den Atomwaffensperrvertrag umgehend unterschreibt. Wichtig ist außerdem, daß der Kampf gegen den Rechtsradikalismus nicht erlahmt. Die neue Bundesregierung sollte deshalb umgehend ein Verbot der NPD anstreben.

Manfred Klesewetter, DGB-Landesjugendsekretär in Hessen

Man wird abwarten müssen, was in den ersten hundert Tagen von der Regierung geleistet wird. Es müssen sich deutliche Reformen im Bildungswesen abzeichnen. Zweitens sollte man sofort daran gehen, das Betriebsverfassungsgesetz zu verbessern, insbesondere die Forderungen der Gewerkschaftsjugend verwirklichen.

Volljährig mit 18

Wolfgang Gehrcke, Stellvertretender Bundesvorsitzender der SDAJ

Unter dem Druck der Jugendforderungen wurde bereits in verschiedenen Bundesländern das Wahlalter auf 18 Jahre herabgesetzt. Das jedoch, meine ich, reicht nicht aus. Wer mit 18 Jahren wehrpflichtig ist, wer in diesem Alter im Betrieb und in der Gesellschaft seinen Mann stehen muß, dem muß auch die Volljährigkeit ab 18 zugebilligt werden. Das ist eine meiner Forderungen an die neue Regierung. Um der Demokratie willen

muß das KPD-Verbot aufgehoben werden. Außerdem fordere ich, daß die Mitbestimmungsforderung der Gewerkschaften nicht irgendwelchen Koalitionsabsprachen zum Opfer fallen darf. Hier gilt es, besonders scharfe Kontrolle auf die Regierung auszuüben. † Die NPD muß als neonazistische Partei aufgelöst werden. Seit 20 Jahren existieren zwei deutsche Staaten. Eine Tatsache, an der kein ernstzunehmender Politiker mehr vorbei kann. Wir sind es aber uns selbst und dem Frieden in Europa schuldig, Spekulationen und Wunschträume zu begraben und die DDR endlich völkerrechtlich anzuerkennen. Nur das macht eine „neue Ostpolitik“ glaubwürdig. Außenpolitisch verlange ich von der neuen Regierung, daß sie die Zusammenarbeit mit antidemokratischen und offen faschistischen Regimen endlich einstellt. Daß sie ihre finanzielle, politische und moralische Unterstützung für die US-Aggression in Vietnam aufgibt. Hier helfen allerdings keine müden Erklärungen: die Bundesregierung muß die Demokratische Republik Vietnam und die Provisorische Regierung Südvietnams anerkennen.

Stärkere Stellung der Jugendvertreter

Rolf Knauf, Jugend- und Angestelltensekretär der IG Metall, Oberhausen

Novellierung des Berufsbildungsgesetzes, um die seit fünfzig Jahren erhobenen Forderungen der Gewerkschaften endlich zu erfüllen. Dann eine Verstärkung der Entspannungspolitik, Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Eine grundsätzliche Reform der Bildungspolitik, d. h. also Gesamtschule und Demokratisierung des Schulwesens und Zentralisierung der Bildungspolitik. Die Mitbestimmung muß verwirklicht werden. Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes mit einem stärkeren Schutz und Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Jugendvertreter.

Demokratisierung des Schulwesens

Dieter Keller, Stellvertretender Bundesvorsitzender der SDAJ Zunächst sollte die neue Regierung und das Parlament durch eine Novellierung des Berufsbildungsgesetzes vom Juni dieses Jahres den Forde-

rungen der Jugend nach Mitbestimmung und moderner Ausbildung gerecht werden. Im gesamten Bildungswesen muß endlich die Chancengleichheit hergestellt werden. Das Schulwesen und die Bildungsinhalte müssen demokratisiert werden, d. h. Mitbestimmung der Schüler und Verbannung nazistischer und militaristischer Gedankenguts aus allen Lehrmitteln müssen verwirklicht werden.

Aber nicht nur auf diesem Gebiet muß Schluß sein mit der einseitigen Bevorzugung der Unternehmer. Daher:

■ Lohn- und Gehaltserhöhungen dürfen nicht durch Preissteigerungen wieder aufgezehrt werden. Zu fordern ist Preisstopp und erweiterte Kaufkraft für die Arbeitnehmer.

● Schiller muß gezwungen werden, eine Politik zu treiben, die nicht weiterhin die Unternehmerprofite anschwelen läßt, während die Arbeiter mit einem Trinkgeld abgespeist werden.

Rechte der Jugendverbände

Hermann Kumpfmüller, Präsident des Bayerischen Jugendringes

Ich möchte mich auf Fragen der Jugendpolitik beschränken. Für dieses Gebiet wünsche ich mir:

1. daß es gelingt, das reichlich lädierte Partnerschaftsverhältnis zwischen den freien Trägern der Jugendarbeit und dem zuständigen Bundesministerium wieder auf eine normale Basis zu stellen,
2. daß das zuständige Bundesministerium damit aufhört, be-

sonders gefügige Lieblingkinder unter Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes zu bevorzugen,

3. daß dieses Bundesministerium das Primat der freien Jugendarbeit vor behördliche Ambitionen stellt,

4. daß man bei der bevorstehenden Umstrukturierung des Bundesjugendplanes nur im Junktum mit der Finanzreform zugunsten der Länder vorgeht, und

5. daß mit aller Entschiedenheit das Konzept eines europäischen Jugendwerkes verwirklicht wird und dabei nach Möglichkeit auch die osteuropäischen Länder beteiligt werden.

Chancengleichheit in der Bildung

Georg Benz, für die Jugendarbeit zuständiges geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Das am 1. September dieses Jahres in Kraft getretene neue Berufsbildungsgesetz genügt keineswegs den Ansprüchen, die Gewerkschafter und Wissenschaftler an ein derartiges Gesetz stellen. Das Gesetz entspricht nicht einmal den von den Gewerkschaften vor einem halben Jahrhundert formulierten Vorstellungen, geschweige denn den Notwendigkeiten einer hochentwickelten Industriegesellschaft. Außerdem negiert es den Verfassungsanspruch auf Bildung und Ausbildung. Deshalb ist an den neu gewählten Deutschen Bundestag die Forderung nach Novellierung zu richten.

Vom neugewählten Deutschen Bundestag erwartet die Ju-

gend der IG Metall weiter die Einführung des Bildungsurlaubs, die stufenweise Herabsetzung der Wehrpflicht, eine Ausdehnung der Rechte der arbeitenden Jugend durch eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes sowie die Herabsetzung des Wahlalters. Obwohl es der NPD nicht gelungen ist, bei den Bundestagswahlen die 5-Prozent-Hürde zu überspringen, muß die neu zu bildende Regierung Initiativen zum Verbot der neonazistischen NPD ergreifen. (Metallpressendienst, 1. 10. 69.)

Horst Roos, Chefredakteur des Organs der CAJ — Junge Christliche Arbeitnehmer, „aktion“

Erstmal die Novellierung des ab September gültigen Berufsbildungsgesetzes, dann eine stärkere Stellung der Betriebsjugendvertreter durch eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, insbesondere den Kündigungsschutz. Dann wäre zu nennen die Einbeziehung der Lehrlinge in das Ausbildungsförderungsgesetz. Verstärkter Ausbau der Entwicklungshilfe, eine moderne Bildungspolitik, die Chancengleichheit für alle bietet. Vermögenseinbildung der bisher benachteiligten Kreise unserer Bevölkerung. Möglichst schnelle Verabschiedung eines Städtebauförderungsgesetzes ohne Rücksicht auf die überempfindlichen Klagen der Grundeigentümer. Dann die Förderung der Friedensforschung und ein verstärktes Bemühen, die Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten zu normalisieren. Das gilt sowohl für die Frage zu einem Austausch von Bevollmächtigten mit der DDR zu kommen, aber auch die Bemühungen mit den Ländern

des Warschauer Pakts, mit denen wir bisher noch keine diplomatischen Beziehungen haben, solche aufzunehmen, insbesondere mit Polen zu sprechen. Da liegt ja ein Angebot auf dem Tisch, und das sollte man ruhig mal annehmen.

Neues Berufsbildungsgesetz schon überholt

Franz Woschek, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, Leiter der Abteilung Jugend

In dieser Antwort möchte ich ganz besonders auf die Forderungen und Erwartungen hinweisen, die die Gewerkschaftsjugend für ihre spezifischen Jugendfragen hat. Von der neuen Bundesregierung und vom neuen Bundestag erwarte ich, daß sie sich der Jugend aufgeschlossen zeigen, als die bisherige Bundesregierung. Konkret heißt das, wir erwarten sehr bald eine Novellierung des Berufsbildungsgesetzes. Wir erwarten, daß der Bildungspolitik, der Förderung von Wissenschaft und Forschung eine größere Aufmerksamkeit seitens des Bundes erwiesen wird, als es bisher der Fall war. Die Kompetenzen des Bundes reichen meines Erachtens aus, die föderativen Kräfte besser als bisher zu koordinieren. Weiter erwarten wir eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsgesetzes. Durch beide Novellen sollte die Stellung der Jugendvertreter in den Betrieben verbessert und arbeitsrechtlich voll abgesichert werden.

Sozialistische Korrespondenz

Die „Sozialistische Korrespondenz“ (SK) bringt Kommentare — Berichte — Informationen des In- und Auslandes. Zu aktuellen Fragen erscheinen regelmäßig Interviews mit bekannten Politikern der sozialistischen Bewegung.

SK informiert ausführlich über linke Plattformen, Programme und Stellungnahmen der Jungsozialisten, des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) und des Arbeitnehmerflügels in der SPD und der Sozialistischen Jugend — die Falken.

SK bringt Beiträge zum Gespräch Sozialdemokraten — Kommunisten und berichtet über gemeinsame und parallele Aktionen.

SK berichtet über Linkstendenzen in den sozialdemokratischen Parteien und die Herstellung der Aktionseinheit in anderen Ländern. In letzter Zeit informierte die SK u. a. über die Auseinandersetzungen in der englischen Labour Party, über den Parteitag der holländischen Sozialdemokraten, über den Parteitag der norwegischen Sozialdemokratie, über den Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO) und über die Auffassungen der Linken in der belgischen Sozialistischen Partei zu aktuellen und theoretischen Fragen. Über den 11. Kongreß der Sozialistischen Internationale brachte die SK einen umfangreichen Bericht.

In der SK schrieben u. a. oder gaben Interviews: Max Reimann, Prof. Dr. Dr. Karl Becher (MdB), Rudolf Kaffka (MdB), Wilhelm Dröscher (MdB), Hans Schweitzer (MdL), Bezirksleiter der IG Chemie in Rheinland-

Pfalz, Fritz Vilmar, Walter Haas, Bundesjugendsekretär des DGB, Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Frank Allaun MP, Arno Behrisch, Lorenz Knorr, Gunnar Myrdal, schwedischer Wirtschaftswissenschaftler, Prof. Beniamino Finocchiaro, Parlamentsabgeordneter der Sozialistischen Partei Italiens, AG van der Spek, Abgeordneter, Pazifistisch-Sozialistische Partei Hollands, Josef Hindels, Zentralsekretär der Angestelltengewerkschaft Österreichs.

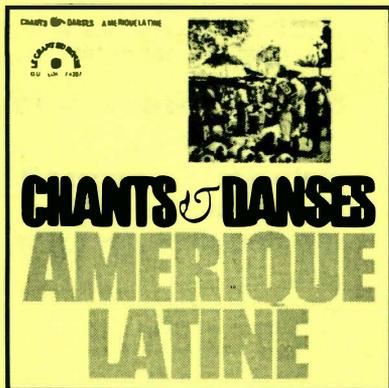
SK erscheint zweimal monatlich. Preis: Halbjährlich 11,40 DM einschließlich Porto.

Probeexemplare und Bestellungen an:

**W. Runge-Verlag,
2 Hamburg 26,
Postfach 260 546**

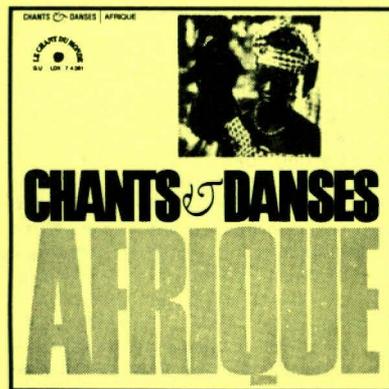
Folklore

auf Langspielplatten der Firma
Le Chant du Monde



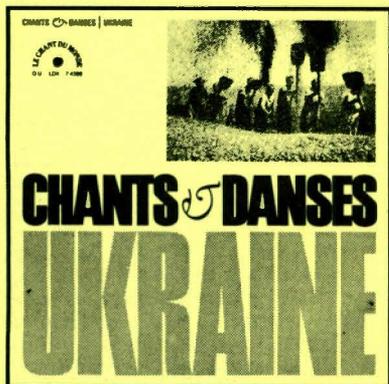
Bestell-Nr.: LDX 74387

Preis: DM 19,—



Bestell-Nr.: LDX 74381

Preis: DM 19,—



Bestell-Nr.: LDX 74386

Preis: DM 19,—

Weiterhin in dieser Serie:
Korsika, Ungarn, Holland, Portugal, CSSR, Jugoslawien.

Bestellungen bitte an:

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16

20d

Mitbestimmung in allen Bereichen

Bundesjugendleitung der Naturfreundejugend Deutschlands

Die Bundesjugendleitung der Naturfreundejugend Deutschlands hat an Willy Brandt nach seiner Wahl zum Bundeskanzler eine Gratulationsadresse gerichtet und in diesem Schreiben die Erwartungen, Hoffnungen und Wünsche ausgedrückt, die sich mit dem Regierungswechsel insbesondere bei der jungen Generation verbinden. Die Naturfreundejugend erwartet von der neuen Bundesregierung die vorrangige Lösung folgender Aufgaben:

1. Ausbau demokratischer Mitentscheidungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung; Einführung der Mitbestimmung in Schule, Betrieb und Universität
2. Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 18 Jahre, des passiven Wahlalters auf 20 Jahre und Überprüfung des Volljährigkeitsalters
3. Betonung des Vorrangs der Bildungspolitik.
4. Durchsetzung einer Friedenspolitik, Normalisierung des Verhältnisses zur DDR und den osteuropäischen Staaten, Beteiligung an einer Europäischen Sicherheitskonferenz, Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages und den ausgesprochenen Verzicht auf Besitz und Mitbesitz, Verfügung und Mitverfügung an ABC-Waffen und Trägerwaffen.
5. Förderung der Jugendarbeit durch Ausbau der Jugendpläne und Schaffung eines Europäischen Jugendwerkes. Eine umgehend vorzunehmende Strafrechtsreform sollte die pädagogischen und psychologi-

schen Erkenntnisse und Aspekte einer emanzipatorischen Jugendarbeit berücksichtigen. Ferner fordert die Naturfreundejugend eine Amnestie für alle Aburteilungen und Verfahren, die im Zusammenhang mit politischen Demonstrationen stehen. ■

DAG-Jugend:

Am 24. 9. 1969 endete in Berlin eine Arbeitstagung für in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) organisierte Betriebsjugendvertreter. In einer Resolution, die einstimmig verabschiedet wurde, brachten die Teilnehmer ihre Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß der V. Deutsche Bundestag die dringende, notwendige Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes nicht mehr verabschiedet hat. Die Situation der Betriebsjugendvertretung bedürfe einer wesentlichen Verbesserung, wenn sie die Interessen der jugendlichen Arbeitnehmer wirksam vertreten solle. Eine Novellierung des Gesetzes müsse nach Auffassung der Betriebsjugendvertreter die nachstehend genannten unerläßlichen Forderungen berücksichtigen:

1. Klare Regelung der Aufgaben und des Geschäftsbereiches der Jugendvertretung, insbesondere
 - a) Mitwirkung bei der Aufstellung des Urlaubsplanes,
 - b) Mitwirkung bei der Aufstellung und Durchführung des Ausbildungsplanes,
 - c) Mitwirkung bei der Einstellung, Versetzung und Entlassung von Jugendlichen und Lehrlingen.
2. Gleichstellung der Jugendvertreter mit dem Betriebsrat in Bezug auf den Rechts-

schutz.

3. Teilnahmeberechtigung der Jugendvertreter an allen Betriebsratssitzungen.

4. Selbständige Beschlußfassung, Verhandlungs- und Vereinbarungsberechtigung in allen Fragen der Jugendlichen und Lehrlinge, auch gegenüber der Geschäftsführung des Betriebes.

Die DAG-Jugend will sich mit aller Entschiedenheit dafür einsetzen, daß die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes in der neuen Legislaturperiode verwirklicht wird.

DGB-Jugend:

Der Bundesjugendausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der rund 680 000 Jugendliche vertritt, hat auf einer zweitägigen Konferenz in Hamburg neue Leitsätze der Gewerkschaftsjugend verabschiedet.

Die Leitsätze sehen u. a. vor: Kampf für die Verwirklichung und gegen die Aushöhlung von Grundrechten, gegen Militarismus, Faschismus, Imperialismus und alle übrigen antidemokratischen Einflüsse sowie für eine demokratische Gesellschaft durch Verwirklichung der Selbstbestimmungsrechte der Arbeitnehmer

Die Formen gewerkschaftlicher Jugendarbeit werden u. a. wie folgt definiert: Die Jugendgemeinschaften wählen ihre Leitungen selbst. „Jugendfunktionäre der Jugendgemeinschaften entwickeln in Übereinstimmung mit dem zuständigen Jugendausschuß und den Beschlüssen des DGB beziehungsweise der Industriegewerkschaft eigene Initiativen und Methoden.“

Die neuen Leitsätze müssen jetzt, um in Kraft zu treten, vom Bundesausschuß des DGB bestätigt werden. ■

Im Wortlaut:

... Stirnhaare dürfen nicht hervorragen

Der „Tagesbefehl 5/69“ eines Panzeraufklärungsbataillons in Munsterlager.

„Der Dienst in einer technischen Truppe zwingt aus Gründen eines vorbeugenden Unfallschutzes wie auch zur Aufrechterhaltung der Truppenhygiene hinsichtlich der Haar- und Barttracht einige Merkmale festzulegen, die den dienstlichen und individuellen Belangen gleichermaßen Rechnung tragen. Im einzelnen befehle ich:

a) Im Nacken darf der Abstand zwischen unterem Haaransatz und Hemdkragenkante nicht weniger als eineinhalb Fingerbreit betragen.

b) Das Haar ist am Hinterkopf so anzuschneiden, daß ein abgestufter Übergang

in einer Linie endet, die von den beiden Ohrmuscheln halbkreisförmig um den Hinterkopf herumführt. Ein sogenannter Rundschnitt ist verboten.

c) Koteletten dürfen über die Jochbeinlinie nicht herunterwachsen.

d) Die Stirnhaare dürfen unter keiner dienstlichen Kopfbedeckung hervorragen.

e) Ein Bart darf unterhalb einer durch beide Mundwinkel gedachten Horizontallinie nicht getragen werden beziehungsweise über diese Linie herabhängen.

Dieser Befehl ist in einem Zeitraum von sieben Tagen nach seiner Bekanntgabe auszuführen und künftig bei Wochenbeginn zu kontrollieren, gegebenenfalls durchzusetzen.“

Aus „Frankfurter Rundschau“

Kann die Jugend die Gesellschaft ändern?

Ein weiterer Diskussionsbeitrag/Siehe C. Götz in elan 8/69

Ausgehend von der Demokratie als der – wahrscheinlich – optimalen Staatsform sollen hier an Hand eines Zielkatalogs Möglichkeiten und Wege gezeigt werden, die – meiner Ansicht nach – zu effektiver Demokratie führen könnten. Daß dieser Zustand frühestens nach einer halben Generation (15 Jahre) erreicht werden kann, spricht eigentlich nicht gegen jene Möglichkeiten und Wege.

Leitsatz

Unter ‚Demokratie‘ ist grundsätzlich eine Lebens- und Staatsform zu verstehen, die von der Gleichheit und Freiheit aller Bürger ausgeht und daraus die Forderung ableitet, daß nach dem Volkswillen regiert werde.

Man beachte, daß sich die werbende Kraft demokratischer Gedanken nach 1945 so verstärkt hat, mit der Folge, daß sich heute die Mehrheit der Staaten trotz unterschiedlicher Ideologien und Staatsformen demokratisch benennt.

Die in dem Zielkatalog enthaltenen Ziele sollen eine andauernde, intensive Evolution der Gesellschaft anstreben. Die denkbaren Einflußbereiche der Jugend auf die evolutorische Veränderung der Gesellschaft sind nach dem „Gesetz des größten Wertes“ zusammenzustellen:

- Als erstes käme somit der Bereich Erziehung in Betracht (Bereich Elternhaus, Schule),
- dann folgt der Bereich der politischen Willensbildung,
- schließlich der Bereich Außenpolitik.

1. Möglichkeiten und Wege zur Erziehung

Voraussetzung für ein erfolgreiches Einwirken auf Familie und Schule ist das Bemühen um Selbsterziehung, dem sich die Jugendlichen unterziehen sollten. Das bedeutet, Mittel und Wege zu suchen, um das dialektisch ausgerichtete Leben zu begreifen; zu erkennen, daß es keine isolierten Verhaltensweisen und Vorgänge gibt. Sie bedingen einander. Ziel dieser Selbsterziehung sollte sein: Heuchelei aufzudecken; optimale Verhaltensweisen gegenüber Gegnern auszuarbeiten, wobei Gruppen Gleichaltriger unter Mitarbeit von Älteren zusammenwirken sollen;

den wirtschaftlichen Bereich des Lebens dem Menschen unterzuordnen; Nutzen zu ziehen aus Kontakten zwischen allen fortschrittlichen Menschen, liberalen Arbeitern ebenso wie aufgeklärten Intellektuellen.

Im schulischen Bereich sollte nachhaltig auf reaktionäre Lehrer eingewirkt werden, gegebenenfalls Isolierung unbeeindruckbarer Lehrer mit dem

Ziel ihrer vorzeitigen Pensionierung. Durch Arbeitsverweigerung können Schüler eventuell vereint den unbelehrbaren Erziehern das Leben schwer machen. Es müssen Erziehungsmodelle mit fortschrittlichen Lehrern zusammen ausgearbeitet werden. Weitere Forderungen: Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und gezielte Aufklärung sowie positive Informationspolitik mit Bezug auf staatliche Verwaltungseinheiten, Elternschaft und Parteien.

2. Zur Willensbildung

Dazu gehört der organisierte Kampf mit geeigneten Mitteln gegen restaurative Normen der Gesellschaft („Sittengesetz“; „Allgemeine Geschäftsbedingungen, insbesondere der Banken und Groß-Unternehmen“). D.h. vor allem auch Vorgehen gegen die sogenannten Naturrechtsnormen, mit denen vor allem der Flügel um Richard Jaeger (CSU) gegen ‚liberale‘ Änderungen im Strafrecht operiert. Ferner:

Systematische Unterstützung einzelner Männer und Frauen in den Parteien, die – im Gegensatz zur Mehrheit ihrer Gruppierung – reformatorisch eingestellt sind;

Suche nach einer Politik, mit deren Hilfe die Modelle im Bereich Erziehungswesen durchgesetzt werden könnten.

Schülern und Studenten ist zu empfehlen: die Suche des Informationsgesprächs und des Erfahrungsaustausches mit Arbeitern an ihrem Arbeitsplatz oder ‚privat‘. D.h. also: Verbesserung der Verbindungen zu den Werktätigen des Investitions-, Konsumgüter- und Dienstleistungsbereichs (Ferienarbeit!).

Dabei ist zu beachten, daß das Vertrauen der Arbeiter nur durch – vorher erreichte – Zielklarheit und ‚verständliche‘ Ausdrucksweise erworben werden kann!

Selbst die Mitarbeit in den Parteien, die bisher die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland bestimmten, braucht nicht unbedingt ergebnislos zu sein, dafür gibt es eine ganze Reihe Beispiele.

3. Zum Bereich der Außenpolitik:

Durch Reisen einzelner und von Gruppen ins Ausland kann ein Prozeß eingeleitet werden, dessen Ziel es ist, schließlich diplomatischen Druck auf die konservativen Kräfte in der Bundesrepublik ausüben zu können. Insoweit lieferte sich die Bundesregierung der 5. Legislaturperiode mit der Organisation des internationalen Jugendaustauschs (z.B. mit Frankreich) selbst den Keim des gesellschaftlichen Fortschritts.

Wir sehen, die junge Generation hat doch große Chancen, verändernd auf die Gesellschaft einzuwirken, wenn die Neuerer auch an sich selbst arbeiten.

Bernd Weule, Westberlin

Termine

- 8.–9.11.1969
Landeskonzferenz der SDAJ
Rheinland-Pfalz in Ludwigshafen
- 8.–9.11.1969
Landeskonzferenz der SDAJ
Schleswig-Holstein in Kiel
- 8.–9.11.1969
Landeskonzferenz der SDAJ
Saar in Neunkirchen
- 8.11.1969
Gedenkstunde der Jugend für die Opfer des Faschismus auf dem Gelände des ehem. KZ Dachau, Veranstalter: DGB-Gewerkschaftsjugend, Bayerischer Jugendring und Kreisjugendring München-Stadt
- 15.–16.11.1969
Landeskonzferenz der SDAJ
Hessen in Hanau
- 15.–16.11.1969
Landeskonzferenz der SDAJ
NRW in Düsseldorf
- 20.–21.11.1969
Zentraler Jugendtag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Bielefeld
- 22.–23.11.1969
Landeskonzferenz der SDAJ
Bayern in München
- 25.–27.11.1969
Bundesbetriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz der IG Metall, Braunschweig
- 27.–28.11.1969
Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings in Hamburg, Thema: „Die jugendpolitischen Vorstellungen der Parteien“.
- 6.–7.12.1969
Konferenz „Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik“ in Nürnberg, Veranstalter: Redaktion „Nachrichten“ (6 Frankfurt am Main, Friedberger Landstr. 307)
- 13.–14.12.1969
2. ordtl. Bundeskongreß der SDAJ in Dortmund

Fangt die Prügel-Bullen

Kein Ulk – nach § 127 der Strafprozeßordnung steht geschrieben: „Wird jemand auf frischer Tat getroffen oder verfolgt, so ist, wenn er der Flucht verdächtig ist oder seine Persönlichkeit nicht sofort festgestellt werden kann, j e d e r m a n n befugt, ihn auch ohne richterlichen Befehl vorläufig festzunehmen.“

War die Sache nicht bisher recht einseitig? Wichtig ist aber, daß der Rechtsbrecher sich nicht ausweist oder Fluchtverdacht besteht und der Festgenommene „raschestens der Polizei übergeben werden muß“.

Vorsorge ist zu tragen (Zeugen usf.), damit der Spieß nicht umgedreht werden kann: Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Und nun:

Fangt die Prügel-Bullen!
(aus „Trommel“, Spt. 69)

NEU

DER NEUE
WARTBURG 1000



WARTBURG 1000

Limousine de Luxe
Limousine



Dreizylinder-Zweitaktmotor,
Hubraum 992 cm³,
Leistung 45 PS (50 SAE-PS) bei 4200 U/min,
max. Drehmoment 9,3 kpm bei 3000 U/min,
wartungsfreie Pumpenumlaufkühlung mit Lüfter und
Thermostat,
Batterie 12 V 42 Ah,
Einscheibentrockenkupplung,
Vierganggetriebe mit Sperrsynchrisierung und
sperrbarem Freilauf,
Frontantrieb über nadelgelagerte Doppelgelenk-
wellen,
Ganzstahlkarosserie auf verwindungssteifem Kasten-
profilrahmen,

vorn Einzelradaufhängung an Doppelquerlenkern,
hinten an Schräglenkern,
Schraubenfederung mit Gummizusatzfedern,
Querstabilisator,
Teleskopstoßdämpfer,
Zahnschubstangenlenkung,
hydraulische Fußbremse,
Bereifung 6.00-13,
Radstand 2450 mm,
Spurweite 1260/1300 mm,
Wagenabmessungen 4220×1640×1495 mm,
Zuladung 400 kg,
Höchstgeschwindigkeit 125 km/h,
Verbrauch 8,0 bis 10,0 l/100 km.



Magazin

Alles klar zum Putsch!

Wie sich Strauß, Kiesinger und die Polizeiminister auf die neue Regierung vorbereiten

Von Wolfgang Bartels und Ulrich Sander

Es war keine zufällige Entgleisung eines einzelnen, als Kiesinger über die Bundeswehr sagte, sie müsse wieder „zur großen Schule der Nation“ werden. Es war auch keine Entgleisung, als er von den Studentendemonstrationen behauptete, sie hätten eine „Bür-

gerkriegssituation“ heraufbeschworen, der wirksam begegnet werden müsse. Diese Äußerungen sind Mosaiksteinchen eines ganzen Programms, das nach und nach Gestalt annimmt. Für den Fall, daß es den Herrschenden in diesem System nicht mehr gelingen wird, sich mit den bisherigen Mitteln durchzusetzen, halten sie das für sie letzte Mittel bereit, die Errichtung eines offenen autoritären Machtregimes nach griechischem Muster. Keiner sage, jetzt, nachdem sich die SPD/FDP-Koalition anbahnt, werde ohne weiteres eine fortschrittliche, unabhängige Politik beginnen. Schon in der Wahlnacht meldete der CDU/CSU - Fraktionsvorsitzende Barzel, unbeeindruckt vom Wahlergebnis, den Führungsanspruch der CDU/CSU, der Hauptpartei des Großkapitals, an. Die CSU unter Führung von Franz-Josef Strauß gar will einen Wechsel in Bonn „mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln“ verhindern, wie es in

einer Erklärung des CSU-Vorstandes zur Wahl heißt. Zwar mußten die Unionsparteien vorläufig zurückstecken. Doch der CDU-Abgeordnete Majonica kündigt in Springers BILD am 13. Oktober 1969 bereits die Sprengung der SPD/FDP-Koalition innerhalb von zwei Jahren an. Die Umrisse des Gesamtbildes, zu dem Kiesinger, Strauß und Thadden die Mosaiksteinchen lieferten, wurden deutlich, als Professor Albert Norden auf einer Pressekonferenz der Nationalen Front der DDR enthüllte, was die CSU „mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln“ gemeint haben könnte. Professor Norden, SED-Politbüromitglied und wegen seiner wahrheitsgetreuen und wirkungsvollen Enthüllungen wiederholt „Personalchef für Bonn“ genannt, enthüllte einen fertigen Plan des kalten Putsches, den eine rechtsextremistische Gruppe um Strauß ausgearbeitet hat, den Geheimplan 07 — 03 NE.

In dieser Gruppe sind die Spitzen des Monopol- und Finanzkapitals vertreten. Da tauchen Namen auf wie: Balke, Berg, Pohle (Flick-Konzern), Bölkow und Dornier, Rust (VW), Prentzel (DEGUSSA), Kley (Siemens-Konzern), Horten und Schickedanz (Quelle). Bereits heute kann man von einem „Freundeskreis Strauß“ analog dem Freundeskreis Himmler sprechen, der die Politik bestimmt, lange vor Kabinett und Parlament. Der Freundeskreis Strauß betrachtet die Notstandsgesetze als eine geeignete Grundlage für seinen Putsch. Die Kernpunkte des Planes 07 — 03 NE sind folgende, wie Norden enthüllte:
— 1. Der Führungskopf der Bundeswehr übernimmt die Regierungsbefugnisse. Zivile Institutionen wie das Parlament sind ausgeschaltet. Das Notparlament, in dem sowieso nur ausgesuchte Leute vertreten sind, erhält beratende Funktionen. Die Regierung in

Großer Rösselsprung: Befriedung von Industrieräumen





Prof. Albert Norden,
Personalchef für Bonn:
Strauß und Co. gut vorbereitet

Ländern und Gemeinden wird ebenfalls von Militärs übernommen.

— 2. Die Tätigkeit aller „links-orientierter und anderer nicht loyaler (staatstreuer) Kräfte“ wird mit allen staatlichen Machtmitteln unterbunden. Mit ihnen soll „sofort und gründlich Schluß gemacht werden“.

— 3. Den Gewerkschaften werden alle Mittel und Möglichkeiten des politischen Einflusses genommen — wie am 1. Mai 1933.

— 4. Alle Bürger werden im Rahmen einer „Bundesverteidigungspflicht“ erfaßt, der Dienst in der Bundeswehr wird verlängert, zivile Dienstpflicht und halb-militärischer Arbeitsdienst nach Nazi-Vorbild sind Kern eines neuen Systems der Jugend-erziehung.

Zur Bekämpfung des „inneren Feindes“, so Albert Norden, sind „schwarze“ und „weiße“ Listen angelegt worden. Diese Listen sollen den Putschisten dazu dienen, jede Opposition im Keim zu ersticken. Auf den schwarzen Listen sind alle Personen aufgeführt, die aus ihrer demokratischen Gesinnung heraus gegen den Kurs der CDU/CSU-Regierung aufgetreten sind. Diese Personen sollen in militärisch abgeschirmte Lager gebracht werden. Die weißen Listen legen fest, welche kriegswichtigen, aber unzuverlässigen Personen, z. B. Wissenschaftler und Techniker, aus Krisengebieten zwangsevakuiert werden sollen.

Weiter: Beim Bundesamt für Verfassungsschutz wurde eine Stelle gegründet, die sich speziell mit der „Erfassung von Personen und der Sammlung

zweckdienlicher Materialien“ an Hochschulen und Universitäten, unter kirchlichen Würdenträgern, Gewerkschaftern und anderen Bevölkerungskreisen beschäftigt.

Die Politische Polizei (PoPo) verfügt über hunderttausende Namen und Fotos, auf deren Grundlage Aufenthaltsbeschränkungen und Arbeitsverpflichtungen verfügt werden können.

Die vollständige Koordination der Polizei, der Sicherungsgruppe Bonn, der Verfassungsschutzämter, des Bundesnachrichtendienstes und Militärischen Abschirmdienstes nach einem Gesamtplan des Bundesinnenministeriums schreitet voran. Dazu konnte das in Bremen erscheinende jugend-eigene Magazin „Trommel“ aufschlußreiche Einzelheiten veröffentlichen (siehe Kasten: „Diese Gefahr sehe ich nicht“). Die „Trommel“ schreibt in ihrer September-Ausgabe:

Bereits seit Ostern 1968 wurde in aller Heimlichkeit das ‚Lagezentrum Bonn‘ mit Sonderverbindung von Draht, Funk und Fernsehen zu allen Landesinnenministerien, dem Bundesgrenzschutz und wiederum den Polizei- und Geheimdienststellen aufgebaut. Es funktioniert mit ständiger Registrierung von Versammlungen und dergleichen, über die Flugblattverteilung bis zu Streiks und Demonstrationen. Zu diesem Komplex gehört die unter der Tarnung einer elektronischen Sozialversicherungskartei in Bonn beschlossene Datenbank, die alle beruflichen und wirtschaftlichen Kennziffern von Arbeitern, Angestellten, Bauern, Technikern, Ingenieuren und Wissenschaftlern sammelt, die für Arbeitsverpflichtung, Rüstungs- und Militäreinsatz wesentlich sein können; diese Liste kann fortgesetzt werden mit der Datenspeicherung im Bereich der Finanzämter, der Ordnungsämter und der Paßämter.“

Auch ein Amt für Sicherheit der Bundeswehr ist emsig mit der Registrierung Mißliebiger beschäftigt. Dazu wieder Albert Norden:

Seit Monaten existieren bei der Bundeswehrführung genaue Anweisungen für den Einsatz im Innern. Die Bundeswehr soll zur „Unterbindung von Streiks und Protestdemonstrationen“ eingesetzt

werden. „Das Vorgehen bewaffneter Einsatzzüge der Bundeswehr“ soll ganz legal erfolgen, unter Anwendung der Notstandsgesetze.

Bei größeren Streikaktionen ist vorgesehen, bestimmte Betriebe unter dem Vorwand, sie seien „rüstungswichtig“, zu „militärischen Schutzbereichen“ zu erklären. Mit anderen Worten: militärisches Standrecht wird über die Betriebe verhängt.

Die erste Probe für den Ernstfall liegt bereits hinter uns. Während der großen Streiks im Ruhrgebiet wurden Bezirks- und Kreis-„Verteidigungs“-Stäbe des Wehrbereichskommandos III Düsseldorf in Alarmbereitschaft versetzt.

Die Bundeswehr soll also gegen streikende Arbeiter eingesetzt werden, die Notstandsverfassung sieht das ohnehin vor. Die Generale sollen nicht davor zurückschrecken, auf Arbeiter schießen zu lassen. Der Auftrag des BDI-Präsidenten Fritz Berg, streikende Arbeiter zu erschießen, damit „wieder Ordnung herrscht“, soll vollstreckt werden.

Bereits Anfang des Jahres sagte ein Major der Bundeswehr (Die Zeit, 14. 3. 69): „Machen wir uns doch nichts vor. Die Bundeswehr ist ein Machtfaktor. Sollte es mal von links putschen, dann sind wir da, mit oder ohne Notstandsgesetze.“

Was der Major mit „von links putschen“ meinte, wird klar, wenn man sich Kiesingers Äußerung über die „Bürgerkriegssituation“ vor Augen hält. Ein Streik, eine Demonstration wird zur „Bürgerkriegssituation“ erklärt, und der Putschplan 07 — 03 NE tritt in Kraft. Auch Teile dieses Plans wurden bereits erprobt: bei der Bundeswehrübung „Großer Rösselsprung“ Anfang September 1969 haben Einheiten die Besetzung und „Befriedung“ dichtbesiedelter Industrieräume geübt.

Dem Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Schnez, schwebt sogar eine Spezialeinheit vor, deren besonderes Kennzeichen ein „grünes Barett mit Jäger-eichenlaub“ sein soll (Interview in Die Welt, 15. 9. 69). Träger des grünen Barett, die „Green Berets“, haben als SS-ähnliche Truppe bereits im Vietnamkrieg von sich reden gemacht, immer da, wo schmutzige Hände im schmutzigen

Krieg gebraucht wurden.

Die CDU/CSU hat sich in den zwanzig Jahren ihrer unumschränkten Alleinherrschaft alle Möglichkeiten geschaffen, um auch dann das Regiment wieder in die Hand zu nehmen, wenn das Abstimmungsergebnis im Parlament ihren Interessen zuwider läuft. In diesem Zusammenhang muß die „Vertrauliche Mitteilung“ gesehen werden, ein Informationsdienst des langjährigen CDU - Bundestagsabgeordneten Artur Missbach. Zwei Tage vor der Wahl zitierte er Adenauer, der von der Unfähigkeit der CDU sprach, sich in der Opposition zu behaupten. Missbachs Schlußfolgerung: „Sollte die SPD an die Macht kommen, wäre sie auf parlamentarischen Wege nie mehr zu verdrängen.“ Auf welchem Wege sonst, fragt sich der aufmerksame Leser. Es bleibt nur der des Putsches.

In der langen Geschichte des Kapitalismus hat es in vielen Ländern Beispiele gegeben, wo die Monopolbourgeoisie mit Hilfe von sozialdemokratischen Regierungen die Massen dirigierte. Das gab es in Frankreich, das gibt es zur Zeit in England, wo die Profite steigen und Streiks verboten werden sollen. Gewisse Monopolkreise der Bundesrepublik und ihre Helfer in den Parteien stellen sich auf eine solche Situation bereits ein, die sie nutzbringend zu bewältigen gedenken. Äußerungen von Weyer (FDP) und Wischniewski (SPD), die CDU nicht zu „verketzern“, deuten bereits an, wie „neu“ die Regierungspolitik nach ihren Vorstellungen sein soll, CDU-Missbach, aber sieht eine Gefahr, nämlich, daß der „linke Parteiflügel“ der ohnehin marxistisch „anfälligen“ SPD Druck machen könnte oder selbst starkem Druck ausgesetzt wird. Das ist für die Monopole durchaus eine Gefahr! Missbach, diesen Druck sollten die Linken organisieren!

In einer engen Verbindung wirklich reformfreudiger Kräfte der FDP und SPD mit allen demokratischen, fortschrittlichen Teilen der Bevölkerung liegt die Chance der neuen Regierung. Deshalb müssen die Forderungen dieser Kräfte, besonders der Gewerkschaften, formuliert und vorgetragen werden. Deshalb darf es kein Stillhalten geben gegenüber

„Diese Gefahr sehe ich nicht“

Gespräch mit Innensenator Franz Löbert (Bremen, SPD)

Dieses Interview ist keines. Die Redaktion der Zeitschrift „TROMMEL“ hat Äußerungen — offizielle und offiziöse, veröffentlichte und vertrauliche — aus Presse, Behörden, Partebüros und Journalistenkreisen zusammengetragen und zu Interviewfragen und -antworten verarbeitet. Somit konnte uns der persönliche Referent des Senators Löbert, Herr Behrmann, mit gutem Gewissen sagen: Dieses Interview hat nie stattgefunden. Die Meinungsbildung darüber sei noch nicht abgeschlossen, ob gegen die Redaktion etwas unternommen werden solle und könne. Ob der Inhalt der Veröffentlichungen der „Trommel“ den Tatsachen entspreche, dazu wollte Herr Behrmann uns nichts sagen. Interessant ist jedoch, was er abschließend betonte: „Der Herr Innensenator wird so etwas doch nicht von sich geben.“ Eben. Gerade, weil Projekte wie Zentralcomputer und einheitliche Erfassung aller Bürger, Notstandsgesetze und Abhörsystem hierzulande noch stets im Geheimen vorbereitet wurden, veröffentlichen wir das „Interview“, dessen Inhalt von keiner betroffenen Behörde demontiert wurde. e l a n spricht über „so etwas“. — Red.



TROMMEL: Sie als Innensenator stehen in permanenten Kontakt mit dem Lagezentrum in Bonn. Können Sie uns über diese Zusammenarbeit Nennenswertes sagen?

LÖBERT: Die Tag- und Nachtarbeit im Lagezentrum unter Leitung von Oberst Parteinagehört zu den legitimen Vorbereitungen des Staates, auf die Aktionspläne der Apo. Verhindern kann nur der, der

vorher informiert ist. Umgekehrt trifft das natürlich auch für die Apo zu, und darum kann ich über unser Vorgehen keine weiteren Ausführungen machen, denn die Apo soll sich nicht vorzeitig darauf einstellen können.

TROMMEL: Trifft es zu, daß seit Inbetriebnahme des Lagezentrums Ostern 1968 nicht nur studentische Aktionen, sondern auch alle Verhaftungen, die sich hieraus ergeben, gesammelt werden? Nachträglich sollen auch die 400 Festgenommenen der Bremer Straßenbahndemonstration im Januar 1968 zur Speicherung ins Lagezentrum gegeben worden sein.

LÖBERT: Es ist die Aufgabe des Staates vorzubeugen, und dazu gehört auch, frühzeitig die Aktivisten auszumachen, und die Häufigkeit der Verhaftungen läßt doch schon eine gewisse Aktivität erkennen, natürlich nicht ausnahmslos.

TROMMEL: Soll das heißen, daß durch willkürliche Verhaftungen bei Demonstrationen, Registrierung von der Flugblattverteilung bis zu Streiks, potentielle Anführer z. B. jetzt am Wahltag, an dem Sie mit Störungen selbst des Wahlaktes rechnen, in Vorbeugehaft genommen werden können?

LÖBERT: Daß wir die Vorbeugehaft noch nicht gesetzlich verankert haben, sollte Ihnen doch bekannt sein, zudem können Sie aus mir die Taktik des polizeilichen Vorgehens nicht herausbekommen, sie läuft als Geheimsache ab.

TROMMEL: Kommen wir zum Zentralcomputer. Wie funktioniert die Zusammenarbeit der bremischen Arbeits- und Gesundheitsämter, Krankenkassen, Melde- und Paßämter?

LÖBERT: Gewiß reden Sie von der elektronischen Sozialversicherungskartei. Warum sollten in den anfänglichen Vorbereitungsarbeiten Schwierigkeiten zwischen den Behörden auftreten? Lediglich den Ersatzkrankenkassen muß noch

die Pflicht zur Herausgabe von Angaben über ihre Versicherungen durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt werden.

TROMMEL: Wir erinnern uns an einen Fall, als in Bayern sich eine Frau weigerte, bei einer gesetzlich angeordneten Repräsentativbefragung Angaben über ihren Urlaub zu machen. Diese Frau bekam ein Bußgeldbescheid über immerhin stattliche 100,— DM. Wird hier in diesem Fall und bei dem Zentralcomputer nicht die Intimsphäre verletzt?

LÖBERT: Angaben über Persönlichkeits- und Lebensdaten verletzen doch weder die Persönlichkeit in ihrer Würde noch berührt es das Selbstbestimmungsrecht im „innersten Lebensbereich“. Zur Erfüllung seiner Aufgaben muß der Staat doch solche Angaben wissen. Ich nenne nur z. B. die Arbeitsverpflichtung.

TROMMEL: Darin sehen wir, daß alles auf einen Kriegsfall ausgerichtet ist!

LÖBERT: Kriegsfall? Ich habe nicht von einem Verteidigungsfall gesprochen, die Arbeitsverpflichtung verstehe ich im Katastrophenfall, Sie unterbrechen mich.

TROMMEL: Arbeitsverpflichtung gibt es aber auch im „Verteidigungsfall“. Doch sagen Sie uns bitte, wer die schwindenden Grenzen der Manipulierbarkeit und die Bevormundung des Menschen durch den Staat festsetzt.

LÖBERT: Die Verfassung.

TROMMEL: Und die Verfassungswirklichkeit sieht aber so aus, daß wir von der Gefahr kontinuierlicher Verschiebung der Grenze zwischen „Außenwelt“ und „Intimbereich“ durch den „Großen Bruder“, den allgegenwärtigen Staat reden können und müssen.

LÖBERT: Diese Gefahr sehe ich nicht, darum vielleicht auch, weil ich kein Anarchist bin.

Interviewer: Erwin Motzko (SPD-Mitglied)

einer möglichen reaktionären Politik unter SPD / FDP-Anstrich. Deshalb muß die Trennung von belasteten Personen und belasteter Politik der CDU, CSU, NPD und NSDAP erfolgen.

Dazu gehört die Säuberung der Ministerien von alten und neuen Nazis, die in allen Ressorts wichtige Posten besetzen. Ein ganz konkreter Anlaß wären die Enthüllungen eines Mitarbeiters des Außenministeriums, Erich Knapp, zur Zeit in Dacca/Ostpakistan.

In mehreren geheimen Briefen an den Außenminister und zukünftigen Kanzler Brandt, zählt er genau auf, an welchen Stellen des Auswärtigen Amtes Nazis sitzen. Er wirft Brandt vor, bis heute nicht dafür gesorgt zu haben, sein Ministerium zu entnazifizieren, ja sogar Nazis in ihrer Karriere gefördert zu haben. (Die Briefe Knapps sind veröffentlicht in Berliner Extra Dienst, Nr. 77/III vom 27. 9. 1969.)

Nochmal: Die Chance, die Ministerien und die Bundeswehrführung von den Putschkumpanen des Herrn Strauß zu säubern, muß ergriffen werden. Es ist vielleicht die letzte!

Alle Amis raus!

Nix mit Nixons Frieden

Von Gabriele Sprigath

In den letzten Monaten spricht die US-Regierung oft von „Des-amerikanisierung“ oder „Vietnamisierung“ ihrer Aggression. Die Presse bringt von Zeit zu Zeit Informationen über angebliche Truppenabzüge. Die öffentliche Meinung in den USA soll im Glauben gehalten werden, daß die USA tatsächlich den Abzug der GIs aus Vietnam einleitet.

In Wirklichkeit hat bisher nur der routinemäßige Truppenaustausch stattgefunden. Die Aggression wurde gleichzeitig gegen die südvietnamesische Bevölkerung noch verschärft. Vor einem Jahr hat die faschistische Clique Thieu-Ky ein

„Gesetz“ zur allgemeinen Mobilmachung erlassen; seitdem werden Jugendliche von 16, 17 Jahren rekrutiert.

Ziel der Mobilmachung ist die Erhöhung der Saigoner Truppen von 500 000 auf 900 000 Mann. Denn: Nixon will jeden abgezogenen GI durch zwei Marionettensoldaten ersetzen. Er ist nur bereit, Trup-

pen abzuziehen, wenn die Saigoner Armee in der Lage ist, die Ziele des US-Neokolonialismus allein zu verteidigen. Die Leidtragenden dieser barbarischen Politik sind u. a. die Jugendlichen: sie sollen als Kanonenfutter für die Profite der US-Rüstungs-Industrie mit ihrem Leben herhalten. Es ist nur verständlich, daß sie sich mit allen Kräften dagegen auflehnen: so führten z. B. seit Ende Juli 30 000 Studenten von 11 Sektionen verschiedener Saigoner Hochschulen einen erbitterten Kampf gegen die Durchführung militärischer Übungen während der Ferien. Das Saigoner Regime schreckte vor keiner Gegenmaßnahme angesichts der starken Bewegung zurück: 30 Studenten wurden relegiert, andere willkürlich verhaftet und entführt. Die Universität wurde von Militär eingekreist, um sie

Vier Millionen Amerikaner — so schätzen die Nachrichtengenturen — haben sich am 15. Oktober an den bisher größten Demonstrationen gegen den US-Krieg in Vietnam beteiligt. In allen Staaten der USA finden machtvolle Demonstrationen statt. „Macht Schluß mit dem Krieg“, riefen etwa 1000 junge Amerikaner, die sich auf den Stufen des Kapitols in Washington versammelt hatten.

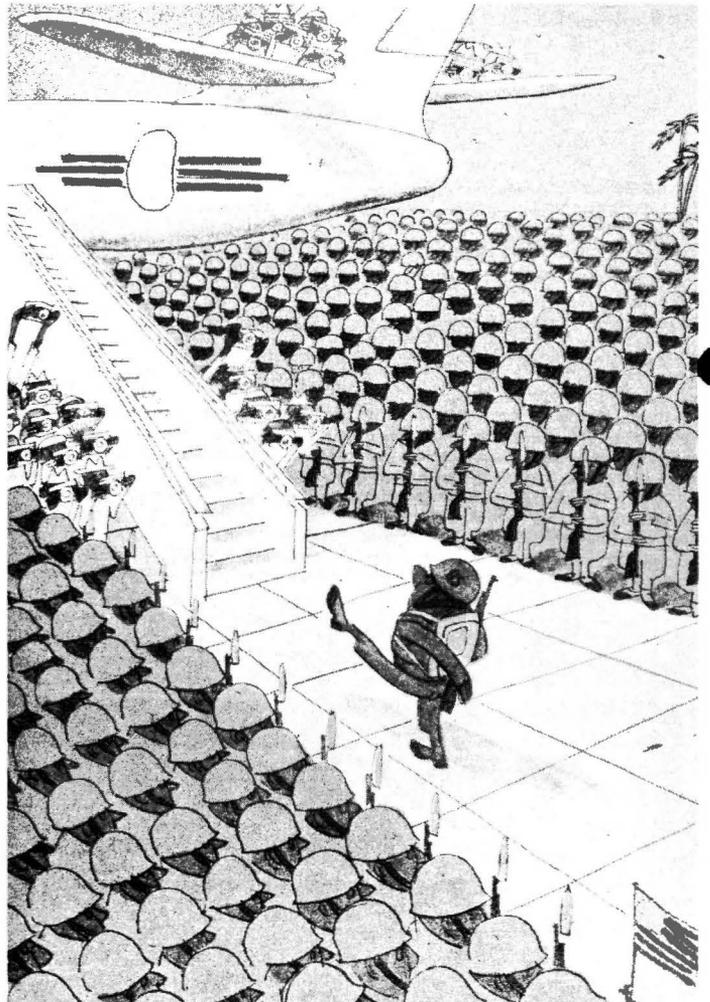
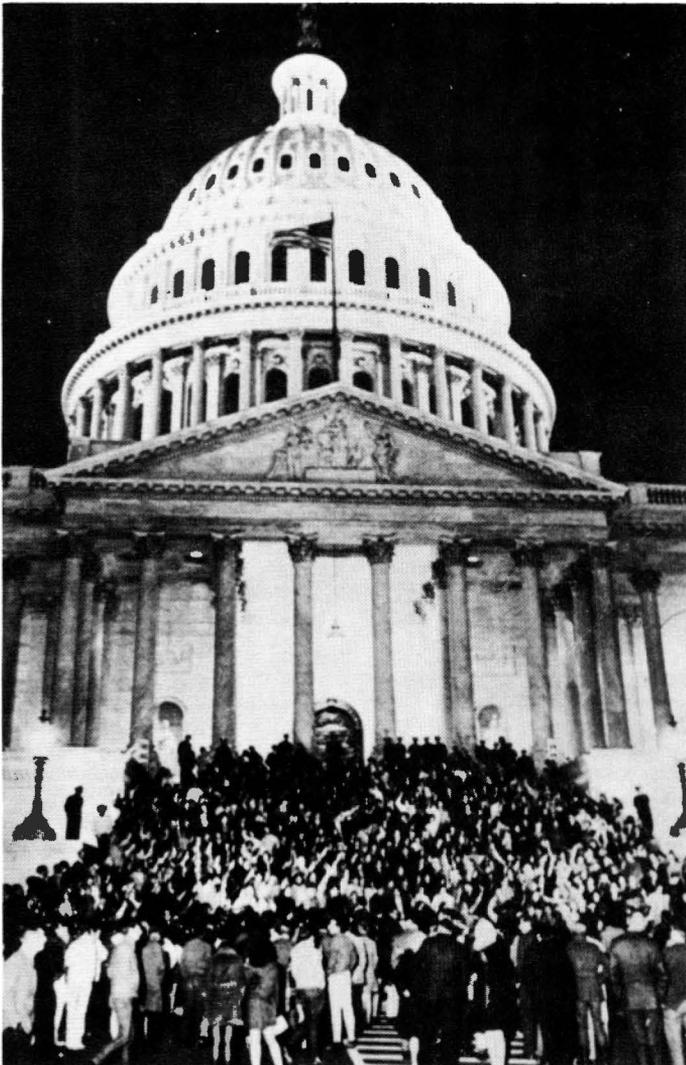
vom Rest der Bevölkerung zu isolieren. Thai Van Hien wurde ermordet und Nguyen Manh Hung von einem Militärfahrzeug „überfahren“.

Trotz der faschistischen Militarisierungsmethoden will die Auffrischung der Marionettenarmee nicht gelingen; nach amerikanischen Schätzungen desertieren monatlich 11 000 Soldaten. Allein im 1. Semester 1969 waren es 185 000. Welches Ziel verfolgt Nixon mit seiner unrealistischen Politik der „Desamerikanisierung“? Vietnamesen sollen für den US-Neokolonialismus gegen Vietnamesen kämpfen. „Vietnamisieren, in dem Sinn, den Nixon diesem Wort gibt, heißt nicht „desamerikanisieren“, sondern ganz im Gegenteil, den amerikanischen Neokolonialismus mit weniger Unkosten realisieren.“ (Vietnam

Courier, Nr. 232, 1. 9. 1969). Nixons „Desamerikanisierung“ muß einerseits als Eingeständnis des Mißerfolgs der „Amerikanisierung“ der letzten Jahre beurteilt, und andererseits als Verschleierungsmanöver zur Weiterführung der US-Aggression entlarvt werden.

Um so entschlossener müssen wir, mit den vietnamesischen Patrioten und mit den amerikanischen Jugendlichen, die in diesem Herbst erneut für die Beendigung der US-Aggression kämpfen, fordern: Alle Amis raus aus Vietnam.

Ho Chi Minh im Frühjahr dieses Jahres: „Das vietnamesische Volk fordert entschlossen den Abzug aller Truppen der USA und der ihrer Satelliten, nicht nur den Abzug von 25 000 oder 500 000 Mann, sondern den totalen, vollständigen und bedingungslosen Abzug.“



Feierliche Zeremonie bei der Verabschiedung amerikanischer Truppen aus Südvietnam. (Aus „Krokodil“, Moskau)

Ro-Ro-Rohr-krepiere

Rowohlt's Erben auf Abwegen

Von Friedrich Karl Kaul

Die Bundeswehr schießt! Scharf! Mit hochentwickeltem Werfergerät! Auf sorgsam angepeilte Ziele in der DDR! Die Munition hierfür aber bezieht sie — ja, von wem wohl?

Knapp dreißig Kilometer nordwärts von Hamburg, in der satten, etwas phlegmatischen Landschaft Holsteins, fügt sich nahe der Ortschaft Reinbek, breitgelagert, ein einstöckiger Gebäudekomplex einer Talmulde ein. Das ist der Sitz eines Verlagsunternehmens, das einst von einem wahrhaft dem Humanismus dienenden Mann geschaffen wurde; ja, wohl, es ist der Rowohlt-Verlag, den der damals fünfundzwanzigjährige Ernst Rowohlt 1908 in Hamburg gründete, um junge fortschrittliche Autoren zu fördern. Er machte die Werke des frühen J. R. Becher bekannt, und die von Feuchtwanger, Hasenclever, Ringelnatz, Fallada. Der Nazismus setzte dem ein Ende. Doch 1945 begann Ernst Rowohlt von neuem. Er stieß in Westdeutschland der antifaschistischen Literatur die Tür auf. Das „Siebte Kreuz“ von Anna Seghers war nach 1945 ebenso in seinem Verlagsprogramm zu finden wie das „Memorial“ von Weisenborn. Unbeirrt von aller Anfeindung seitens der Bonner Mächtigen kämpfte Ernst Rowohlt leidenschaftlich gegen die westdeutsche Wiederaufrüstung. Die Karl-Marx-Universität in Leipzig verlieh ihm 1959 für sein humanistisches Werk den Ehrendoktor. Ein Jahr danach starb er. Ein seltsames, bizarr verschnörkeltes Testament sperrte — zumindest für Zeit — dem aus später Ehe stammenden Sohn die Möglichkeit, sich in dem Verlag zu betätigen, dessen humanistischen Charakter der verstorbene Vater davor bewahren wollte,

durch die Erwerbs- und Gewinnsucht paralytisch zu werden, die das westdeutsche Leben in all seinen Erscheinungsformen zersetzt.

Die Leitung des Verlages übernahm der einer früheren Bindung entstammende Heinz Maria Ledig-Rowohlt, von dem der Vater glaubte, daß er das Zeug hätte, die Rowohlt-Tradition weiter fortzusetzen. Doch in verhältnismäßig kurzer Zeit schob sich — als „Repräsentant“ des weltbedeutenden Verlages — immer häufiger Fritz Raddatz in den Vordergrund.

Durch seine frühe Ausbildung in einem marxistischen Verlag in der DDR hellwach in der Einschätzung der seine kapitalistische Umwelt bestimmenden Kräfte, brilliert Raddatz, der heute Ende der Dreißig ist, in eher zynisch als geistvoll anmutender Selbstüberschätzung im literarischen Gespräch und auch bei den „Happenings“ genannten Veranstaltungen, in denen ostentativ zur Schau getragene Zügellosigkeit — die natürlich gleichzeitig dem privaten „Vergnügen“ dient — nach außen Abscheu vor reaktionärem Muckertum dokumentieren soll.

Ja, Fritz Raddatz hat ein Gespür dafür, welches geistige Kostüm ein bequemes Leben in der Bundesrepublik ermöglicht. In den Salons der „Gesellschaft“ des Bonner Staates läßt er sich als „fortschrittlicher Linker“ mit scheuem Respekt behandeln. Da führt er das große Wort gegen die Bonner „Etablierten“, gegen die von der Konzernwirtschaft betriebene Ausbeutung der Arbeiter und gegen den Machthunger der Bundeswehr-Generalität! Ist nicht gerade er dazu berufen? Schließlich ist es doch auf seine Initiative zurückzuführen, daß in der „rororo“-Reihe Schriften gegen die „Notstandsordnung“ des Bonner Staates und für die „Kriegsdienstverweigerung“ herauskamen. . . . Welch ein Mut, die Mächtigen des westdeutschen Staates derart herauszufordern.

Durch das Aufbegehren eines jungen, anständigen Mitarbeiters des Rowohlt-Verlages wurde jetzt offenbar, daß für Raddatz die Links-Drapierung ziemlich risikolos war. In aller Stille hatte er sich in einer Form rückversichert, die zeigt, wie weit die geistige — und

auch materielle — Korruption in Westdeutschland vorge-schritten ist.

Auf Grund eines sorgsam paragrafierten Geheimvertrages, dessen Initiator Raddatz ist, beliefert der Rowohlt-Verlag gegen nicht geringe Vergütung seit zwei Jahren die Bundeswehr — jawohl, die Bundeswehr! — mit Sonderanfertigungen bestimmter Druckschriften, die gegen die sozialistische Ordnung gerichtet sind. Kunststoffgebunden, in Dünndruck und Kleinformat wird diese auf Veranlassung des Raddatz vom Rowohlt-Verlag hergestellte Munition, in Frischhaltebeuteln wetterdicht verpackt, von der Bundeswehr mit Raketen in Richtung Ost verschossen. Auch an den Agenten-Nachwuchs ist gedacht: auf dem Deckblatt jeder einzelnen Schrift wird den Bewohnern der „SBZ“ empfohlen, sich mit „getarntem Absender und verstellter Handschrift“ an eine „Briefkasten“-Anschrift der Bundeswehr zu wenden. Das alles

unter dem Namen von Ernst Rowohlt!

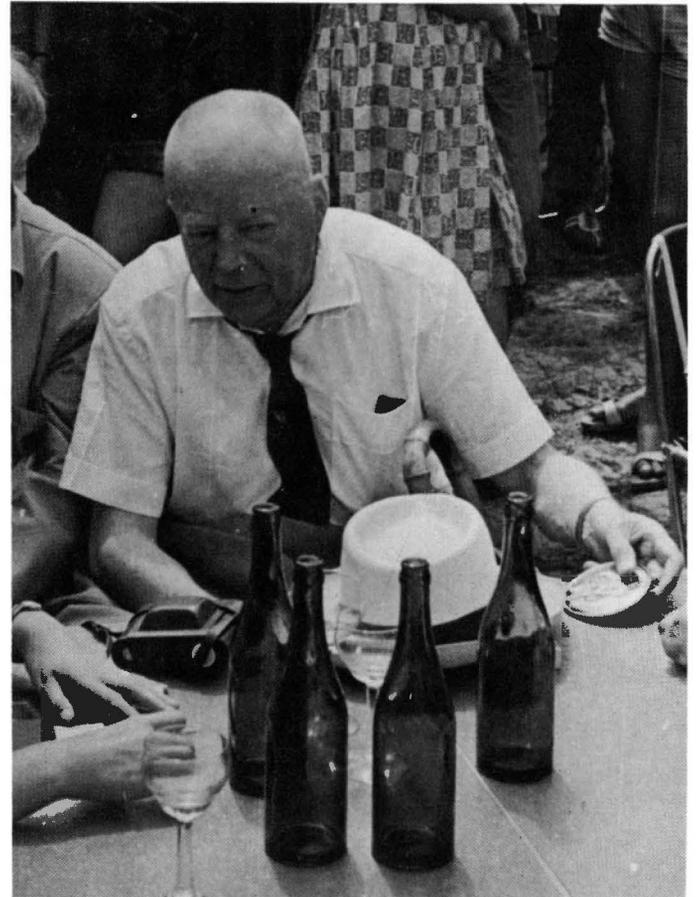
Die große Empörung, die das Bekanntwerden dieser Gemeinheit in Westdeutschland auslöste, zeigt, daß die anständigen Menschen hier keineswegs in der Minderheit sind, Briefe, in denen Raddatz versichert wird, daß man sich, angesichts dieses nun bekanntgewordenen „Verlagsunternehmens“, auch bei einem noch so zufälligen Zusammentreffen nicht mehr daran erinnern wird, mit ihm jemals in persönlichem Kontakt gestanden zu haben, sind ihm in der letzten Zeit keineswegs vereinzelt zugegangen.

In Denkkategorien, die für den Raddatz-Kurs im Hause Rowohlt symptomatisch sind, versucht man dort, dieser Empörung zu begegnen: verlegen ließ man verlauten, man werde den Gewinn aus dem „Geschäft“ mit der Bundeswehr „voll und ganz für wohltätige Zwecke“ verwenden.

Armer Ernst Rowohlt!

(aus „Weltbühne“)

Ernst Rowohlt beim Weltjugendfestival 1959 in Wien



Thaddens Gorilla schoß

Warum die SDAJ von der NPD 2000 DM zu beanspruchen hat

von Uwe Sommer

„Die neuen Nazis reagierten wie tollwütig. Mit Mordversuch.“ So berichtete elan im Oktober aus Kassel. Gemeint war der Anschlag auf zwei junge Antifaschisten. Auch der SDAJ — Landesverband NRW, wußte von Anfang an, wo der Mordschütze zu suchen war: unter den Leibwächtern Adolf von Thaddens. Weil die SDAJ dies in einem Flugblatt behauptete, erwirkte die NPD eine einstweilige Verfügung gegen sie.

Nach den Schüssen von Kassel und der mit Hilfe von NPD-Obernen gelungenen Flucht des Schützen fühlte sich die neonazistische Partei noch recht sicher:

■ Unverfroren drehte sie den Spieß um und sprach von einem „feigen Überfall auf Adolf von Thaddens“ (NPD-press, 18. 9. 1969).

■ Sie fing nicht nur einen Rechtsstreit mit der SDAJ an, sondern sie stellte auch Straf-antrag gegen eines der Opfer(!) — gegen Bernd Lunkewitz, den sie als Rädelsführer bezeichnete.

■ Thaddens äußerte den Verdacht, „daß die Kugeln ihm selbst geglolten hätten“, und NPD-MdL Fischer erklärte, „die Schüsse sind von der APO bestellt gewesen!“

■ Schließlich beauftragte die NPD einen Detektiv mit Ermittlungen und setzte sogar 2000 DM Belohnung aus für zweckdienliche Hinweise für die Ergreifung des Schützen. Dieses Geld steht nun der SDAJ zu. Sie hat von Beginn an gesagt, wo der Täter zu suchen ist: dort wo er jetzt auch gefunden wurde, in der NPD. Verhaftet wurde der OD-Führer der NPD, Klaus Kolley, Leibwächter von Thaddens. Jetzt hat der Münchener

Rechtsanwalt Konrad Kittl im Auftrage der Demokratischen Aktion Strafanzeige gegen von Thaddens und Fischer wegen Begünstigung des Pistolenhelden Kolley und Irreführung der Behörden erstattet.

Nazi-MdL Fischer hat inzwischen zugegeben, Kolley die Flucht durch sein Haus ermöglicht zu haben.

Die NPD, wütend über das Wahlergebnis und die antifaschistischen Aktionen der Jugend, will jetzt an der SDAJ ihr Mütchen kühlen:

■ Vier Neonazis überfielen in Essen den SDAJler Horst Czyborra und verletzten ihn schwer.

■ Czyborras Schwägerin Alice, geb. Gingold, eine Mitarbeiterin des Bundesvorstandes, wurde mit den Worten bedroht: „Die Judensau machen wir auch noch fertig.“ Die anonymen Helden möchten verwirklichen, was die Nazis nicht schafften: Mit Kind Alice waren die Eheleute Ety und Peter Gingold einst den Gestapo-Häschern entwichen.

■ NPD-Anwalt Schöttler schickt Briefe mit Drohungen gegen Anti-Nazi-Demonstranten herum.

SDAJ-Landesvorsitzender Walter Möbius, Ziel vieler Attacken von seiten der NPD, wird sich ein neues Lieblingslied suchen müssen. Die Melodie des von ihm bisher favorisierten Cowboysongs „Geisterreiter“ wurde nämlich für das Ordnungsdienst-Lied der NPD mißbraucht mit diesem sinnigen Text:

„Die Helme auf — Visier herab — hinein in diesen Mob! Ein jeder weiß: Es gilt, und ist's ein noch so harter Job. Nach fünf Minuten war der Spuk vorbei und alles still, die Ordner hatten aufgeräumt, wie das Gesetz es will. Yippieieeee — Yippieiooooo — OD aus Hessen war da!“

Gewerkschaften, SDAJ, Demokratische Aktion, DKP und andere möchten den neonazistischen Geisterspuk vollends beseitigt wissen. Ihre erste Forderung an die neue Regierung: Auflösung der NPD!

In diesem Sinne werden Demonstrationen in Saarbrücken vorbereitet. Dort will die NPD am 14. bis 16. November ihren Bundesparteitag durchführen. ■

Es stand im elan . . .

. . . DASS DIE DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI IHREN ENTWURF FÜR EIN JUGENDPOLITISCHES PROGRAMM veröffentlicht hat. (8/69 August) Inzwischen hat die DKP nun auch Entwürfe für die Hochschul- und Bildungspolitik vorgelegt. Auch diese Materialien können angefordert werden beim DKP-Parteivorstand, 4 Düsseldorf, Prinz-Georg-Straße 79, Telefon 48 10 03.

. . . WELCHE NEGATIVEN „MUSTERBETRIEBE“ IM NORDBAYERISCHEN SCHWABACH zu finden sind. (Unternehmersündenregister in Nr. 8/69 August) Jetzt hat die öffentliche Diskussion im „elan“ und in einem Lehrlings-Teach-In über die Mißstände bewirkt, daß sich zahlreiche junge Arbeiter der Stadt ihrer Lage bewußt wurden und zum Engagement übergangen. Lehrlinge im Alter von 16 bis 21 Jahren gründeten anlässlich einer Polit-Party eine SDAJ-Gruppe. „Damit hat sich jetzt auch in Schwabach die Unruhe unter der Jugend, die zur Zeit in der ganzen Bundesrepublik vorzufinden ist, zu einer politischen Bewegung und Organisation geformt“, schreiben die jungen Genossen dazu.

⚡ Sicherheit durch Recht und Ordnung ⚡



Der Kampf gegen die NPD geht weiter. Dieses Plakat ist zu beziehen bei Werner Loch, 5 Köln 1, Breite Straße 141—143, Tel. 244743. (Preis DM 4,— zuzüglich Versandkosten, bei Sammelbestellungen Rabatt.)

. . . WAS DER „BAYERNKURIER“ DES FJS JETZT DER SDAJ UND DEM elan mit diesen Worten vorwirft: „Lehrlinge aufzuwiegeln, eine radikale Reform (!) ihrer Ausbildung zu verlangen und „Unternehmer-Sündenregister“ anzulegen.“ Das CSU-Kampfbblatt jammert, daß den Kammern der Unternehmer „Ärger“ bereitet wurde, und er rät, „eine sach- und fachgerechte Dokumentation über die politischen Ziele und vor allem um die gediegenen Hintergründe der Kampagne anzulegen.“ Diese Dokumentation der Kammern — so schreiben uns als „krypto-kommunistische Monatsschrift“ (so der „Bayernkurier“) für sie interessieren — wird sicher nicht erscheinen. Was sollten die Arbeitgeber auch schreiben, um die Lehrlinge „abzuwiegeln“ und ihnen ihre Reformwünsche auszutreiben? Da weiß nun der „Bayernkurier“ in alter autoritärer Masche Rat: die Kammern sollten Elternhaus und Berufsschule aufmerksam machen, damit diese entsprechend handeln, denn: „Von einem Lehrling zwischen 14 und 17 Jahren ist kaum zu erwarten und zu verlangen, daß er die verschlungenen Pfade kommunistischer Propaganda übersieht.“

. . . DIE „AGITPROP“-SAMMLUNG und der Beitrag von Horst Dieter Gölzenleuchter über die Kunst als Waffe. (10/69 Oktober) Dabei fehlte der Hinweis, daß alle Texte dem aktuellen Textdienst für Spiel- und Songgruppen „Agitprop“ entnommen wurden, der von Hermann Gruber, 8000 München 82, Zehntfeldstraße 144, herausgegeben wird. Auf Wunsch vieler Leser nennen wir hier weitere künstlerische Waffenkammern: Postkartengedichte gibt es beim Querverlag Uwe Wandrey, in 2 Hamburg 22, Oberaltenallee Nr. 72; „Dreigroschengedichte“ verbreitet der Verlag Neue Presse, 2 Hamburg 19, Bellealliancestraße 54; die Grafik-tüten der „Proletenpresse“ verbreitet Renate Kurpitz, in 4680 Wanne-Eickel, Overhofstraße 2 (4,— DM pro Tüte).

Der aktuelle Bildband aus der DDR

Wir, die jungen Menschen der DDR, sind an den Schulen zu finden, wir bevölkern die Hörsäle, arbeiten in den Betrieben, in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften – wir lernen. Wir tun das schon zehn, zwölf oder sechzehn Jahre lang, es ist etwas Selbstverständliches, und wir machen kein großes Geschrei darum.

Erleben Sie mit uns das
Abenteuer unseres Alltags!



Junge Menschen im jungen Staat

Etwa 280 historische sowie neuzeitliche Fotos mit originellen und interessanten Bildmotiven zeigen kleine und große Begebenheiten aus dem Leben junger Menschen in der zwanzigjährigen Deutschen Demokratischen Republik.

Dieser Bildband wurde von Herbert Thur zusammengestellt und mit einem Geleitwort von Günther Jahn und einer Einführung von Hans Weber versehen. Etwa 260 Seiten. Leinen etwa 12,- DM.

Verlag Neues Leben, DDR-108
Berlin, Wilhelm-Külz-Str. 30

Jacke wie Hose

12. September 1969. Strafjustizgebäude in Hamburg. Neuer Rekord im Strafmaß für Demonstranten: ein Jahr und neun Monate, 1000 Mark Geldstrafe, keine Bewährung. Das Opfer: der kaufmännische Angestellte Günter Schmiedel. Die Verteidiger Schmiedels kündigen Berufung an: Mit solchen Abschreckungsurteilen solle die APO kriminalisiert werden! Die politische Strafjustiz läuft auf Hochtouren. Anstelle einer Aburteilung aller Demonstranten werden vorerst noch abschreckende Verfahren eingeleitet. Wo die Vorbeugehaft noch fehlt, behilft sich die Justiz vorläufig mit einer unverhältnismäßigen Verlängerung der Untersuchungshaft. Heike Doutiné hat die jüngsten Hamburger Prozesse beobachtet.

Der Hamburger ASTA kündigte an: Es wird einen „heißen Sommer“ geben. Die Prognose stimmte. Es wurde ein heißer Sommer. Auf dem Thermometer. An Hamburgs Alma Mater jedoch herrschen winterliche Temperaturen. Das Hochschulgesetz winkte mit dem Ordnungsrecht, und die Mehrheit der Studenten boykottierte den Boykott der Wenigen. Eine Handvoll Polizisten „regelten“ die Zwischenprüfung. Vollversammlungsresolutionen vereisen in der Tiefkühltruhe der Semesterferien. Rund um den Campus spielt man es diesen Sommer „cool“. Nur im Strafjustizgebäude, Luftlinie ein Kilometer, wird noch geschwitzt. Hier steht das heiße Frühjahr 68 vor Gericht mit Anti-Springer-Demonstrationen und Kaufhaus-go-in.

Arne Winter, Großhandelslehrling

Nicht jedes Verfahren wird eingestellt. Der Großhandelslehrling Arne Winter ist die Ausnahme in der Regel. Was hat er verbochen? „Nichts.“ Oder fast nichts. Er war dabei im März 68 vor dem Springerhaus. Nach dreimaliger Aufforderung sollte er den Platz räumen. Er hat ihn nicht geräumt. Er hat die Aufforderung der Polizei überhört. Jetzt steht er auf dem Gang, unterhält sich mit einem Altersgenossen, dem Polizisten, der ihn festgenommen hat. Damals. Was unterscheidet die beiden? Nicht die aufgekremelten Hemdsärmel

des Jungpolizisten in Zivil. Nur eine Plakette, die Winter trägt, anstelle eines beamteten Sommerschlipses. Eine kleine Plakette mit der Aufschrift BILD MACHT DUMM. Der Verteidiger klopfte dem Zwanzigjährigen altväterlich auf die Schulter. Prozeßende. Anklage eingestellt wegen Geringfügigkeit. Der Winter kann seine Badehose einpacken und an die See fahren. So wie die anderen, die vielen, die damals demonstriert haben, in jenen heißen Ostertagen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke.

Bernd Westphal, Verlagsbuchhändlerlehrling

Die Bänke im Verhandlungsraum sind leer. Kaum Besucher. Kaum Presse. Eine Freundin, eine Ehefrau. Sonst gähnende Leere, Apathie und Hitze. Der Termin des angeklagten Verlagsbuchhändlerlehrlings Bernd Westphal wird vertagt. Seinem Verteidiger wurde die Akteneinsicht verweigert. Hitze frei. Auch für den Anti-Springer-Demonstranten Westphal, der sich weigerte, im März 68 einen Platz zu räumen. Trotzdem er aufgefordert wurde. Dreimal. Von einem Kriminalhauptwachtmeister in Zivil. Was hätte ich getan? Ein Zivilist ist ein Zivilist. Ich hätte nach der Dienstnummer gefragt. Westphal fragte nach der Dienstnummer. Er bekam sie nicht zu sehen. Der Herr Kriminalhauptwachtmeister zählte bis drei, und dann nahm er den Verlagsbuchhändlerlehrling fest. Delikt: Auflauf.

Wolfgang Krohn, Assistent

Die Frage nach der Dienstnummer wird zur „Straftat“. Am 15. August 1968 beobachtet der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Wolfgang Krohn, wie ein Polizist ohne Verwarnung von hinten auf ein junges Mädchen einschlägt. Mit dem Gummiknüppel. Er fragt nach der Dienstnummer. Er bekommt zur Antwort: „Machen Sie, daß Sie weiterkommen!“

Jetzt steht er vor Gericht. Nicht der Polizist, der schlug. Der jetzige Assistent des Hamburger Philosophieprofessors Weizsäcker, Wolfgang Krohn, der sich dagegen wehrte. Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beamtenebeleidigung. Wie kam es dazu? Krohn wollte sich einen „Springerprozeß ansehen“, das Verfahren gegen den 21-jährigen Arbeiter Simon. Der Verhandlungsraum war bis auf den letzten Platz besetzt. Aber auf dem Flur stand noch Zuschauer und „wollten rein“. Der Oberstaatsanwalt machte von seinem Hausrecht Gebrauch und ließ den Gang räumen. Von Polizisten. Krohn, der Meinung, das Hausverbot sei nicht rechtens, da das Strafjustizgebäude ein Öffentliches ist, wurde in den Vorraum gedrängt. Aber er wollte nach draußen. Wegen seiner Frau. Ihr sollte nichts passieren. Dann geschah das mit dem Knüppel. Krohn fragte den Beamten nach der Dienstnummer. Der Beamte entwich zu einer Gruppe Polizisten, die an der Pfortnerloge standen. Krohn ging hinterher. Er wollte die Dienstnummer. Er wurde von einem Polizisten am Arm gepackt, dann von einem zweiten. Ein dritter gesellte sich dazu. Krohn wurde nach vorn gestoßen. Er sagte: „Benehmen Sie sich nicht wie Tiere.“ Die drei Beamten verstanden „Säue“. Sie gaben zu Protokoll, der Angeklagte habe sich losgerissen, mit den Füßen getreten, man habe ihn die Treppe zum „Sammelraum“ hinaufschleppen müssen. Vier Zeugen widerlegen diese Aussage. Darunter ein Referendar des Oberlandesgerichts, der zufällig Augenzeuge wurde. Seine juristische Vorbildung sagte ihm, daß die Maßnahmen der drei Ordnungshüter „übermäßig“ waren. Weder ging Krohn langsamer als die drei Beamten, noch trat er um sich, noch versuchte er, sich loszureißen. Am 11.4.69 steht Aussage gegen Aussage. Urteil: 400 Mark Geldstrafe wegen Widerstandes, oder 40 Tage ersatzweise Gefängnis, und 300 Mark wegen Beleidigung. Berufung. Prof. Weizsäcker traut seinem Assistenten, „die üble Beschimpfung nicht zu.“ Die Polizisten im Vorraum haben nichts gesehen. Weder ihren knüppelnden Kollegen, noch sonst was. Die vier Entlastungszeugen kommen nicht an gegen die drei Beamten. Die zählen sechs. Den knüppelnden Polizisten hat es nie gegeben. Nur Krohn gibt es. Und eine Solidarität, die Goethe „Kumpanei“ genannt hätte. Wie sagt der Vorsitzende zu den drei Zeugen in Uniform? „Sie hätten es wohl nicht gern, wenn die Justiz Sie im Stich läßt?“ Wahrscheinlich nicht. Und darum fährt er

im Lauf der Verhandlung fort: „Ich muß zur Polizei sagen können: Ihr müßt Euch nicht zusammenschlagen lassen. Da muß ich dann auch sagen können: Wir, als Justiz, schützen Sie.“

Wer schützt wen? Das Gericht seine Bürger? Oder der Staat seine Beamten? Der Vorsitzende gibt Auskunft. Der Staat den Staat. Denn, so schlußfolgert der Vorsitzende, „der Student ist ein Bürger, der auf Kosten des Staates studiert“. Wie kann sich da ein Student „mit solchen Leuten gemein machen?“ Mit welchen Leuten? Mit einem Mädchen, das ohne Warnung von hinten geprügelt wird? Natürlich nicht. Denn wo kein Beamter ist, da ist kein Knüppel. Da sind höchstens „Struwelpeter“. Und mit denen macht sich ein Student der Philosophie nicht gemein. „Mitgefangen – mitgehungen“, meint der Vorsitzende. Und jeder Irrtum ist ausgeschlossen, denn „die Polizisten werden sich ja nicht geirrt haben“. Das Problem der Wahrheitsfindung versandt in richterlichen Vorurteilen. Und die Schöffen blicken stumm in dem ganzen Saal herum.

Klaus Peter Paschke, Schriftsetzer

Klaus Peter Paschke hat nicht nach der Dienstnummer gefragt. Der 23-jährige Schriftsetzergeselle hat am 15.4.68 vor dem Springerhaus gesessen. Er hat gewaltlosen Widerstand praktiziert. Anklage: Landesfriedensbruch, Teilnahme an Zusammenrottung einer Menschenmenge. Das gibt Gefängnis nicht unter drei Monaten und im Extremfall Haft bis zu fünf Jahren. Paschke ist kein Extremfall. Paschke wollte gegen die Pressekonzentration in unserer Republik demonstrieren, weil das „nicht strafbar ist“. Und als das friedliche sit-in mit Wasserwerfern gelöscht wurde, ging Paschke der Polizei mit erhobenen Armen entgegen, um nicht geknüppelt zu werden. Paschke war friedfertig. Er lief nicht weg. Er leistete keinen Widerstand. Nicht gegen die Polizei. Nur gegen die Gefährdung des Grundgesetzes. Er ahnte nicht, daß das Landesfriedensbruch war. Sein Verteidiger Groenewoldt wußte es. Aber der fiel bei der 2. Verhandlung plötzlich aus. Dr. Borger übernahm den Fall innerhalb von Stunden. Aber er wollte Paschke nicht verteidigen ohne Aktenstudium. Er beantragte Terminverschiebung. Der Vorsitzende Busch lehnte ab, da der „Unterzeichnete bereits in früheren Sachen dieser Art“ aufgetreten sei. Borger wies darauf hin, er habe nur einen einzigen Fall der Osterunruhen verteidigt, und der habe sich am Karfreitag ereignet, nicht am Ostermontag, und in der Caffamacherreihe und nicht am Kornträgergang. Der Vorsitzende befand, „das sei Jacke wie Hose“ und lehnte die Terminverschiebung ab. Dr. Borger konterte mit einem Antrag wegen Befangenheit. Das Landgericht lehnte ab und sprach von „gewolltem Mißverstehen“. Trotzdem steht die Partie heute 1:1, der Vorsitzende hat gewechselt. Der neue heißt Eichstädt und ist nicht befangen. Er hält

ein sit-in für ein legales Mittel. Und die Verteidigung ergänzt, selbst die politische Polizeiführung Hamburgs habe Ostern 68 gesagt, ein Sitzstreik sei in bestimmten Grenzen legal. Aber wer bestimmt diese Grenzen? Die Staatsanwaltschaft. Was bleibt, sind neue Beweisanträge der Verteidigung, von der Gegenseite „Verschleppung“ genannt, und die Vertagung des Falles Paschke, der seine demokratischen Grundrechte wahrnahm und mit einem Gesetz kollidierte, das Wilhelm I. geschaffen hatte, um sich vor jenen Sozis zu schützen, die heute den Schriftsetzergesellen Paschke mit demselben Gesetz um seine demokratischen Grundrechte bringen wollen. Denn der brave Bürger konsumiert und produziert. Der geht nicht auf die Straße, wenn NPD-Schlägerbanden prügeln und das Grundgesetz „schief hängt“.

Günter Schmiedel, Angestellter

Wie gut, daß es den Angestellten Schmiedel gibt, der am 21. Dezember 68 im Hamburger Kaufhof den Weihnachtsverkehr mit seinen Genossen verunsichern wollte, um dem Kapitalismus eins auszuwischen. Denn Schmiedel ist ein Rädelsführer, behauptet Zeuge Grabert von der Schutzpolizei. Er habe im Kaufhof „Handzeichen“ gegeben und später, als sich der Demonstrationzug Richtung Innenstadt bewegte, „Nein! Richtung Bergstraße!“ gerufen. Grund genug, Schmiedel seit sechs Monaten in Einzelhaft zu halten. Unten im UG, wo sonst nur die Schwerverbrecher sitzen, die Hochkriminellen. Und diese Haftdauer wird nicht aufgehoben. Sie kann nicht aufgehoben werden, denn die Staatsanwaltschaft stützt sich auf einen Kronzeugen, einen „Spitzel“, namens Burmeister. Und auch Zeuge Grabert kannte Schmiedel schon seit langem. Und der 27-jährige Angestellte Schmiedel wird immer blasser, trotz des heißen Sommers oder gerade deswegen. Und er ist so apathisch, daß er am 5. Verhandlungstag nicht mehr folgen kann. Aber Recht muß Recht bleiben. Vor allem bei einem Rädelsführer, der den Kapitalismus durch einen Warenhaus-go-in zur Weihnachtszeit „bekämpfen“ wollte. Und so lehnt die Staatsanwaltschaft den Antrag der Verteidigung auf Haftaufhebung ab. Und sie stützt sich dabei auf ein Gesetzbuch, das um ein ganzes Jahrhundert zu alt und um ein paar NS-Prozesse zu jung ist. Praktizierte Demokratie ist ein Novum hierzulande. Aber muß man sie deshalb gleich wie ein Kapitalverbrechen bestrafen? Mit einem Jahr und 9 Monaten setzt sich das Hamburger Urteil für den Angestellten Schmiedel an die Spitze der Demonstrantenverurteilungen im gesamten Bundesgebiet. Die Verteidigung geht in die Berufung, – heute gegen das Urteil, morgen gegen ein Gesetzbuch mit den Gummiparagrafen der ‚Rädelsführerschaft‘, des Aufruhrs und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Denn: Seit Frankfurt und Kassel wurde mancher demokratische Bürger, der gegen die NPD demonstrierte, zum „Rädelsführer“.

Paul Mattick Kritik an Herbert Marcuse

Der eindimensionale Mensch in der Klassengesellschaft
72 Seiten, kartoniert 5 DM
provokativ

Elmar Altvater Die Weltwährungs-krise

144 Seiten mit 24 Tabellen
Snolin 9 DM
Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik

Lelio Basso Rosa Luxemburgs Dialektik der Revolution

Aus dem Italienischen von Karin Monte
188 Seiten, Snolin 15 DM

Karl Liebkecht Ausgewählte Reden und Schriften I

Herausgegeben und eingeleitet von Helmut Böhme
XXVIII/320 Seiten, kartoniert ca. 15 DM
Leinen ca. 22 DM
Politische Texte

Anton Pannekoek Lenin als Philosoph

Mit einer Rezension von Karl Korsch und einer Einleitung von Paul Mattick. Herausgegeben von Alfred Schmidt und Claudio Pozzoli
144 Seiten, kartoniert 12 DM
Kritische Studien zur Philosophie

Isaac Deutscher Die sowjetischen Gewerkschaften

Aus dem Englischen von Gisela Mandel.
Mit einer Einleitung von Lisa Foa
184 Seiten, kartoniert 15 DM
Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Karl Griewank Der neuzeitliche Revolutionsbegriff

272 Seiten, Snolin 15 DM
Leinen 22 DM
Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik.

Europäische Verlagsanstalt

Carsten Linde

★★★★★★★★★★

SONG MAGAZIN



In der **Münchener Songgruppe** haben sich junge Liedermacher und Sänger zusammengeschlossen, um im Kollektiv ihre Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren. Ihre Interessen und Ziele sind — allgemein gesagt — die Ziele der politisierten Arbeiterjugend. In ihren Liedern geht es ihnen nicht allein um ein verlogenes, unbestimmtes Protestgeschwafel, das sich schnell von der Plattenindustrie korrumpieren läßt, sondern um einfache Lieder, die auch von großen Aktions- und Zuhörergruppen auf den Straßen, in Fabriken oder auf Kundgebungsplätzen leicht aufgefaßt und mitgesungen werden können. So betrachtet sind sie eine den Singclubs der DDR vergleichbare westdeutsche Song-Gruppe. (Siehe elan, September 69). Musikalisch sind die Münchener eindrucksvoll: harmonische, exakt instrumentierte Lieder mit viel Swing und z. T. elektrischen Gitarrenarrangements gehen schnell ins Ohr (Macht- und Profit-Walzer). Vom Text her sind die Lieder klar formuliert und einfach gehalten — sie sind klassenkämpferischer Agitprop. Allerdings kommen sie manchmal nicht über Heilsarmee oder Sing-Out-66-Verallgemeinerungen und Klischees heraus. Das ist schade, denn die Aufruf-Strophen haben ihren berechtigten Stellenwert: „Schafft die Zwietracht weg! Macht das Bündnis stark! Laßt das lange Zögern endlich sein! Denn das Lösungswort das jetzt wichtig ist, heißt: Die Nazis kommen hier nicht rein!“ Ausgehend von der Ohnmacht der abhängig gehaltenen

Arbeiter („Profit ist da und Macht ist da und du wirst nicht gefragt“) singen die Münchener: „Der kleinen Leute Waffe ist die Solidarität“. Erwin Jedamus, Manfred Vosz und Wolf Brannasky, von denen jeder ohne Zweifel eine „Karriere“ als Protestsänger hätte machen können, zeigen als **MÜNCHENER SONGGRUPPE**, worin die Vorteile von politisch arbeitenden Gruppen und Kollektiven liegen: ihre Pläne Peng-Platte (Nr. 4, 5 DM) heißt: „**GEMEINSAM SIND WIR STÄRKER!**“

Der legendäre Zigeuner-Gitarist **DJANGO REINHARDT** war einer der hervorragendsten europäischen Jazz-Musiker der 30er und 40er Jahre. Vom harten Swing bis zur lyrischen Spielweise von Musette-Wälzern beherrschte er alle Register des Jazz. Noch heute ist sein Einfluß auf Jazz-Gitaristen nicht abzuschätzen. Historische Aufnahmen aus dem Jahre 1937 kann man auf den LPs „Django Reinhardt und Dicky Wells in Paris 1937“ (Polydor-International 423232, 19 DM) und „**DJANGO ANTHOLOGIE VOL. 9**“ (EMI HTX 40275, 19 DM) hören. Der Titel „Crepuscule“ auf der „Anthologie“ ist ein beeindruckendes Beispiel von Django's Improvisationsgabe und Musikalität.



REINHARD MEYS Chansons sind zeitgenössische Liebeslieder oder teils humorvolle, teils satirische Lieder. Sozialkritik ist nur gelegentlich in seinen Chansons enthalten. Sie gehören jedoch zu den besten und besten ihrer

Art, wie das Lied „Manchmal, da fallen mir Bilder ein“ zeigt. Leider machen die musikalischen Arrangements auf seiner zweiten LP „**ANKOMME FREITAG DEN 13.**“ (Intercord 969 — 08 U) aus den guten Texten letzten Endes immer wieder bessere Udo-Jürgens-Lieder.

CANNED HEAT, die Supergruppe aus Los Angeles, behandelt den Blues virtuoser als die meisten Blues-Bands. Bei „Canned Heat“ werden traditionelle Blues (Blind Lemon Jeffersons „One Kind Favor“) ebenso brillant interpretiert, wie eigene experimentelle Musikkollagen („Parthenogenesis“) neue Dimensionen und neues Hörverhalten bewirken. Empfehlenswert ist das Doppelalbum „Living the Blues“ (Liberty LBS 83210 X) zu 29 DM.

Während des internationalen **POP-Festivals** in Monterey (1967) betete **RAVI SHANKAR** vor seinem Konzert um gutes Wetter und die Kraft, gute Musik zu spielen. Die Klänge seiner Sitar, der Tabla von Alla Rakka und der Tamboura von Kamala versetzten die Zuhörer in Trance und ließen sie die Zeit vergessen. Faszinierend bleibt auch auf der damals mitgeschnittenen LP „Ravi Shankar at the Monterey International Pop Festival“ (Liberty, LBS 83091, 19 DM) die hypnotische Strahlungskraft der Sitar-Melodien.

Wer sich zu den **Flamenco-Liebhabern** zählt und mehr über diese Musik wissen möchte, kann sich das Mitteilungsblatt „**FLAMENCO**“ (50 Pf) bestellen, das vierteljährlich im Flamenco-Studio Mainz (Dijonstr. 89) erscheint. Es enthält wertvolle Informationen über Noten, Instrumente, Schallplatten, Texte und die Erforschung der andalusischen Zigeunermusik.

Eine 250seitige **AGITPROP-Anthologie** erschien im Hamburger Quer-Verlag (Uwe Wandrey, 2 Hamburg 22, Oberal-

tenallee 72). Von den 29 vertretenen Versemachern wurde themenkreisartig ein einzigartiges Handbuch zusammengestellt, das für Agitprop-Programme und Straßentheater-Gruppen manche Anregung enthalten dürfte. Wichtige noch als die Verse, Lieder und Sprechchöre der F. C. Delius, H. Doutinè, E. Fried, B. Klarsfeld, A. K. Reinfrank, E. Schöfer, H. Stütz und H. Wohlgemuth erscheinen die Thesen, Analysen und Erfahrungsberichte zum Thema Agitprop, welche die Diskussion um Sinn, Ziel und Auswirkung von Agittexten ein großes Stück vorantreiben, da man nun nicht länger auf Mutmaßungen angewiesen ist, sondern auf repräsentative Erfahrungsberichte zurückgreifen kann. Als Materialsammlung und Rüstzeug zu „zwei, drei, vielen Agitprop-Veranstaltungen“ sei dieses gute Buch nachdrücklich empfohlen.



Die Musik der Gruppe **THE NICE** ist von der dynamischen Orgel Keith Emersons geprägt. Der eigene Sound der Nice beruht wesentlich auf den fast klassisch zu nennenden Orgelsoli und den rockenden, röhrenden Gitarrenrhythmen. Klassische Themen von Sibelius und Bach (Brandenburger Konzert Nr. 3) werden mit großem Ideenreichtum variiert, modernisiert und zu psychodelischer Musik verschmolzen. **ARS LONGA — VITA BREVIS** (IMMEDIATE SMIM 745 76, 19 DM) heißt eine sehr gute LP der Nice, deren musikalische Experimente so gelungen sind, daß sie zeitlos erscheinen.

Neue Sprüche & Schmacks

mit denen man die ewigen Zigarettenanbieter abwimmeln kann — gesammelt von YEAH*



* Wollt Ihr noch mehr von unserem Club "YEAH — the Non Smokers" wissen? Wenn Ihr uns bisher noch nicht geschrieben habt — also noch nicht in unserer Adressenkartei seid — schickt uns den Coupon. Wir schicken Euch unser nächstes Flugblatt und — wenn's die Kassenlage erlaubt — unsere Poster.

Der neue Trend

No Smoking

PLEASE

Coupon auf Postkarte kleben (20 Pfg. Porto) und ein-
senden an YEAH, 8 München 90, Gabsattelstraße 34

Freunde, haltet mich auf dem Laufenden
No 1198

Name:

Postleitzahl/Ort:

Straße:

Zollschwierigkeiten

Im Oktoberheft berichtete ein Leser über Schwierigkeiten beim elan-Versand in die DDR.

Auch ich habe schon öfter einen Beschlagnahmebescheid des Zollamts Schwerin erhalten, weil ich elan in die DDR geschickt habe. Beschwerde habe ich keine eingelegt, weil ich der Meinung bin, da es zwischen Westdeutschland und der DDR keine normalen Beziehungen gibt, läßt sich so etwas nicht immer vermeiden. Treten wir umsomehr für die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ein. Damit sich bei mir so etwas nicht wiederholt, anbei ein Geschenkabonnement in die DDR.

MICHAEL DEGE, Hannover

Teenage Fair

Ulrich Sander gab im Oktoberheft seine Beobachtungen auf der Teenage Fair in Düsseldorf wieder.

Es ist nett, daß sie einmal einen „ausführlichen Aufklärungsbericht“ über die „Ausbeutungs-Methoden“ — auf die deutsche Jugend angewandt — bringen. Doch bin ich fest davon überzeugt, daß die absolute Mehrheit der deutschen Jugend mit Ihrer Darstellung der Teenage Fair nicht in Einklang kommt. Denn schließlich wissen wir selbst, mit welchen Werbeslogans wir konfrontiert werden und wie wir uns diesen entgegenzustellen haben. Dazu brauchen wir keinen „Aufklärungsbericht“ von Ihnen. Und letzten Endes bleibt die Entscheidung bei jedem Jugendlichen selbst, ob er seine „Kaufkraft“ für einen Afri-Cola-Rausch ausgibt oder da-



POST

An
Redaktion „elan“
46 Dortmund
Brüderweg 16

**Leserbriefe können
oftmals
leider nur gekürzt
veröffentlicht
werden. Wir bitten
um Verständnis.
Die Briefe
erscheinen nicht
unter
Verantwortung der
Redaktion.**

mit in der „faszinierenden Welt des Geldes mitregiert“. MANFRED MARZINZIK, Herten

Sex in der DDR

Die Diskussion über den Beitrag im Septemberheft „Problem Du und ich“ geht weiter.

Leider war der Beitrag enttäuschend. Wie können Sie die Ansicht der Vera überhaupt als Diskussionsgrundlage ansehen. Diese Ansichten können ebenso gut von einem erkatholischen Mädchen stammen, aber nicht von einem Mädchen, das in der DDR ohne klerikale Bewußtseinsmanipulation aufwächst. Wenn es wirklich so ist, wie sie es schildern, wäre auf dem Gebiet der sexuellen Erziehung noch viel zu tun. Diese verklemmte Sexmoral muß entschieden bekämpft werden, sonst wird die Familie durch solche Ansichten ein Hort des Konservatismus. CARSTEN BRAMMER, Bremen

Hausdurchsuchung

Immer wieder erreichen uns Meldungen über Repressionen gegen Angehörige oppositioneller Gruppen.

Am 30. 9. 1969 wurde bei mir eine Hausdurchsuchung durchgeführt. In der Durchsuchungsanordnung wird behauptet, ich hätte Wahlplakate der CDU und SPD überklebt. Das entspricht nicht den Tatsachen, weshalb auch keinerlei Beweismaterial gefunden werden konnte. Stattdessen beschlagnahmte die Polizei Karteikarten sowie Namenlisten, die mir als Vorsitzendem der DKP des Kreises Neuss/Grevenbroich zur Durchführung der politi-

schen Arbeit dienen. Die DKP ist eine legale Partei. Daher sehe ich in dieser Beschlagnahme eine mit dem Gesetz nicht zu vereinbarende Maßnahme der Polizei. Sie wird zudem vom Durchsuchungsbeehl nicht gedeckt. Ich verlange daher die sofortige Herausgabe der Karteikarten und Namenslisten, einschließlich angefertigter Fotokopien. WERNER ALBRECHT, Neuss

Spanien

Nach einer Veranstaltung der SDAJ in Essen wandten sich 31 Teilnehmer mit einem Offenen Brief an die Öffentlichkeit.

In Spanien werden friedliebende Menschen auf Grund ihrer politischen Auffassung schon in der Untersuchungshaft mit Gestapo-Methoden verhört. Was sich in den total überfüllten Gefängnissen und Zuchthäusern abspielt, wird genau so bewußt der Öffentlichkeit vorenthalten, wie früher Nachrichten aus Hitlers KZs. In dem UNO-Mitgliedstaat Spanien werden selbst die einfachsten Menschenrechte mit Füßen getreten.

Wir protestieren auf die Schärfste gegen alle Verbrechen von Kiesinger und Strauß, die menschenunwürdigen Verhältnisse in Spanien zu bagatellisieren und freundschaftliche Verhältnisse zum Franco-Regime anzuknüpfen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, mit allen Mitteln für die Freilassung der politischen Gefangenen in Spanien einzutreten und dafür Sorge zu tragen, daß spanische Gastarbeiter in der Bundesrepublik keinen politischen Verfolgungen und Repressalien von seiten der spanischen Regierung und deren Behörden ausgesetzt sind.

GISELA VAN TREEK, WOLFGANG PFEIFFER, HELMUT WEINAND und 28 andere, Essen

Jupp Angenfort

lügenhafte Darstellungen vorbereitet das Bundesjustizministerium. Dazu nimmt Jupp Angenfort Stellung.

Mir ist bekannt geworden, daß das Bundesministerium für Justiz Leuten, die gegen die Schikanen, denen ich unterworfen bin, protestieren, antwortet. Ich habe eine solche Antwort zu Gesicht bekommen. Es wird darin eine unwahre Behauptung aufgestellt. So zum Beispiel, daß mir eine Verlängerung des Reisepasses nicht verweigert worden sei, sondern daß die Stadtverwaltung Düsseldorf mir bis zur endgültigen Entscheidung eine vorläufige Verlängerung des Reisepasses gewährt habe. Das ist unwahr.

Nach wie vor bin ich nicht im Besitz eines Reisepasses. Man hat ihn mir bisher nicht verlängert. Offensichtlich versucht das Justizministerium, Menschen, die protestieren, irrezuführen.

Tatsache ist folgendes:

Leute der neonazistischen NPD können mit Pässen der Bundesrepublik in die USA fahren und dort Propaganda für ihre Partei machen. Einen Antifaschisten und Kommunisten wird der Paß bis jetzt verweigert.

Kriegsverbrecher, die Hunderte von Menschen auf dem Gewissen haben, werden freigesprochen. Gegen mich läuft wieder ein neues politisches Ermittlungsverfahren.

Ehemals führende Nazis und Mitarbeiter Hitlers besetzen hohe Staatsämter. Ich aber kann wegen der diskriminierenden Folgen der inzwischen verbüßten politischen Zuchthausstrafe für kein Parlament kandidieren. Ich soll bis an mein Lebensende vom Recht der Wählbarkeit ausgeschlossen sein.

Das ist die Wirklichkeit in der Bundesrepublik im Jahre 1969. Ich bitte, die Proteste fortzusetzen!

JUPP ANGENFORT, Düsseldorf

Streik

Diesen Brief riefte die Jugendvertretung der Howald-Werke / Deutsche Werft, Werk Finkenwerder, an ihre streikenden Kollegen von der Howald-Werft, Kiel.

Für eure berechtigten Forderungen und den Streik übermitteln wir euch die vollste Sympathie. Wir wissen: einen Streik erfolgreich zu beenden ist leichter, wenn man den Kampf solidarisch führt. Für uns Lehrlinge und Jungarbeiter ist diese Form des Arbeitskampfes sehr neu, aber schon während der Kampagne für eine bessere Berufsausbildung spürten wir, daß einiges und solidarisches Handeln eine starke Bewegung bringen kann. Nach wie vor sind eine gerechte Entlohnung der Lehrlinge und Jungarbeiter, Kündigungsschutz und Mitbestimmung der Jugendvertreter ungenügend oder gar nicht erreicht. Das aber sind die Forderungen der Arbeiterjugend! Wir meinen, daß sie auch die Unterstützung der älteren Kollegen verdienen.

Möge euer Streik Klarheit schaffen: daß trotz unterschiedlicher politischer Meinungen alle Arbeiterinteressen betreffenden Forderungen — wie gerechte Löhne — durchgesetzt werden können. REINER SCHULTZ, ALFRED SCHEURER, AREND MÜLLER, WERNER FOLK, Jugendvertreter, Hamburg

Briefkontakte?

Liebe Leser, schreibt uns Eure Adressenwünsche. Wir werden Euch gern Anschriften aus den verschiedenen Ländern übersenden.

Redaktion elan

Abonnenten haben's besser . . .

ich bestelle ab
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr, das Magazin für junge Leute elan.

(Jahresabonnement 13 DM einschließlich Zustellgebühr)

(Unterschrift)

(Anschrift)

**Weltkreisverlags
GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16**

Jagow versichert (fast) alles —
auch Deinen Jugendclub und
Deine Jugendgruppe und DICH!

**Udo Jagow Versicherungen
2 Hamburg 73,
Wildschwanbrook 95
Tel. 678 09 93**

Es lohnt sich!



Preise stark herabgesetzt
für Schreibmaschinen aus
Vorführung und Retouren,
trotzdem Garantie u. Umtausch-
recht. Kleinste Raten. Fordern
Sie Gratiskatalog C 286

NÖTHEL Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
34 GÖTTINGEN, Postfach 601



Der Zuhörer wird mit dem Entwicklungsprozeß der DDR bekannt gemacht. Ausschnitte aus Reden u. a. von Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht, Johannes R. Becher, Thomas Mann u. Bertold Brecht.

Bestell-Nr.: 860 164 (Doppeltasche)
Sonderpreis: DM 28,—

Bestellungen an:

**Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16**



Peter Maiwald sprach mit

Adolf Deutschmann



Die Wahl ist gelaufen. Wenn die CDU/CSU behauptete: „Auf den Kanzler kommt es an“, so fand unser Mitarbeiter Peter Maiwald heraus: Auf Herrn Deutschmann kommt es an. SPD und FDP wurden zwar nach der Wahl rasch handels-einig, ihre 15.978.842 Wähler wollten es so. Dem stehen aber 16.625.563 Wählerstimmen gegenüber, die auf Herrn Deutschmann und seine CDU-CSU-NPD entfielen. Peter Maiwald sprach mit Herrn Deutschmann, der aus der Fülle von über 600 bedeutsamen rechten deutschen Aussprüchen die wichtigsten als Antworten auswählte. Er verwandte nur Zitate, die durch mehrere Äußerungen führender Personen in der Bundesrepublik und deren aktuelle politische Maßnahmen und Forderungen gedeckt sind. Mit Herrn Deutschmann muß gerechnet werden.

Die Bundesrepublik ist ihrem Selbstverständnis nach ein demokratischer Rechtsstaat. Demokratie aber bedeutet Mitbestimmung. In Wirklichkeit aber scheint die Entwicklung hierzulande eher rückläufig zu sein: die Macht ist in den Händen einiger Weniger, das Volk ist, sieht man von einigen Formalien ab, von jeglicher Mitbestimmung ausgeschlossen. Ist die Volksherrschaft hierzulande zur Herrschaft über das Volk degeneriert?

Herr Deutschmann: *Ursprünglich bedeutet Demokratie Volksherrschaft. Sie ist als solche in der Geschichte allerdings nie realisiert worden, da den Volksmassen die zum Regieren erforderlichen Kenntnisse, der Überblick über das politische Geschehen und auch die nötige Besonnenheit naturgemäß fehlen. (1)*

Sie halten also das Volk für „naturgemäß“ dumm?

Herr Deutschmann: *Soweit es sich um große komplizierte Fragenkomplexe handelt, halte ich die Massen des Volkes nicht für kompetent mitzuentcheiden. (2)*

Ihre Logik ist deutlich: da Sie das Volk für die Ausübung seiner demokratischen Rechte nicht für kompetent halten oder halten wollen, sind die Grundrechte überflüssig und können also durch Notstandsgesetze abgebaut werden. Nun gibt es in der Bundesrepublik immer noch Bürger, die ihre Grundrechte sehr wohl in Anspruch nehmen, das Demonstrationsrecht zum Beispiel. . .

Herr Deutschmann: *Das „Demonstrationsrecht“, auf das sich unsere Revolutionäre berufen, gibt es gar nicht. Bei näherem Zusehen nämlich ist dieses „Demonstrationsrecht“ nichts anderes als eine unzulässige Dehnung der Grundrechte auf Versammlungsfreiheit und auf freie Meinungsäußerung. (3)*

Sie kriminalisieren also die APO. . .

Herr Deutschmann: *Franz Josef Strauß erklärte, die APO benähme sich „wie Tiere“, eine Auffassung, die in dieser Pauschalität nicht ganz korrekt ist, da*

immerhin Hunde und Katzen durchaus stubenrein sind. (4)

Halten Sie diese faschistische Diffamierung von Minderheiten mit dem Grundsatz von Meinungsfreiheit vereinbar?

Herr Deutschmann: *Wer bei uns lebt, soll sein Land nicht schlecht machen. Wenn er es hier unerträglich findet, wem es hier nicht paßt, der kann rausgehen aus Deutschland. (5)*

Sie sind also gegen die Meinungsfreiheit von elan, KONKRET, SPONTAN, PARDON und PANORAMA, um nur einige zu nennen?

Herr Deutschmann: *„Ich halte solche Sendungen, und schließe auch einen Teil der Berichte über die Geschehnisse in Vietnam mit ein, für unsere freiheitliche Demokratie nicht für ungefährlich. (6)*

Sie reden erstaunlicherweise sehr viel und oft von Freiheit. Können Sie nicht Ihre Vorstellungen von Freiheit genauer definieren?

Herr Deutschmann: *Für unsere Zwecke der heutigen Situation genügt als Definition der Freiheit vollkommen: Freiheit ist das, was die jenseits des eisernen Vorhanges nicht haben und was wir diesseits des eisernen Vorhanges bei allen Unvollkommenheiten im einzelnen haben. Das genügt für unsere Zwecke. Wir wissen alle sehr genau, was damit gemeint ist. (7)*

Herr Deutschmann, eine der wichtigsten innenpolitischen Maßnahmen der nächsten Zeit bildet die Demokratisierung der Wirtschaft durch die Mitbestimmung der unmittelbaren Produzenten, wie stehen Sie dazu?

Herr Deutschmann: *Zum ersten: Die Demokratisierung der Wirtschaft ist ebenso unsinnig wie eine Demokratisierung der Schulen, der Kasernen oder der Zuchthäuser. (8) Zum zweiten: Gott hat dem Arbeitgeber eine gewisse Macht über Menschen gegeben. (9) Und zum dritten: Der Christ darf nicht ohne schwerwiegenden Grund versuchen, eine Staatsform durch eine andere zu ersetzen, weil das Gemeinwohl durch jede Unruhe im Staat stark gefährdet wird. Daraus ergibt sich für uns heute eine Bevorzugung der Demokratie aus dem Grunde, weil wir sie vorfinden. (10)*

Sie bevorzugen also eine Demokratie, wie sie ist, das heißt arbeiterfeindlich, eine Ordnung, die darauf fußt, daß man streikende Arbeiter „totschießen“ kann, wie der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie unlängst von sich gab?

Herr Deutschmann: *Sie können sich gar nicht vorstellen, welche Freude es mir machen würde, mit der Maschinenpistole in der Hand in streikende Arbeiter zu schießen, wenn es sich um einen Streik handelt, der nicht die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zum Zweck hat, sondern ein politischer Streik ist. (11)*

Sind sie der Ansicht, daß sich in der Bundesrepublik immer stärker faschistische Tendenzen bemerkbar machen?

Herr Deutschmann: *Ich finde es nicht so schlimm, wenn man ein bißchen nach rechts geht. (12)*

„Ein bißchen nach rechts“ ist gut. Die Bundesrepublik ist seit ihrem Bestehen in der Tat ein „Rechts“-Staat gewesen. Die Kontinuität des Dritten Reiches blieb zumindest personell erhalten: verdiente NS-Parteigenossen sitzen immer noch in Spitzenpositionen des Staats- und Wirtschaftsapparates. Nennen Sie das Vergangenheitsbewältigung?

Herr Deutschmann: *Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen erbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen. (13)*

Der Wahlkampf 1969 ist mit den Parolen „Sicherheit und Ordnung“ und „Sicherheit durch Recht und Ordnung“ geführt worden. Heißt das, daß eine Ordnung, wie sie beispielsweise in Griechenland, Spanien, Südafrika oder Brasilien besteht, für Sie erstrebenswert wäre?

Herr Deutschmann: *In Griechenland mag zwar manches nicht in Ordnung sein, aber es herrscht Ordnung. (14)*

Die Streiks haben aufgehört, die Korruption treibt nicht mehr so tolle Blüten, für den Fremdenverkehr wird mehr getan, die Währung ist stabiler und die Preise sind niedriger. (15)

Herr Kiesinger hat, als er noch regierte, die Bundeswehr als die Schule der Nation bezeichnet. Wie sehen Sie die Bundeswehr?

Herr Deutschmann: *Die „Innere Führung“ der Bundeswehr soll wieder zurück zu Befehl und Gehorsam, denn nur so ist der Soldat bereit, sein Leben zu opfern. (16)*

Heißt das, daß die Bundeswehr für einen Angriffskrieg strukturiert werden soll? Etwa mit Atomwaffen?

Herr Deutschmann: *Um eine Erfolgchance zu erhalten: so früh und so viel Atomwaffen wie notwendig. (17)*

Warum?

Herr Deutschmann: *Wer der Auffassung ist, daß die beste Vorwärtsverteidigung eine Außenpolitik ist, die ihre Positionen nach Osten verschiebt, der wird das militärische Instrument nicht stumpf werden lassen. (18)*

Was haben Sie außenpolitisch vor?

Herr Deutschmann: *Unsere Gebietsforderungen gehen bis weit hinter die Oder-Neiße-Linie; wir wollen die alten deutschen Herrschaftsgebiete wiederhaben. Das Jahr 2000 darf nicht zum 83. Jahrestag der Oktoberrevolution in der Welt werden. (19)*

Das ist doch nicht ihr Ernst?

Herr Deutschmann: *Eher wird Polen ein viertes Mal geteilt, als daß Breslau ewig Wroclaw heißen wird, eher wird die Tschechoslowakei ein zweites Mal zerschlagen, als daß Karlsbad immer Karlovy Vary heißen wird. (20)*

Es ist der Bundesrepublik wiederholt von seiten des sozialistischen Lagers vorgeworfen worden, es zuzulassen, daß bestimmte Kreise imperialistische, revanchistische und militaristische Forderungen erheben Ihre Äußerungen scheinen letzteres zu bestätigen?

Herr Deutschmann: *Sie müssen doch Verständnis haben für die Notwendigkeit der nationalen Machtentfaltung. (21) Deutschland muß führen, und zwar Frankreich und ganz Westeuropa. (22)*

Herr Deutschmann, es liegt nahe, Ihre Äußerungen als die Hirngepinste einzelner abzutun, denen es jeglicher Grundlage und Notwendigkeit ermangle?

Herr Deutschmann: *Die soziale Marktwirtschaft ist eben keine Wirtschaftspolitik nur für den nationalen Hausgebrauch, sie ist aggressiv. Sie will nicht nur die Freiheit im Innern, sondern – und gerade – die Freiheit nach außen. (23)*

Herr Deutschmann, wie beurteilen Sie die Politik der neuen Bundesregierung?

Herr Deutschmann: *Ich vertraue Herrn Willy Brandt, der anlässlich des 100. Geburtstages von Rathenau gesagt hat: Es ist unerträglich, daß Westdeutschland nun schon seit mehr als 20 Jahren ohne seine östlichen Provinzen existiert, die einmal seine Kornkammern waren. (24)*

Herr Deutschmann, wir verdanken Ihnen dieses Gespräch.

Quellenangaben: (1) NPD – Politisches Lexikon, Stichwort „Demokratie“ – (2) Kurt Georg Kiesinger als Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Deutschen Bundestages vor dem Wirtschaftsbeirat der CDU am 31. 1. 1965 – (3) Bayernkurier 21. 12. 1968 – (4) Winfried Martini in: Bayernkurier 36/69 – (5) Franz Josef Strauß in: Münchner Abendzeitung 15. 2. 64 – (6) Hermann Gleising CDU MdB in: Die Welt 28. 7. 1967 – (7) FAZ 29. 1. 1960 – (8) Industriekurier 7. 10. 1965 – (9) Wilfried Schreiber „Sozialpolitik in einer freien Welt“ – Band 8 der Reihe „Zeitnahe Christentum“ – S. 62 – (10) Albrecht Beekel „Der Staat“ Münster 1961 S. 22 – (11) Klaus Krohe (CDU) zit. nach Anrath/Maiwald/Wittkowski „Das Verhör“ (Selbstverlag) S. 4 – (12) Kurt Georg Kiesinger ZEIT 19. 9. 1969 – (13) Franz Josef Strauß Die Tat 20. 9. 1969 – (14) CSU-Bundestagskandidat Saekmann zit. nach „das Verhör“ S. 8. a. a. O. – (15) Mareel Hepp (CSU) in: Bayernkurier 31. 5. 1969 – (16) Dr. Siegfried Pöhlmann (NPD) auf dem NPD-Parteitag 23. 2. 69 – (17) DIE WELT 11. 10. 66 – (18) FAZ 9. 2. 1967 – (19) Kai-Uwe v. Hassel zit. nach „das Verhör“ a. a. O. S. 10 – (20) Walter Becher (CSU) in: Unsere Zeit 4. 9. 1969 – (21) Franz Josef Strauß in: DER SPIEGEL 25. 9. 1963 – (22) Franz-Josef Strauß in: DIE TAT 20. 9. 1969 – (23) Kurt Schmücker auf dem Wirtschaftstag der CDU/CSU am 21. 8. 1969 – (24) Rede zum 100. Geburtstag von Rathenau, Oktober 1967.



SPIEL MIR DAS LIED VOM TOD

Der Meister des Western-Genre, Sergio Leone, hat wieder zugeschlagen: sein neuer Film mit dem melancholisch-sentimental stimmenden Titel wird die Fans begeistern und die Konsumenten der faschistoiden Abart („High Chaparell“) ungeduldig machen und überfordern: Der Regisseur ließ sich Zeit bei der Erstellung der Story. Er nutzt die malerischen Requisiten der amerikanischen „Heldenperiode“ aus, um Atmosphäre zu schaffen: lange Einstellungen auf männlich-entschlossenen, doch im Stumpfsinn vegetierenden Gesichtern, monotone Geräusche fallender Wassertropfen, eines knarrenden Schaukelstuhls, zirpender Zikaden — weniger Geschehenshäufung selbst als Mangel an Geschehen baut die Stimmung des Wartens auf etwas, d. h. Spannung auf. In dem Moment, in dem es dem Zuschauer unerträglich wird, setzt die Handlung ein. Sie ist nicht verwickelt, doch erfährt sie erst durch eine kurze Rückblende ganz zum Schluß ihren Sinn. Dieses wie ein Trick anmutende Vorgehen ermöglicht es, die formale und inhaltliche Konzentration auf die Einzelstadien der Handlung

ungebrochen zu fordern. Trotzdem wird das Überraschungsmoment, der Maßstab der Analyse des Gesamten erst nachgeliefert. Eine raffinierte psychologische Gängelung des Zuschauers trifft zusammen mit einem „Erzählerstil“ von Format.

Darum ist weniger wichtig, was gezeigt wird, sondern wie es gezeigt wird: drei Morde an in fashionable Ledermäntel gehüllten Gestalten durch eine vierte undurchsichtige Gestalt eines Indianerabkömmlings auf einer railway-station. Grund: selbiger Indianer vermißt den Partner der Verabredung, einen gewissen Frank. Seelenruhig spielt er vorher und nachher eine seltsam schaurig klingende Melodie auf einer Mundharmonika. Schnitt.

Der eigentliche Kontrahent des geheimnisvollen Mundharmonika, Frank, erscheint relativ spät: als machthabender und gewalttätiger, skrupelloser Kompagnon des sich in seinem Salonwagen auf Krücken dahinschleppenden Kapitalisten: des Eisenbahngiganten. Ihm bleibt nicht viel Zeit, seinen Traum, die Strecke bis zum Pazifik vorzutreiben, zu Lebzeiten zu verwirklichen. Darum ist ihm jedes Mittel recht —, die Mittel handhabt Frank (Henry Fonda). Er hat eine das Land und ihre Besitzer terrorisierende Bande gekaufter Mörder gedungen. Nachzuweisen ist dieser Clique angesichts der lähmenden Angst, die sie verbreiten und der Rolle, die ein Individuum namens Ceyenne als Ersatz bei den Bürgern eingenommen hat, nichts. Nur einer scheint die Machenschaften genau zu

kennen, sie zu torpedieren. zu bekämpfen: „Mundharmonika“. Seine Motive sind unklar, undurchsichtig, nicht gerade die edelsten. Die Struktur des sich auf Ausbeutung, Machthunger, Geldgier und Mord gründenden Kapitalismus der amerikanischen „Helldenperiode“ tritt unverhüllt in aller Brutalität hervor: der Mythos des Western wird zerstört. Er gründet sich auf die geschichtsklitternde Unterschiebung eines Kampfes zweier Prinzipien: des Bösen und Guten gegeneinander bei der Eroberung von Neuland. Eines Kampfes, der in Fairness von Verkörperungen aller männlichen Tugenden geführt wurde; in Wahrheit jedoch nach den Regeln des sich ausbreitenden Kapitalismus, die vielleicht heute nur versteckter geworden, im Grunde stets gleich sind: Fressen oder Gefressen werden.

Die Kritik, die angelegt ist, wird natürlich von Sergio Leone teilweise zurückgenommen durch den Einsatz von Klischees. So z. B. entlarvt Frank die junge, schöne, unschuldig-tapfere Witwe als Dirne, die den gutmütigen, biederen Farmer als Chance ihres Lebens wahrnahm. Sie handelt nirgendwo verwerflich, ist im Kerne gut, nur dem Gesetz des Überlebens alles unterordnend. Das könnte sicherlich in weniger Häufung richtig gemeint sein — wirkt sich aber als zuviel des Guten aus. Zumal wenn sie gegen Schluß des Films ihrem heimlichen Beschützer „Mundharmonika“ mehr als deutlich liebend zugeneigt ist — selbiger aber als der Wissende, mit dem Tode und dem Gesetz seiner Rasse, der Rache, Vertraute, der „sich nie umdreht“, von ihr geht... Allerdings fängt der Regisseur die sich anbahnende „Tragik“ durch Ironie auf, indem er die neue „Station-Chefin“ umringt von Gleisarbeitern am Brunnen stehen läßt: Symbol der Weiblichkeit in „Harter Männerwelt“.

Die Lösung der Handlung, die Motive Mundharmonikas, der Frank und des Eisenbahngiganten zur Strecke bringt, denke ich nicht zu geben: dafür aber eine unbedingte Empfehlung, sie sich selbst im Film anzusehen.

LUFT- SCHLACHT UM ENGLAND

England, 1940/41: Nach dem Überfall auf Polen, Holland und Belgien sind Hitlers Armeen auch in Frankreich einmarschiert, haben die englischen Kontingente bei Dünkirchen eine schwere Niederlage erlitten. Das nächste Ziel der Faschisten: die Ausschaltung der englischen Luftwaffe als Voraussetzung für eine aussichtsreiche Invasion der Insel.

In dieser Situation beginnt der Film „Luftschlacht um England“, der unter der Regie von Guy Hamilton gedreht wurde und im wesentlichen auf vier Ebenen abläuft:

1. Die im Rausch der Blitzsiegende endgültig maßlos gewordene Nazi-Elite, Göring (Curd Jürgens) und sein Versprechen, Englands Luftwaffe „auf dem Boden“ zu zerstören, eine Staffel hochmütiger, von Hamilton auf „nordisch“ getrimmter Nazipiloten, die in einem französischen Renaissance-Schloßchen an weißgedeckten Tafeln ihrem Einsatz gegen England entgegenweisen.

2. Die Führungsspitze der Royal Air Force, die den deutschen Eroberungsplänen zunächst nur eine zahlenmäßig weit unterlegene und mit schlecht ausgebildeten Piloten besetzte Jäger-Waffe und die Hoffnung auf die neu eingerichteten Radar-Stationen entgegenzusetzen hat.

3. Eine Staffel „Spitfire“-Piloten, die auf anspruchlosen Feldflugplätzen in der Sonne döst und auf den Startbefehl wartet,

4. dann die unausbleibliche Story um die Eheprobleme, die der „Spitfire“-Commodore und seine als Leutnant ebenfalls bei der RAF eingesetzte Ehefrau miteinander auszufeuchten bemüht sind.

Darüber hinaus erschöpft sich der Film in ermüdend langen





Darstellungen der Luftkämpfe zwischen „Spitfires“ auf der einen und „Heinkels“ und „Messerschmitts“ auf der anderen Seite, die — historisch belegt — mit überlegenen Siegen der schnelleren und besser bewaffneten „Spitfire“-Staffeln enden.

Hamiltons Machwerk unterscheidet sich von den uns sattsam bekannten Kriegsfilmen anderer Regisseure nur in Nuancen: er ist apolitisch (Motto: es ist eben Krieg, und da müssen wir schon zusehen, daß wir und nicht die anderen gewinnen) und bemüht sich in keiner Phase, die politischen Hintergründe des Zweiten Weltkrieges und die politische (und moralische) Berechtigung des Kampfes gegen den Faschismus darzustellen. Außerdem ist die „Luftschlacht um England“ äußerst schlecht in Szene gesetzt: die Kulissen sind laienhaft unecht gestaltet, die miserable Darstellung eines viel zu fetten Adolf I. hätte besser einer Dokumentaraufnahme Platz machen sollen, den Bildern der Luftkämpfe sieht man es ohne große Schwierigkeit an, daß sie größtenteils in Studios entstanden sind und unberechtigt oft in Filmszenen hineingeschnitten wurden.

Lediglich in einigen wenigen Szenen nähert sich der Film der Darstellung einer Wirklichkeit, die viel stärker hätte betont werden müssen: daß die Piloten des modernen Krieges ihr blutiges Geschäft wie einen völlig normalen „Job“ verrichten, weil sie das von ihren Bomben angerichtete Elend nur per Zufall zu Gesicht bekommen können: daß also zwischen den faschistischen Fliegern, die Rotterdam und Coventry überfallen haben, und den amerikanischen Napalm-Gangstern in Vietnam kein qualitativer Unterschied besteht.

Doch das lag sicherlich nicht in der Absicht des Regisseurs: denn Guy Hamiltons Zweiter Weltkrieg ist eine ganz gemütlige Geschichte, so unecht wie die Marmelade an den Körpern einiger Pflichtleichen, die er zur Beruhigung seines christlichen Gewissens gleichmäßig auf die zwei unergiebigen Stunden verteilt hat.

WILD IN DEN STRASSEN

Ostermarschabzeichen prangen über den Toren jener Konzentrationslager, die Max Frost, 24, jüngster Präsident der USA, für all jene errichten ließ, die älter sind als 35 Jahre. Und Ostermarschabzeichen kleben auch an den Mützen der minderjährigen Gummiknüppelgardien, die in diesem „Paradiesgarten“ darüber wachen, daß jeder der dort inhaftierten „alten Tiger“ auch seine tägliche Portion LSD eingepumpt bekommt und in Ruhe „glücklich sein“ darf.

Eigentlich war Max Frost ja der ungewollte Sohn einer als autoritär und dekadent dargestellten Familie — in kaum minutenlangen Episoden wird vor dem Vorspann versucht, eine Begründung dafür zu konstruieren, warum er das Elternhaus verläßt, nicht ohne zum Abschied noch den nagelneuen Chrysler seines Vaters in die Luft zu jagen. Dann, fünf Jahre später und nach dem Vorspann, ist Max Frost plötzlich — alle Fragen nach dem Wie bleiben unbeantwortet — zum Top-Star Nr. 1, zu dem Idol der amerikanischen Jugend geworden.

In dieser Situation engagiert ihn ein Kandidat für die kalifornischen Gouverneurswahlen als Zugpferd: Max Frost soll jene Stimmen einbringen, die selbst die Forderung nach Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre nicht mehr erreichen würde. Doch während der großen Wahlshow entpuppt sich MF als trojanisches Pferd: „Wir (diejenigen Amerikaner, die jünger als 25 sind) sind 52 Prozent — wir sind in der Überzahl!“ Von psychodelischen Lichteffekten und dem Freudengeheul seiner Untertanen verklärt beschließt MF spontan, Politiker zu werden: „14 — oder es gibt Stunk!“ jault er ins Mikrofon, und alle, alle stimmen ein. Und Millionen strömen zwei Tage später nach San Francisco, um

Frost's Forderung nach Herabsetzung des Wahlalters auf 14 Jahre mit einem Mammut-Sitzstreik auf dem Sunset Strip Nachdruck zu verleihen.

Um die „spannungsgeladene“ Situation zu entschärfen, läßt sich MF bewegen, den „Abwiegler“ zu spielen: „15 und wir sind bereit“ heißt die neue Lösung (— 15 deshalb, weil MF's Finanzberater eben erst so alt geworden ist, und wer Frost's Steuererklärungen aufsetzen kann, der muß auch reif für den Wahlakt sein.)

Nachdem Max Frost und seine Mannen die Wasserleitung von Washington mit LSD angereichert haben, gelingt es ihnen schließlich, das Wahlalter herabzusetzen: bei der entscheidenden Abstimmung steht neben jedem der berauschten Abgeordneten ein Jung-Wähler, der beim Heben der rechten Hand ein wenig Nachhilfe leistet.

Der Film endet mit der Feststellung eines siebenjährigen Mädchens, Max Frost sei mit seinen 24 Jahren „eigentlich schon schrecklich alt“ und der abschließenden Forderung eines kaum älteren Knirpses, alle, die älter sind als 10, ebenfalls in die blauen Kittel mit dem Ostermarschabzeichen und in die Konzentrationslager zu stecken.



Es kann an dieser Stelle nicht unwidersprochen bleiben, daß die Gewerkschaftszeitung „Metall“ den Film unter „belanglos“ einstuft, denn hier wird eine Tendenz fortgesetzt, die mit Peter Zadeks „Ich bin ein Elefant, Madame“ begann: jene Tendenz nämlich, jugendlichen Protest und die Forderung nach Mitbestimmung der Lernenden und Studierenden als ein Produkt der Langeweile, des Übermuts und der Übersättigung einer angeblichen Wohstandsgesellschaft hinzustellen.

„Wild in den Straßen“ leugnet jedes politische Interesse und jedes Mitdenken unter Jugendlichen, er verdrängt den Konflikt der Klassen durch einen Konflikt der Generationen: „Ich will euch sagen, wer an allem schuld ist,“ erklärt Max Frost in seiner Antrittsrede als neuer Präsident der Vereinigten Staaten, „Schuld sind nicht die Kommunisten, schuld sind auch nicht die Neofaschisten... — schuld an allem sind einzig und allein diese alten Tiger...“ Kein Wort darüber, daß die jungen Amerikaner auf die Straße gehen, weil sie nicht in Vietnam sterben wollen, kein Wort darüber, daß der „Rassenkonflikt“ in den USA bei der Mehrzahl aller Farbigen die Merkmale eines Klassenkonfliktes trägt, und auch kein einziges Wort darüber, daß sich die amerikanischen Studenten dagegen wehren, daß ehemalige Generäle und abgehalfterte reaktionäre Politiker als Hochschullehrer ihr Gift an den Universitäten und auf den Colleges verspritzen dürfen.

Nein, dieser Film ist nicht belanglos, er ist gefährlich, und man fragt sich, ob es wirklich Zufall war, daß er vier Wochen vor den Bundestagswahlen in die Kinos der Bundesrepublik gekommen ist: eine bessere Stimmungsmache hätten sich die „Ruhe-und-Ordnung“-Apostel in den Reihen der drei reaktionären Parteien (NPD + CDU/CSU = 50,4 Prozent) gar nicht wünschen können, als eben erstens diesen Alptraum einer LSD-verseuchten Jugend, die keinerlei Halt mehr kennt, und zweitens die Verteufelung der Ostermarschbewegung durch Gleichsetzung des OM-Symbols mit dem Hakenkreuz.

DURCH DICK & DÜNN

Die Kamera muß immer dabei sein. Schußbereit und jeder Situation gewachsen. Finden wir doch die besten Motive in unvorhergesehenen und »schwierigen Situationen«. Und hier hilft nicht irgendeine – hier brauchen Sie eine universelle Kamera. Eine echte einäugige Spiegelreflex. Eine Kamera mit allen Raffinessen, jedoch unkompliziert und nicht zu teuer: die PRAKTICA nova I



PRAKTICA nova I

Echte einäugige Kleinbild-Spiegelreflexkamera
24 x 36 mm • Wechsel-
objektive 20 mm bis 1000 mm
Brennweite • Filmeinlegeautomatik
PENTACON-Loading (PL) • Prismen-
sucher mit hellem, seitenrich-
tigem und parallaxenfreiem
Sucherbild • Fresnellinse mit
Mikroprismenraaster und
Mattscheibenringfeld & Rück-
kehrspiegel • Schlitzverschluß
(1/2s bis 1/500s) • Universelles
Zubehör • Modell
PRAKTICA nova IB mit ein-
gebautem fotoelektrischem
Belichtungsmesser

VEB PENTACON DRESDEN